DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

259 23. JAHRGANG April 2006 4,50 €

AUS DEM INHALT:

»SWING TANZEN VERBOTEN«

Erich Mangelsdorff, 1925 in Frankfurt am Main geboren, gehört zu den wichtigsten und profiliertesten Jazzmusikern Deutschlands und gilt als einer der weltweit besten Saxofonisten. Zugleich versteht er sich als Künstler mit gesellschaftlicher Verantwortung, das unterstreicht er beispielsweise durch seine Gesprächskonzerte »swing tanzen verboten – Als Jazzmusiker im Nationalsozialismus«. Seite 3.

WAGENPLÄTZE

Über ein Jahrzehnt lebten die BewohnerInnen des Berliner Wagenplatzes »Schwarzer Kanal« völlig unbehelligt direkt an der Schillingbrücke. 2002 mussten sie der neuen Bundeszentrale von Ver.di weichen. Nach langen Verhandlungen bekam der TransgenderFrauenLesben-Wagenplatz einen mehr oder weniger guten Ersatzplatz. Doch auch dort haben sie keine Ruhe. Seite 4

BESETZT!

Kaum zu glauben. Es handelt sich um 381 intakte Wohnungen im Köln-Deutzer Stadtteil, dem Barmer Viertel, von denen mittlerweile 240 besetzt wurden. »DEUTZland« ist entstanden. Der Kölsche Klüngel hat schon viele Stilblüten hervorgebracht, aber mit dem Abgang der Investoren für ein geplantes hochtrabendes Projekt mit neuem ICE-Bahnhof und extremen Bürohochhäusern begann der Irrsinn hoch zehn. Näheres auf Seite 5.

SOLOTHURNER FILMTAGE

Nicht wenige der seit einundvierzig Jahren im Rahmen der Solothurner Filmtage gezeigten Werke werfen brisant-politische Fragen auf. Vier der auf der Leinwand gezeigten Filme, die im Januar 2006 liefen, bespricht unser Autor René Hamm auf Seite 6.

ARGENTINIEN

Einige Tage vor Weihnachten des Jahres 2001 schaute die Weltöffentlichkeit nach Argentinien. Der so genannte »Argentinazo« weckte die Hoffnung vieler, die lange auf eine Reaktion der Unterdrückten gewartet hatten. Es gab unzählige Informationen über neue Formen sozialer Bewegungen, die sich über Jahre entwickelt hatten und vor allem ein Novum: die besetzten Fabriken. Seite 11

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

In Delmenhorst wollen Bürger das Preisdiktat der Stadtwerke brechen. Künftig soll eine Genossenschaft das Gas einkaufen und verteilen. Und die Teutoburger TEN mit Sitz in Hagen versorgt bisher schon zwei Gemeinden über ihre Leitungen mit Gas. Nun übernimmt diese im kommenden Jahr das Gasleitungsnetz einer weiteren Gemeinde. Seite 12/13

www.contraste.org

WASSER:

Ressource, Lebensmittel, Menschenrecht

Weltweit haben 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser, und täglich sterben etwa 6.000 Kinder an Krankheiten aufgrund von verschmutztem Trinkwasser.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Seit Beginn der 1990er Jahre werden mit rasanter Geschwindigkeit Wasserwerke, die bisher in staatlicher Hand waren, privatisiert. Drei Konzerne sind in über 100 Ländern tätig und kontrollieren etwa 40% des weltweiten Wassermarktes: die französischen Unternehmen Veolia (früher Vivendi) und Ondeo (Tochter der Suez Lyonnaise des Eaux), und die deutsche RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) mit ihrer britischen Tochter Thames Water.

Privatisierungs-Mythen

Die Privatisierungsbefürworter argumentieren mit dem Versagen staatlicher Systeme. In Entwicklungsländern sind vor allem ärmere Viertel schlecht versorgt, oft verfügen sie über gar keinen Wasseranschluss, oder die Leitungssysteme sind defekt und die Wasserqualität ist schlecht. Als Lösung der Versorgungsprobleme der Armen gilt die Privatisierung. Auch Länder des Nordens versuchen zunehmend, ihre leeren Kassen durch Privatisierungen aufzufüllen. Mit Public-Private-Partnerships (PPP) soll alles besser werden.

Der Privatisierungsmythos besagt, der Staat habe versagt, und nun seien die Privaten gefragt, eine Versorgung effizient, mit besserer Qualität zu günstigeren Preisen sicher zu stellen. »Kostendeckende Gebühren« sind eine Voraussetzung für Finanzierungshilfen internationaler Organisationen (wie ernsthaft der aktuelle Politikwechsel der Weltbank hin zur Betonung der Notwendigkeit staatlicher Verantwortung ist, wird die Praxis zeigen) und auch Zielvorgabe in der Entwicklungszusammenarbeit von BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit).

Aber selbst geringe Beiträge zur Kostendeckung für Betrieb und Instandhaltung von Versorgungsanlagen sind für Arme oft unerschwinglich. Dies betrifft ebenso eine selbstorganisierte Wasserversorgung. Wo zusätzlich privatisierungsbedingt Gewinne in die Preiskalkulation eingehen, werden immer mehr Menschen von der Versorgung ausgeschlossen. Eine Wasserversorgung, die unter Gewinnerzielungsaspekten betrieben wird, baut die Unternehmenstätigkeiten dort aus, wo Gewinne zu erzielen sind, also v.a. in Metropolen und Gegenden mit eher wohlhabender Bevölkerungsstruktur. Abgelegene ländliche Regionen und Armutsgebiete sind wirtschaftlich unrentabel und werden tendenziell eher von der Versorgung abgehängt.

Ein Menschenrecht wird zur Ware

Nachdem 1998 die Wasserversorgung in einem Teil der Provinz Maldonado (Uruguay) privatisiert wurde, verschlechterte sich die bisher vorbildliche Versorgungssituation, es kam verschmutztes, stinkendes Wasser aus den Hähnen. Nachdem in Teilen Südafrikas »kostendeckende Wasserpreise« eingeführt wurden, waren Menschen ohne Geld gezwungen, Wasser aus Flüssen zu trinken, und es kam 2000 zur größten Choleraepidemie in der Geschichte des Landes.

Foto: WEED

Seitdem Thames Water die Londoner Wasser- und Abwasserbetriebe übernommen hat, geht es bergab (Werner Rügemer: Marode Leitungen als Renditeobjekt, s. Seite 7). Die Berliner Wasserwerke wurden teilprivatisiert, und haben seither mehr Probleme als vorher (Gerlinde Schermer: Wasserprivatisierung in Berlin, s. Seite 8). Kann die Wissenschaft helfen? Anfang diesen Jahres wurde an der TU Berlin eine Stiftungsprofessur eingerichtet für Siedlungswasserwirtschaft. Aber sie hat einen Schönheitsfehler: Stifterin ist der Wassermulti Veolia, der 24,95% der Anteile an Berlinwasser hält – so viel zum Thema Freiheit der Wissenschaft.

Selbstorganisation als Alternative?

Stellt eine selbstorganisierte Wasserversorgung oder auch Abwasserentsorgung eine Alternative dar zur Privatisierung? Können Wasserwerke im Eigentum und Besitz der BürgerInnen eine bessere Versorgung gewährleisten als Staat oder Konzerne? Auch dörfliche Wassergenossenschaften (Andreas Eisen: Wassergenossenschaften, s. Seite 8) oder private Pflanzenkläranlagen im ländlichen Raum (Interview mit Hermann Hummer, s. Seite 9) sind Formen der Privatisierung. Im Unterschied zur profitorientierten Bewirtschaftung durch Konzerne geht es hier jedoch um den direkten Nutzen für die EigentümerInnen, neben Ver- bzw. Entsorgungssicherheit und günstigen Preisen werden auch ökologische Aspekte einbezogen.

In Entwicklungsländern sind selbstorganisierte Projekte oft die einzige Möglichkeit, überhaupt einen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen. Dafür ist die Unterstützung durch NGOs in der Regel unabdingbar. Denn die Fähigkeit zur Selbstorganisation aus eigener Kraft ist ein Privileg derer, die über die notwendigen materiellen und immateriellen Voraussetzungen verfügen.

Selbstorganisierte Wasser- und Abwasserprojekte sind kleinteilig und lokal, bewegen sich – je nach Ausgangssituation – zwischen dem Charme der Autonomie und den Zwängen der Not. Stellen sie Einzelfall-Lösungen dar für Besserverdienende hier oder EmpfängerInnen von Entwicklungshilfen dort, oder sind sie Keimformen zukünftig flächendeckend vorstellbarer Strukturen der Daseinsvorsorge? Ist es im Bereich lebensnotwendiger Güter und Leistungen überhaupt sinnvoll, den Staat vollständig und dauerhaft aus seiner Fürsorgepflicht zu entlassen? Oder laufen selbstorganisierte Projekte Gefahr, als Einfallstore einer Privatisierung in kapitalistische Strukturen zu dienen?

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

BERUFSVERBOT IN BADEN-WÜRTTEMBERG BLEIBT BESTEHEN

Gesinnungsjustiz?

Das erste Berufsverbot für einen Lehrer in Baden-Württemberg seit zwölf Jahren hat zunächst Bestand: Das Karlsruher Verwaltungsgericht wies am 13. März 2006 die Klage eines Heidelberger Realschullehrers gegen die Entscheidung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zurück, das seine Einstellung wegen Zweifels an seiner Verfassungstreue abgelehnt hatte.

Redaktion Heidelberg ● Damit folgte das Gericht (Zitate aus der Urteilsbegründung siehe Kasten auf Seite 2) der Argumentationskette des für das »Referat Lehrer- und Personalverwaltung« zuständigen Leitenden Regierungsdirektors, Detlef Brandner. Der ließ es sich nicht nehmen, auf die von »friedliebender« Absicht geprägte »Zivilcourage« des Pädagogen hinzuweisen, um dann trotzdem dessen »Untauglichkeit« für den Beruf als Lehrer zu attestieren – einzig und allein auf Grund seines »Bekenntnisses zur Antifaschistischen Initiative Heidelberg« (AIHD) und zu anderen linken Organisationen wie zum Beispiel der Roten Hilfe e. V.

Er behauptete, dass Michael Csaszkóczy das parlamentarische System (FDGO) diffamieren würde. Und er legte noch darauf : »Ich wollte nicht haben, dass mein Sohn bei ihm in Geschichte oder Gemeinschaftskunde unterrichtet wird.« Eigentlich hat Brandner Michael Csaszkóczy und alle anderen Kritiker von unhaltbaren Zuständen in der BRD diffamiert.

Der Lehrer Michael Csaszkóczy soll führendes Mitglied der als linksextrem eingestuften AIHD sein. Im Jahr 2004 verwehrte ihm deshalb das Land Baden-Württemberg den Eintritt in den Schuldienst (siehe CONTRASTE Nr. 234). Das Land Hessen schloss sich 2005 an (siehe CONTRASTE Nr. 255). Bereits vor der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hatte der Betroffene angekündigt, dass er notfalls den Weg durch die Gerichtsinstanzen antreten will. Das nächst höhere Gericht wäre der Verwaltungsgerichtshof Mannheim. Darüber steht noch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Der 1972 beschlossene Radikalenerlass war in den 70er Jahren Grundlage für etwa 10.000 Berufsverbote vor allem gegen Lehrer/innen, Postbeamte und Lokführer. Drei Millionen Menschen wurden damals auf ihre Verfassungstreue überprüft. 1995 wurden die Berufsverbote vom Europäischen Gerichtshof für menschenrechtswidrig erklärt. In Baden-Württemberg gab es zwischen 1983 und 1993 noch zwölf Ablehnungen für Lehramtsbewerber aus politischen Gründen, danach war Michael Csaszkóczy der einzige Fall. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) Baden-Württemberg unterstützt ihn bei seiner Klage und will erreichen, dass die rechtlichen Grundlagen des sogenannten »Radikalenerlasses« aus dem Landesrecht gestrichen werden.

Die AIHD hatte in einer älteren Stellungnahme zu dem Berufsverbot über sich selbst geschrieben, es handele sich bei ihr »keineswegs um einen klandestinen, in der Illegalität arbeitenden Zusammenhang, sondern um eine offen auftretende antifaschistische Gruppe, gegen die noch nie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde«.

Zum Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe erklärte der baden-württembergische Europaabgeordnete der Linksfraktion (GUE/NGL), der Tübinger Tobias Pflüger: »Das Berufsverbots-Verfahren gegen Michael Csaszkóczy hat mittlerweile die Grenze der Absurdität überschritten. Es ist einfach mehr als sonderbar, dass einerseits sowohl vom Schulamt, als auch vom Gericht dem Lehrer »Friedfertigkeit und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus« attestiert wird, und andererseits mit dem Urteil in der gleichen Verhandlung eben wegen dieser Zivilcourage an der undemokratischen Praxis des Berufsverbotes festgehalten wird.

Das Gericht verletzt damit auch das im EU-Vertrag festgeschriebene Recht auf freie Berufswahl und das EU-Diskriminierungsverbot. Zugleich ist das Urteil ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, in der die Berufsfreiheit garantiert ist. Bereits 1995 wurden Berufsverbote vom Europäischen Gerichtshof für menschenrechtswidrig erklärt.

Fortsetzung auf Seite 2

AKTION 2006:

Gruppe gefunden...

... CONTRASTE-Abo abbestellt. Der neue Lebenszusammenhang hatte schon ein Abo... Ein gar nicht so seltener Kündigungsgrund, der uns in den vergangenen sechs Monaten 10 Abos gekostet hat. Anders geht seit Jahren mit einer solchen »betriebsbedingten Kündigung« die Kommune Niederkaufungen um. Sie wurde Fördermitglied und erhöht bei einem Eintritt eines/einer CONTRASTE-LeserIn den Förderbeitrag. Dennoch sieht die Bilanz in diesem Monat garnicht so schlecht aus: Verursacht durch zusätzliche Abos, einer Umstellung auf Fördermitgliedschaft und durch den Eingang weiterer Spenden sinkt der Spendenbedarf zur Vermeidung unserer aktuellen Deckungslücke auf 3.334,50 EUR.

Redaktion Heidelberg ● In diesem Monat gab es eine Abokündigung und neun neue Abos. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 145+. Begonnen hatten wir unsere Aktion 2006 im Dezember 2005 mit 154+, dass heißt, es sind bereinigte neun Abos hinzugekommen. Diese ergeben zusätzliche Einnahmen von 405 EUR.

Ein Abo wurde auf Fördermitgliedschaft (100 EUR) umgestellt, dadurch erhöhen sich unsere Einnahmen um weitere 49 EUR. Martin Taurer aus Österreich schrieb uns dazu:

»Mein Zeitungs-Abo läuft bis 04.2006. Aufgrund meiner großen Zufriedenheit mit der CONTRASTE und den äußerst brauchbaren Artikeln darin, möchte ich mein Abo jetzt auf Fördermitgliedschaft umstellen. Mit großer Freude stelle ich auch eine zunehmend libertäre Tendenz bei eurem feinen Druckwerk fest. Jedenfalls wünsche ich euch weiterhin viel Erfolg, hoffentlich lassen sich künftig noch mehr Leser für die CONTRASTE finden. Ich werde die Zeitung weiterhin empfehlen.«

Auf unserem Spendenkonto gingen weitere 154 EUR ein, so dass wir für unsere aktuelle Deckungslücke im Jahr 2006 noch **3.334,50 EUR** benötigen (mit dem geplanten Abbau von Altschulden **5.334,50 EUR**).
Die Spenden im Überblick:

- Ariane Dettloff, Köln (20 EUR)
- Heinz Weinhausen, Köln (20 EUR)
- Elisabeth Voß, Berlin (100 EUR)
- Daniel Enting, Berlin (24 EUR)

Allen SpenderInnen und Fördermitgliedern herzlichen Dank!

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 5.334,50 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 145+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Anzeige

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Kinder sind keine Soldaten!

www.tdh.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Berufsverbote waren schon in der Hochphase nach dem sogenannten Radikalenerlass ein Skandal, heute sind Berufsverbote mehr denn je völlig fehl am Platz. Es ist ein Weg zurück in eine düstere Vergangenheit. Die heutige Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat sich mit dem Berufsverbotsverfahren gegen Michael Csaszkóczy in Baden-Württemberg in bleibende Erinnerung gebracht, sie ist wesentlich verantwortlich für das Verbauen seiner Lebensperspektiven.

Bei dem, was Michael Csaszkóczy vorgeworfen wird, geht es einzig allein um eine sogenannte Kontaktschuld. Denn das Gericht sieht keinerlei Hinweise für ein irgendwie geartetes Fehlverhalten. Allein sein Engagement in der AIHD wird nun dem Lehrer Michael Csaszkóczy vorgeworfen. Es muss ein für allemal Schluss sein mit der Bestrafung von absolut notwendigem Engagement gegen Faschismus und Rassismus.«

Mit diesem Urteil ist der Heidelberger Realschullehrer beruflich weiter in der Schwebe. »Im Windschatten des Prozesses in Karlsruhe hat jetzt auch Hessen ein Berufsverbot gegen mich verhängt«, ärgert sich Michael Csaszkóczy. Eine Woche vor der Karlsruher Verhandlung wurde ihm die offizielle Entscheidung zugestellt. Seine Einstellung in der Martin-Buber-Schule in Heppenheim sei letzten Sommer vom Kultusministerium in letzter Minute gestoppt worden – und zwar am Tag der ersten Lehrerkonferenz. »Alle wollten mich in der Schule«, sagt er. Nicht zuletzt deshalb will er trotz des erneuten juristischen Rückschlags nicht aufgeben.

Michael Csaszkóczy, der zur Zeit von Arbeitslosengeld II lebt, zweifelt inzwischen daran, dass er Lehrer werden kann. »Politisch ist es aber unglaublich wichtig, weiter zu kämpfen«, sagt er. Er sei zwar bisher der Einzige, gegen den ein Berufsverbot verhängt worden sei. Er fürchte aber, dass sein Fall für die beteiligten Kultusministerien nur ein »Testballon« sei.●

AUS DER URTEILSBEGRÜNDUNG

Der Tenor wird an folgenden Zitaten deutlich:
Mit Ausführungen wie der der AIHD, die von Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und BRD sprechen »werden die Grenzen einer legitimen Kritik unseres Staates und seiner Verfassung mit Augenmaß weit überschritten. Hier wird die Bundesrepublik haltlos angegriffen und diffamiert, es wird kaum verhüllt zum Kampf gegen die Grundlagen unseres Staates und die ihn tragende Gesellschaft aufgerufen. (...)

Dies gilt auch auf dem Hintergrund der im gerichtlichen Verfahren angeführten Umstände, die den Kläger als engagierten Streiter gegen Rechts und für friedliche Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht schildern. (...)

Auch wer aus übersteigerter Sensibilität für bestimmte positive Prinzipien oder aus lebensfremdem Idealismus heraus unseren Staat und das Handeln seiner Verfassungsorgane wegen stets möglicher Missstände verachtet, grundsätzlich ablehnt und bekämpft, ist als Beamter dieses Staates ungeeignet, weil er die besondere Treuepflicht wegen seiner ablehnenden inneren Einstellung nicht garantieren kann. (...)

Auch wer aus moralischem Rigorismus, Naivität oder Leichtgläubigkeit eine Gruppe unterstützt, von der sich ein Beamter distanzieren müsste, handelt gegen die beamtenrechtliche Treuepflicht.«●

Der komplette Text ist auf der Homepage zu finden: www.gegen-berufsverbote.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

GEGENPOSITIONEN

Einspruch

Zwei Texte der letzten beiden CONTRASTE-Ausgaben würde ich ungern ohne Gegenposition stehen lassen. Zum einen wurde in der Februarausgabe auf Seite 6 von einem Abzocker berichtet – gleich mit Foto und Namen. Neben dem grundsätzlich problematischen Vorgang, dass hier eine Seite ohne jegliche Möglichkeit der Darstellung anderer Sichtweisen gleich per Foto und Namen die Jagd auf Menschen eröffnen kann, finde ich auch konkrete Inhalte des Textes völlig daneben. Zum einen wird offen eine Gewaltanwendung ohne direkte oder soziale Notwehrsituation befürwortet. »Wir wären zwar nicht traurig zu erfahren, dass ihm jemand ein paar Zähne ausgeschlagen hat« ist mindestens eine Akzeptanz von Gewalt an sich, also auch dann, wenn sie keine befreiende Logik hat. So etwas ist Macht und der Text damit eine Befürwortung. Zum zweiten findet sich ein Aufruf, Informationen über die Person zu sammeln und an die Autoren zu schicken. Diese schreiben aber auch: »Auch wenn wir kein positives Verhältnis zum sogenannten »Rechtsstaat« haben, werden wir die Informationen übrigens gegebenenfalls auch zu polizeilichen Verwertung weitergeben«. Der erste Halbsatz ist die Floskel der Radikalität in eigener Selbstwahrnehmung, der Gegenbeleg folgt dann sofort. Und er ist gefährlich: Hier wird mit der Polizei kooperiert, das wird offen gesagt, dafür Verständnis eingefordert und CONTRASTE veröffentlicht den Aufruf zur Kooperation mit der Polizei. Die LeserInnen werden aufgefordert, daran mitzuwirken, weil ja ihre Informationen weitergeleitet werden sollen. Welch ein grausames Spiel! Bitte überdenkt diese Strategien. Bei allem Verständnis für Euren Ärger (der hier auch immer wieder so oder ähnlich vorkommt): Es gibt keinen Grund, der Polizei als Symbol autoritärer Aufladung von Gesellschaft zu huldigen. Wer kein positives Bild vom Rechtsstaat haben, sollte Taten folgen lassen!

Als zweiten Text möchte ich den Bericht über den Global Marshal Plan in der März-CONTRASTE kritisieren. Dieser Plan ist das Machwerk globaler Eliten und sieht eine Fortentwicklung globaler Politik zu einem riesigen Plan der Weiterentwicklung der Erde vor. Sehr deutlich werden hier europäische Impulse (mal wieder) als Taktgeber für die ganze Welt formuliert. Die damit zusammenhängenden Phantasien machtvoller Elitegremien wie Weltzukunftsräte usw. zeigen, dass die Idee des Global Marshal Plans eher eine mit sozialökologischen Phrasen angefütterte Reorganisierung monarchischer Elemente denn ein emanzipatorisches Projekt ist. Zitate und Hintergründe zu diesem Projekt finden sich u.a. unter www.projektwerkstatt.de/ aes/marshall.html.

Gruß
Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von unten

EMIL MANGELSDORFF ERHIELT DIE GOETHE-PLAKETTE

Ich glaube an die Wendung zum Besseren

Für seine besonderen Verdienste um das kulturelle Leben des Landes Hessen erhielt Emil Mangelsdorff die Goethe-Plakette des Landes am 20.01.2006. Mangelsdorff, 1925 in Frankfurt geboren, gehört zu den wichtigsten und profiliertesten Jazzmusikern Deutschlands und gilt als einer der weltweit besten Saxofonisten. Zugleich verstehe sich Mangelsdorff als Künstler mit gesellschaftlicher Verantwortung, betont das Kunstministerium in Wiesbaden. Das unterstreiche er beispielsweise durch seine Gesprächskonzerte »swing tanzen verboten – Als Jazzmusiker im Nationalsozialismus«.

Jürgen Leinhos ● Der Staat, in dem er aufwuchs, unterdrückte und verfolgte jede künstlerische Artikulation, deren Basis Freiheit und Menschenwürde ist. Emil, von der Ausdruckskraft des Jazz und der Vielfalt der Mittel dieser Musik beeindruckt, erfuhr, daß kulturelle Neugier, Kreativität und Offenheit ausreichen, um die Staatsgewalt auf den Plan zu rufen.

Mehrere Generationen junger Menschen haben Emil zugehört. Aus der Perspektive eines Jugendlichen erzählt er. Eindrucksvoll und lebendig zeigt er, daß Zivilcourage und ein Bekenntnis zu kultureller Vielfalt in jeder Gesellschaft möglich und notwendig ist, daß der aufrechte Gang aber auch Freude und Stärke bedeutet.

Die Reihe der Gesprächskonzerte *»swing tanzen verboten«* wird auch in diesem Jahr fortgesetzt. Darauf legt der Emil grossen Wert.

Erstmals im Frühling 1985 sind wir mit dir und deinen Gesprächskonzerten in Kulturzentren, Schulen und Kirchengemeinden gezogen. Die letzte Tour durch die Stadtteile fand im Oktober 2005 wieder ein begeistertes Publikum. In diesen zwanzig Jahren hast du mehrere Auszeichnungen erhalten, darunter die Johanna-Kirchner-Medaille, die Goethe-Plakette deiner Heimatstadt Frankfurt, die Wilhelm-Leuschner-

Emil Mangelsdorff Foto: Klaus Muempfer

Medaille, die höchste Auszeichnung des Landes Hessen und nun die Goethe-Plakette des Landes. In unserem heutigen Gespräch möchte ich gern dein umtriebiges und sinnstiftendes Wirken in der Wirklichkeit der Bundesrepublik ansprechen.

Emil Mangelsdorff: Unmittelbar nach dem Kriege entwickelten wir eine Konzertserie »History Of Jazz«. Es gab ein grosses Bedürfnis nach authentischem Jazz. Da ich alle Stilarten beherrschte, konnte ich die Zuhörer von den Ursprügen bis zum Cool-Jazz führen.

Was habt ihr 1957 in Polen gemacht?

Werner Wunderlich hatte die Kontakte geknüpft – er hatte in der polnischen Gefangenschaft Polnisch gelernt – und erreicht, dass die »Frankfurt All-Stars« zum Jazzfestival nach Zoppod (Sopot) eingeladen wurden. Wir Jazzmusiker waren die ersten Deutschen, die in Sachen Kultur nach Polen eingeladen wurden.

Die Leser mögen sich erinnern: wir befinden uns auf dem Höhepunkt der Tauwetter-Periode. Polen ist das aufregendste Land in Europa. Die Künste blühen auf, die polnische Politik sucht den Ausweg aus der Gefangenschaft der Ost-West-Konfrontation. Roman Polanski und der Jazzmusiker Jan Komeda haben soeben ihren ersten Film gemacht. Regisseure wie Aleksander Ford und Autoren wie Marek Hlasko werden in Ost und West bewundert...

Und die Plakatkunst aus Polen ist in der ganzen Welt berühmt. Das Zoppod-Festival hatte für Kunst und Politik einen hohen Stellenwert. Die Eröffnung fand im Stadion statt. Auch die Politiker waren präsent. Die Polen waren nach Westen hin aufgeschlossen. Die Musiker spielten sehr modern, waren neugierig auf alles. Ich erinnere mich, dass sie sich alle Noten aufgeschrieben haben, die wir hatten. Wir hatten viel Kontakt mit Musikern und anderen prominenten Intellektuellen und waren beeindruckt von ihren hervorragenden Kenntnissen der amerikanischen Literatur. Es war der erste Kontakt mit Polen.

Die Faszination besteht fort: Zwei Mitglieder deiner Gruppe sind Polen. Janusz Maria Stefanski und Vitold Rek.

Ja, unsere letzte Polenreise führte uns nach Olsztyn – früher Allenstein – in Masuren.

1957 aber ging es zurück nach Frankfurt.

Und 1958 erfolgte die Gründung des Jazzensembles des Hessischen Rundfunks, mit meinem Bruder Albert, Joki Freund, Peter Trunk, Pebsi Auer, Hartwig Bartz, Stu Hamer und später Heinz Sauer, Günter Kronberg und Günter Lenz...

.. und die 60-er Jahre standen vor der Tür mit Black Power – Free Jazz.

In einer Gruppe mit dem Gitarristen Attila Zoller entfaltete sich erstmals unser Interesse an Literatur. Wir führten Lyrik von Heinrich Heine auf, mit dem Schauspieler, Autor und Regisseur Gert Westphal. Serien mit Jazz und Lyrik folgten, mit George Gruntz und Joki Freund. Und schliesslich mit meiner eigenen Musik zu Texten von Allen Ginsberg »Das Geheul« mit dem Schauspieler Sebastian Norden. Noch heute bin ich unterwegs mit dem Schauspieler Edgar M. Boelke und Märchen von Oskar Wilde.

Im Jahr 1968 führten zwei Tourneen der »Frankfurt All-Stars« mit dem Goethe-Institut nach Südamerika und Asien. Daheim im Jazzkeller waren wir mit Studenten und Linken am Diskutieren. Das tat mir immer gut. »der Opa ist gut« hörte ich.

Du warst gerade mal 43 Jahre alt.

Emil Mangelsdorff Foto: nrc

1973 verstarb meine erste Frau. Die folgenden Jahre war ich nicht besonders fruchtbar. Dann aber folgte mein eigenes Quartett. »Fusion« und »RockJazz«, die Ginsberg-LP »Das Geheul« und weitere Schallplatten wurden realisiert. Dies alles fand ja in Frankfurt statt, der »swingenden Stadt« Die Hilfe der Stadt war bis dahin gering. Man kokettierte zwar mit der »swingenden Stadt«, aber es gab keine Hilfe der Kulturpolitik. Das liegt mir schwer auf dem Herzen. Da veröffentlicht heute ein silbergrauer Kulturpolitiker ein autobiographisches Werk, in dem das Wort Jazz überhaupt nicht vorkommt.

Angstfreie und neugierige Berührung mit dem Jazz fand erst mit der Kulturdezernentin Linda Reisch statt. Sie förderte ein Bewusstsein für die Existenz des Jazz in der Stadt und war wirklich aktiv: Erstmals gelang es, die Kulturdezernentin heranzuziehen und statt Misstrauen kompetentes Handeln – zum Beispiel bei der Gründung der Jazzinitiative und mit der Schaffung des Jazz-Stipendiums – zu erleben.

Linda ist ja auch kein misstrauischer Apparatschik, sie bewundert die Problemlösungskompetenz der Künstler...

...und hat sich folgerichtig mit den Feigheiten der Kulturpolitik angelegt. In dem neuen Schwung in der Stadt, sich auf Jazzfragen einzulassen, konnte in dieser Amtszeit die Jazzklasse in der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst wieder eingerichtet werden.

Das geschah mehr als sechzig Jahre nach der Vertreibung – so nachhaltig kann der Nationalsozialismus sein. Als Bürger dieser Stadt stehst du mit deiner Musik immer auf der richtigen Seite.

Ja, ich habe die Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Frankfurter Juden am Jüdischen Friedhof Battonnstraße mitgestaltet und ebenso selbstverständlich gegen die Startbahn West musiziert. Und so bin ich auch einer der Gründungsväter der Union Deutscher Jazzmusiker und dem Projekt »Jugend jazzt« eng verbunden.

Es ist sehr bemerkenswert, dass sehr viele junge Musiker nichts lieber tun, als Jazz zu spielen. Junge Menschen bleiben dieser Musik verhaftet und spielen mit grosser Perfektion. In meiner Konzertreihe im Holzhausenschlösschen lade ich gern sehr junge Kollegen ein und kann beobachten, wie gut diese Musiker sind und welche Opfer sie bringen. Denn die ökonomischen Bedingungen für gute Musik sind entmutigend.

Vaclav Havel sagt, Kunst wird die Welt mehr verändern als Politik.

Die Kunst hat stets Dinge vorausgesagt, die erst viel später in Politik und Gesellschaft erkannt wurden. Erhellende und düstere Entwicklungen der Menschheit sind vorgezeichnet bei Bach und Mozart, Heine, Kafka, Charlie Parker und John Coltrane. Musikerziehung und Kontakt mit Musik sind deshalb unersetzlich. Alle Kompetenzen des Menschen, auch soziale, werden mit Musik entwickelt. Aber die Politik hinkt hinterher.

Die Gegenwart?

Die Gegenwart ist mein aktuelles Quartett. Die Musik, der ich mich am stärksten verbunden fühle, ist Bebop oder auch Post-Bebop. Die Musik, die ich immer noch mit derselben Leidenschaft musiziere. Die Musik, die von Dizzy Gillespie und Charlie Parker ausgegangen ist. Wir machen viele Konzerte und haben volle Häuser. Ich bin sehr glücklich damit.

Die Verehrer von Emil Mangelsdorff bewundern die Fähigkeit, über Mauern zu blicken, den eigenen Weg zu finden und den Humor dabei nicht zu verlieren.

Ja, eine positive Grundhaltung gehört zu mir. Ich bin nicht der Meinung, dass die Welt schon verloren sei. Ich glaube an die Wendung zum Besseren. Mit Freude und Leidenschaft bin ich mit Lesen beschäftigt. So bin ich ständig dabei, Neues aufzunehmen. Bei uns wird viel vorgelesen. Und ohne tägliches Üben ginge das alles nicht. Neugier ist wichtig.

Lieber Emil Mangelsdorff, ich danke für dieses Gespräch.

Das Interview führte Jürgen Leinhos am 25. Januar 2006 in Frankfurt am Main und wurde zuerst veröffentlicht auf: www.laks.de, der Homepage der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren Hessen.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Long live the Underground!

V.A.: Creative Outlaws. US-Underground 1962-1970, (Trikont / Indigo)

»Rock'n'Roll ist der Beginn der Revolution« postulierte der amerikanische Spaßguerillero Jerry Rubin in seinem 1970 erstmals publizierten Buch »Do it! Szenarien für die Revolution«. Aus jener Zeit, wo Rubin zusammen mit anderen Yippies (AktivistInnen der *Youth International Party*) den Unicampus von Berkely mit Aktionen verunsicherte, Potenzprobleme, Bürgerrechte und der Vietnamkrieg öffentlich thematisiert wurden, stammen die von den beiden Zeitzeugen Tom Klatt (DJ / Musiker) und Urband Gwender (Schriftsteller, Performer) zusammengestellten amerikanischen Undergroundhits – von denen einige schon längst in die Geschichte der stromlinienförmigen Pop-Geschichte integriert wurden.

Es war die Zeit, wo wie zu keiner anderen Zeit mehr Rockmusik und Jugendrebellion zusammenfielen und Rockmusik mit einer Infragestellung alter Werte und Moralvorstellung einherging. Gleichzeitig wurden hier die Weichen gestellt für eine neue musikalische Revolution – den Punkrock! Den Auftakt auf dem Sampler bildet *Jimmy Hendrix* mit seiner legendären E-Gitarrenversion der amerikanischen Nationalhymne (»Star Spangled Banner«). Dieser hier veröffentlichte Track, der längst seinen unbestrittenen Platz in der Musikgeschichte gefunden hat, stammt von Anfang 1969 und unterscheidet sich in seiner Härte noch deutlich von jener Version, die er während des Woodstock-Festivals öffentlich präsentierte.

Auch unvergessen geblieben sind *MC 5* aus Detroit mit ihrem Klassiker »Kick out the Jam«, der ursprünglich auf dem gleichnamigen Album 1968 veröffentlicht wurde und den Höhepunkt in der Geschichte der 1964 gegründeten Band darstellte. Ihren legendären Ruhm verdanken sie neben ihrem Habitus bei ihren Auftritten auch ihrem Manager John Sinclair, der ein Gründungsmitglied der *White Panther* (weiße Unterstützungsgruppe der *Black Panthers Party*) war. *MC 5* schufen mit ihrem krachigen Rock einen Soundtrack für die Auseinandersetzung zwischen der vorwiegend studentischen Opposition und der Staatsmacht – u.a. während eines von den Yippies organisierten Konzertes in Chicago.

Neben *MC 5* zählen auch die *The Stooges* um ihren Sänger, den Rock-Opa *Iggy Pop*, zu den frühen Wegbereitern des Punk. Sie sind vertreten mit ihrem Song »1969«, einem aggressiven Abgesang auf die 60er Jahre. Die explizite Auseinandersetzung mit dem Vietnamkrieg als einem der prägenden Ereignisse für die Jugend jener Zeit, findet sich in den Texten von *Country Joe & The Fish* (»I feel like I'm fixin' to die«), deren Track das Originalintro ihres berühmten Woodstock-Auftritts beinhaltet, und *Westcoast Pop Art Experimental Band* (»Suppose they give a war and no one comes«) wieder. Vor allem die zu erst genannten schufen mit ihrem Song eine Art Hymne der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung.

Das ebenfalls in den 60er Jahren auftauchende Thema Rauschmittel wird von *The Holy Modal Rounders* mit einer Coverversion des Songs »Cocain Blues« von *Memphis Jug Band* abgedeckt. Der Text, der eine verschlüsselte Verherrlichung des Konsums gepaart mit einer Ablehnung der Illegalisierung beinhaltet, entstammt einem Ende der 20er Jahre verfaßten Song von Hattie Hart. Ein anderer, häufig gecoverter Song ist »Hey Joe«, der vor allem durch die Version von *Jimmy Hendrix* berühmt wurde und zuletzt durch das Metal-Projekt *Body Count* in den 90er Jahren ein Revival erlebte. Für die Compilation wurde die Originalversion des Folksingers *Tim Rose* ausgewählt. Die Liste der bedeutenden Songs ließe sich noch ein Weilchen fortsetzen.

Insgesamt haben die beiden Herausgeber 22 Perlen der Musikgeschichte zusammengetragen. Herausgekommen ist bei dieser musikarchäologischen Zusammenstellung ein durch und durch hörenswertes, durch die Vielseitigkeit und Experimentierfreudigkeit jener Jahre sehr weitgefächerter musikalischer Soundtrack der 60er Jahre. Gleichzeitig bietet die Zusammenstellung ein Paradebeispiel für den engen Zusammenhang von Musik und Politik, der in den vergangenen Jahren abzunehmen scheint. Abgerundet wird das Ganze durch ein im typischen 60s-Flower-Power-Style gestaltetes Cover der CD sowie zwei sehr informative Booklets (deutsch / englisch) mit Texten von Pop-Theoretiker Martin Büsser, in denen die einzelnen Songs in ihren historischen Kontext eingebettet werden.●

DJ Chaoz

Infos und Bestellung: www.trikont.com

TRANSGENDERLESBENFRAUEN-WAGENPLATZ »SCHWARZER KANAL« IN BERLIN-MITTE

Wenn es den Nachbarn nicht gefällt

Die Zukunft einer der bekanntesten Berliner Wagenburgen ist noch immer völlig offen. Über ein Jahrzehnt lebten die BewohnerInnen direkt an der Schillingbrücke. 2002 musste der Platz der neuen Bundeszentrale von Ver.di weichen. Erst nach langen Verhandlungen bekam der SCHWARZE KANAL e.V. von der Baufirma HochTief einen mehr oder weniger guten Ersatzplatz. Doch auch dort sollten sie keine Ruhe haben.

Hanna Müller ● So klagten die Immobilienfirma Office GrundstücksverwaltungsGmbH und das deutsche Architekturzentrum (DAZ) den Wagenplatz SCHWARZER KANAL außer Sicht. Der Beschluss des Verwaltungsgerichts gab den Nachbarklägern Recht. Die Wagenburg bewirke eine »Wertminderung« der zum großen Teil leerstehenden Bürogebäude und stelle allgemein ein »Sicherheitsrisiko« dar. Auch das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieses Urteil 2003. Nur durch einen Verfahrensfehler konnten die BewohnerInnen auf der einen Hälfte des Platzes wohnen bleiben. Doch die Firma Office zog erneut gegen sie vors Gericht.

Im November 2005 gab es dann eine Gerichtsbegehung vom Verwaltungsgericht, da das Wohn- und Kulturprojekt SCHWARZER KANAL e.V. Widerspruch gegen die »Beseitigungsanordnung« des Bezirks Berlin-Mitte eingelegt hatte. Doch dieser Widerspruch wurde erneut abgelehnt. Die Wagenburg »verstoße gegen geltendes Baurecht«, »führe zu einer städtebaulichen Entwertung der Nachbargrundstücke«, würde diese einem »erheblichen städtebaulichen Missstand aussetzen« und sei eine »rücksichtslose Beeinträchtigung für die Nachbarn«, laut Urteilsbegründung.

In einer Presseerklärung schreiben die WagenburglerInnen dazu: »....es kommt anscheinend noch nicht einmal darauf an, wie »störend« der Wagenplatz tatsächlich ist. Denn konkrete Beschwerden von NachbarInnen oder dem Vermieter Hochtief gegenüber dem SCHWARZEN KANAL hatte es nie gegeben. Nein! Allein die Tatsache, dass hier alternative Lebensformen erprobt werden reicht aus, um eine »rücksichtslose Belästigung« der NachbarInnen anzunehmen. Die Wagenburg wird zum Sündenbock gemacht, wenn sie als hauptsächliche Ursache der Vermietungsprobleme verurteilt wird.

»Sicherheitsrisiken« entstehen gerade durch die Überzahl an Bürogebäuden. Denn die Büros sind nach Feierabend leer, die Straßen am Abend und in der Nacht veröded. Die Lebendigkeit im Kiez geht verloren. Genau dies führe dazu, daß Leben durch Videokameras oder den Wachschutz ersetzt wird....«

Am 02.02.06 musste der Verein nun abermals beim Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen. Doch die Chancen stehen schlecht.....

Für unkontrollierte Bewegungen

Deshalb versuchen die 20 BewohnerInnen durch verschiedene Aktionen und Aktivitäten in letzter Zeit vermehrt auf sich aufmerksam zu machen. Es gibt Infoveranstaltungen, Kundgebungen und Demos, Verhandlungen mit PolitikerInnen, Volksküche am Lagerfeuer, Bürgeranfragen auf den öffentlichen Bezirksverordnetenversammlungen mit Transparenten... Wichtig ist ihnen, die Bedrohung ihres alternativen Projektes in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Denn nicht nur ihnen soll es an den Kragen gehen. In den verschiedensten Kiezen soll die geplante Stadtumstrukrukturierung fußen. Dort, wo kleine Biotope blühen, sollen eingezäunte Pflasterwege hin. Einkommensschwache werden vertrieben. Die Kieze sollen Kapital bringen. Gewerberäume mit Topstandart, Office-Lofts, Büros mit Spreeblick (die zum großen Teil leer stehen) sollen zur Normalität und langfristig gewachsene Projekte vernichtet werden.

Der Wagenplatz Schwarzer Kanal

Das Wohn- und Kulturprojekt Schwarzer-Kanal e.V. ist mit seinen 15 Jahren eines der ältesten Wagenplätze Berlins. Regelmäßig finden dort Queervarietes, Konzerte, Kleinkunstshows, Volxküchen, Puppentheater für Kinder und Openairkinos statt und werden von bis zu 500 Leuten besucht. Die Veranstaltungen kosten keinen Eintritt und die KünstlerInnen nehmen auch kein Geld.

Die BewohnerInnen leben in Bauwägen und LKW's. Mittlerweile wohnen dort 20 Transgender-LesbenFrauen plus einige Gäste, zum Teil aus verschiedenen Ländern.

Im Schatten der Investoren

Maßgeblich an diesen Planungen beteiligt ist »Mediaspree«, ein Interessensverband, in dem vor allem Investoren, wie z.B. Universal, sitzen. Das geplante Mediaspreegebiet ist acht mal so groß wie der Potsdamer Platz und soll eine Gesamtfläche von ca.120ha umfassen. Es sollen 2,5 Milliarden Euro investiert und Büroräume für zehntausende geschaffen werden. So steht es jedenfalls in den Hochglanzprospekten. Wo allerdings die versprochenen 30.000 Arbeitsplätze herkommen sollen, weiß kein Mensch. Alle Planungen ignorieren bisher vorhandene Strukturen und schließen eine öffentliche Beteiligung aus, obwohl die Größe der ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplanten Projekte alles bestehende bedroht. Neben den unmittelbar Betroffenen wie den Mietern in den umliegenden Häusern, angesiedelten mittelständischen Betrieben, kulturellen Einrichtungen und selbstbestimmten Projekten, sind mit einem solchen Kommerzzentrum ganze Stadtviertel in ihrem sozialen Gefüge gefährdet.

Aber das versprochene »pulsierende Leben«, das den öffentlichen Raum des zukünftigen Spreeufers prägen soll, ist ohnehin nicht für alle gedacht. Besonders am Herzen liegen den Projektstrategen kaufkräftige, dynamische Menschen, die das Bedürfnis nach Eigentumswohnung, schicken Läden und teuren Lokalen mitbringen. Alle anderen dürfen auch mal gucken – solange sie den Geschäftsbetrieb nicht stören. Was das für Leute mit weniger Geld bedeutet, kann man sich leicht ausmalen.....!

Stay rude and rebel !!!

Linke Projekte können Freiräume sein! Oft wurden sie als diese erkämpft. Sie sollen nutzbar sein für Menschen, denen in dieser Gesellschaft die Daseinsberechtigung abgesprochen wird, sie sind wichtig für die, die eine andere Vorstellung von Gesellschaft haben, die für ein herrschaftsfreies Leben einstehen.

Das Wohn- und Kulturprojekt SCHWARZER KANAL am östlichen Rand des Bezirks Mitte gibt es nun schon seit 1990. Es ist älter als alle Neubauplanungen im Gebiet!

In einer vor dem OVG gehaltenen Rede sagen die WagenbewohnerInnen deutlich: »Wir lassen uns nicht einfach wegplanen! Wir sind ein Teil der Stadt und werden das auch weiterhin in aller Deutlichkeit nach außen tragen, um damit uns und anderen zu zeigen, dass wir nicht ohnmächtig der städtischen Entwicklung gegenüberstehen müssen, sondern durch gemeinsames Denken und Handeln unsere eigene Zukunft in der Stadt gestalten können!

Wir HOFFEN nicht auf besser Zeiten, wir SCHAFFEN sie uns! Wir werden nicht hinnehmen, dass linke Projekte und Strukturen von Justiz, PolitikerInnen, Investoren und Polizei angegriffen und zerstört werden. Stadtumstrukturierung hier, Entmietung dort, aber nur wer das Maul aufmacht, kann die Zähne zeigen. SCHWARZER KANAL BLEIBT!!! Solidarität mit der Yorck59 im besetzten Bethanien!«●

Aktuelle Infos:
www.yorck59.net/wpsksoli.html
E-Mail: schwarzer-kanal@web.de
Wagenplatz, Michaelkirchstr.20, D-10179 Berlin
Das Wohn - Kulturprojekt SCHWARZER KANAL braucht Solidarität und Unterstützung: Spenden für die hohen Gerichts- und Anwaltskosten, Soliaktionen, Berichte in den Medien, Protestschreiben an die Baustadträtin Dubrau (Dorothee.dubrau@ba-mitte.verwalt-berlin.de)....

GETREIDEFEST AM HOF ULENKRUG

Von den alten Sorten

Die Idee, alte Getreidesorten anzubauen, haben wir vor allem aus Frankreich importiert. Seit einigen Jahren haben sich dort sogenannte »Bäckerbauern« zusammengeschlossen, die ihr Getreide selbst vermahlen und verbacken. Sie haben festgestellt, dass sie mit den modernen Getreidesorten, die auf eine hohe Produktivität bei Verwendung von viel Kunstdünger gezüchtet sind, nicht mehr das gleiche Brot backen können, wie mit ihren alten Sorten.

Longo Mai, Hof Ulenkrug ● Dazu kam die Herausforderung, dass viele alten Sorten nicht mehr zugelassen sind, während Saatgutkonzerne die Möglichkeit erhielten, ihre Sorten patentieren zu lassen. Diese Abhängigkeit hat den Bäckerbauern nicht gepasst und sie sind der Meinung, dass die alten regionalen Landsorten weitaus bekömmlicher sind. Sie haben begonnen, überall alte Landsorten zu suchen und bauen inzwischen einige hundert davon wieder neu an. Der zweite Anreiz kam von dem in Brandenburg ansässigen Verein »VERN«, der nun schon während zehn Jahren alte Sorten aus der Genbank vermehrt und im Anbau getestet hat. Von ihm erhielten wir auch größere Mengen alter Weizen-, Gerste- und Roggensorten, die früher einmal hier im sandigen, rauen Norden angebaut wurden.

Im Juni letzten Jahres fand auf unserem Hof das erste deutsch-französische Bäckerbauern-Treffen mit Bolo und Jean-François aus Frankreich, Bäcker Felix aus Berlin, Rudi von VERN und Bäckerfreunden aus der Region statt. Drei Tage lang haben wir alte Sorten begutachtet, gelernt, wie ein Teig verarbeitet wird, der auch ohne chemische Zusatzstoffe »aufgeht« und wie die verschiedenen Getreidesorten im Brot zu Geschmack werden.

Im Herbst konnten wir die Ernte von ungefähr vierzig verschiedenen alten Getreidearten und -sorten mit unserem Getreidefest feiern. Selbst die Hirse hat sich kurz vor dem Fest doch noch entschieden, ihre kleinen, kugelrunden Samen reifen zu lassen. Vielleicht ist sie beleidigt, dass sie heute nur noch als Vogelfutter begehrt ist und die Zeit, in der sie den Menschen so wichtig war, ganz in Vergessenheit geraten ist. Wahrscheinlicher ist aber, dass sie in diesem Sommer ständig kalte und nasse Füße gehabt hat. Das mag sie gar nicht, die Südländerin. Unsere armen sandigen Böden hingegen haben ihr nun zu unserer Verwunderung behagt. Inzwischen essen die Kinder den süßen Brei gern, bevor sie sich im noch halbdunklen Nebel auf ihre Drahtesel setzen, um lesen und schreiben zu lernen.

Wir könnten nun anfangen, Euch die Geschichten von all den vierzig Pflanzen zu erzählen. Aber wir wissen nur einen kleinen, bzw. sehr kleinen Teil davon, denn ihre Geschichten sind lang. Manche sind einiges älter als die Dörfer in unserer Umgebung, die gerade ihre 750-Jahrfeier vorbereiten, bevor sie wohl für einige Zeit von der Karte verschwinden. Entschuldigt diese düstere Ankündigung – aber wenn die Schulen schließen, dann bleibt nur die Wahl zwischen Analphabetismus und Auswanderung.

Das Einkorn, wohl die älteste Weizenart, hat in seiner achttausendjährigen Geschichte schon manche Schulen überlebt. Es ist entstanden, als die Menschen anfingen, sesshaft zu werden und bei ihren ersten Ackerbauversuchen mit den Pflanzen einen Vertrag schlossen: Wir pflegen euch nach euren Wünschen und ihr ernährt uns. Eine ganz neue Welt entstand durch diesen Vertrag. Dabei haben die Pflanzen erstaunliche Fähigkeiten gezeigt, sich mit den Bedürfnissen der Menschen zu entwickeln. Es war aber niemals vereinbart, dass Weizen an einer Börse gehandelt wird, Sorten verboten werden, dass sie »reinrassig« auftreten müssen, privatisiert werden, um für die Macht von Konzernen zu wachsen, dass ihre Vorfahren, die Unkräuter, chemisch vernichtet und sie selbst mit Erbmaterial von Fischen, Bakterien oder Elefanten vergewaltigt werden – was hierzulande Regierungsprogramm geworden ist.

Der Hunger auf der Welt hat sich in den letzten vierzig Jahren – in denen wir in Europa aus dem Vollen schöpften – weltweit verdoppelt, weil 80% der Nutzpflanzen in den letzten hundert Jahren nahezu verschwunden sind und von Monokulturen ersetzt wurden. Diese Kulturen haben nichts mehr mit den einheimischen Pflanzen und den Eßgewohnheiten der Menschen gemein und werden, selbst von den ärmsten Ländern der Welt, nur für den Export angebaut – um deren angebliche Schulden bei den reichen Ländern zu bezahlen. Millionen Menschen sind deshalb in die Städte geflüchtet oder sind noch immer auf der Flucht, irgendwo in der Welt. Die Geschichte der Sesshaftigkeit der Menschen, die vor achttausend Jahren begann, scheint ihrem Ende entgegen zu gehen.

Lieber Saddek, Du hast uns im Sommer die Märchen von »Tausend und einer Nacht« erzählt, zumindest ein bisschen daraus, in einer Nacht. Es bräuchte ganz viele wie Dich, die diese Geschichten der Menschen und der Pflanzen wieder erzählen, und noch viele mehr, die auch zuhören wollen. Das Einkorn entstand in Mesopotamien, genau dort, wo heute alles zerstört wird, um eine »Demokratie« einzuführen. Die Wiege unseres Getreides ist ein Pulverfass, und die Samenbank des Irak wurde im Krieg gestohlen, mit ihr der Ursprung des Einkorns. Heute wird nur noch amerikanisches Saatgut ausgesät, genmanipuliert oder nicht.

Weit entfernt von Mesopotamien zeigten wir am Getreidefest die bunte Ausstellung von »unseren« vierzig vergessenen Getreidesorten – blaue, schwarze, gelbe oder rote Körner, Ähren mit langen Bärten, nackte Gerste und nackter Hafer oder dick bespelzter Dinkel und Emmer. Dazu zeigten wir auch unser neues Getreidelager, die dicken Lehmwände, welche Temperatur und Feuchtigkeit konstant halten, die Lagerkisten, die mit einem Gebläse belüftet werden können und unsere uralten Maschinen, um das Getreide zu reinigen und zu sortieren. All das gehört dazu, um aus der Ernte neues Saatgut zu gewinnen und um unser Brotgetreide sicher vor Mäusen und sonstigen uneingeladenen Feinschmeckern zu schützen. Claudia, unsere Bäckerin und einige experimentierfreudige BäckerInnen der Region haben aus Champagnerroggen oder Dickkopfweizen schmackhafte Brote gebacken.

Vielleicht trifft ja das zu, was John Berger in seinem Buch »SauErde – Geschichten vom Lande« schreibt: »Die bemerkenswerte Beständigkeit bäuerlicher Erfahrungen und bäuerlicher Weltsicht gewinnt im Moment, da sie von der Auslöschung bedroht ist, eine beispiellose und unerwartete Wichtigkeit«.

So weit ist es allerdings noch nicht. Es braucht ganz viele Menschen, die bereit sind, mit viel Geduld die vergessenen Sorten weltweit wiederzufinden und ihre Samen als Mittel zum Leben zu vermehren.●

Anzeige

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Kinder sind keine Soldaten!

www.tdh.de

KÖLN – BARMER VIERTEL: 240 WOHNUNGEN BESETZT

Wir sind DEUTZland

Armes Köln. Der sogenannte Kölsche Klüngel hat in den letzten Jahren ein Desaster nach dem anderen produziert. Höhepunkt: Im Dezember 2005 blieb von den hochtrabenden Bauplänen eines neuen ICE-Bahnhof mit gläserner Halle und extremen Bürohochhäusern nur noch das Papier übrig. Alle Investoren waren abgesprungen. Aber da waren schon 1.000 Menschen umgesiedelt. Was blieb, war das Geisterstädtchen Barmer Viertel mit seinen Häusern und 381 intakten Wohnungen, mitten in Köln im Stadtteil Deutz gelegen. Nun begann der Irrsinn hoch zehn. SPD und GRÜNE, die neuen Koalitionsparteien in Köln, bestehen darauf, das Viertel weiterhin termingerecht abzureißen, obwohl eine Bauplanrealisierung Jahre braucht und noch nicht einmal ein neuer Investor ausgemacht ist. Seitdem regt sich Widerstand mit der Losung »Kein Abriss für Parkplätze«. Ab dem 4. März sieht die Welt ganz anders aus. DEUTZland ist erstanden. Der größte und schönste Häuserblock mit seinen 240 Wohnungen ist besetzt und jedenfalls bis zur Erstellung dieses Artikels (25.3. und 22. Besetzungstag) nicht geräumt.

SSM-Infowagen am Barmer Platz Foto: INA

Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Wie ein kleines gallisches Dorf liegt das Barmer Viertel umgeben von der Geschäftswelt. Südlich und westlich der zweitgrößte Kölner Bahnhof, nördlich direkt angrenzend die Kölner Messe, östlich direkt an der großen Deutz-Mülheimer Verkehrsstaße liegt der Eingang zu dem besetzten Komplex (Barmer Block genannt), das Haus mit der Nr. 31. Anfang des 20. Jahrhunderts baute die Genossenschaft »Erbbauverein« den Barmer Block mit schönen Wohnungen, wunderbarem Innenhof (eher ein Park) und vielen Balkonen. Einige Häuser sind sogar im Jugendstil gebaut. Noch in den neunziger Jahren wurden die Wohnungen modernisiert, vor einigen Jahren die Dächer neu gedeckt.

Mit dem Beginn des 21. Jahrhundert machte sich in Köln lokaler Größenwahn breit. Köln sollte nach den Plänen der Politik (damals schwarz-grün) bedeutende Weltstadt werden. Prestigeobjekte, Bürohochhäuser, Kongresshalle, nobler ICE-Bahnhof Deutz und so fort. Wo die große Geschäftswelt sich niederlässt, wo die TouristInnen der Welt angelockt werden, da scheint das Wunder eines blühenden Köln nicht fern: steil steigende Gewerbesteuern, mehr Arbeitsplätze, weniger Hartz IV-Empfänger. Und endlich, so die politische Phantasie, würde auch das Soziale wieder bezahlbar. Wegen der Dauerkrise von Arbeit, Markt und Staat durch die fortschreitende Computerisierung und Rationalisierung haben sich diese Pläne inzwischen alle in Luft aufgelöst. Die Kosten dafür allerdings nicht. Gelder für die riesigen Investitionen mussten her (u.a. aus Sozialtöpfen genommen), Menschen mussten dem Business weichen.

Wie im Falle des Barmer Viertels: Die Häuser und ihre 1.000 BewohnerInnen sollten weg, koste es, was es wolle. Dem Eigentümer, dem Erbbauverein, wurde dies durch einen sehr hohen Verkaufspreis von 67 Millionen Euro seitens der Stadt Köln extrem versüßt und ganz neu bauen lassen konnte. Dies entspricht einem Quadratmeter-Preis von ca. 4.000 Euro. Weltniveau, da kann nur Tokio und New York mithalten. Aber alles kein Problem, tönte seit 2001 stets die Stadtverwaltung, abgesegnet von Ratsbeschlüssen von CDU, SPD, Die GRÜNEN, und der PDS (heute die Fraktion DieLinke.Köln), weil Investoren bereit ständen und das Geld wieder »einspielen« würden.

Ein Kongresszentrum sollte entstehen und »ein Messefoyer«, flankiert von einem Hotel- »teilweise als Hochhaus« mit 29 Geschossen und 130m Höhe, und »ein weiteres Büro-Hochhaus mit angrenzender 7-geschossigen Bebauung«, mit nicht weniger als 36 Geschossen und 150m Höhe. Im neuen ICE-Bahnhof unter einem riesigen Glasdach für 10 Millionen Euro mit »direktem Anschluss an die Ausstellungsflächen« der Kölner Messe in dem »in Europa einzigartigen Verkehrsknotenpunkt« sah die Stadtverwaltung Köln nicht nur »eine ausgesprochen positive Zukunftsaussicht«, sondern bis zum Jahre 2008 sogar den Transrapid einschweben.

Im Dezember 2005 ist also die letzte der Seifenblasen geplatzt. Alle vermeintlichen Investoren sind abgesprungen. Stillstand für Jahre. Trotzdem weiß Baudezernent Streitberger nur zu verkünden, dass er »Kräne sehen will« für den ehemals beschlossenen Abriss. Anstatt die Wohnungen wenigstens für einige Jahre freizugeben, bis eine neue solide Bauplanung steht. Und die Häuser solange zum Beispiel dem interessierten Studentenwerk zur Verfügung zu stellen. Oder für Bedürftige. Oder Raum zu geben für ein soziales Zentrum, für Projekte wie Umsonstladen oder für eine Kommune. Oder überhaupt für Wohnungssuchende. Stattdessen ist der mit 67 Millionen Euro Vorauskosten wohl weltweit teuerste Parkplatz im Gespräch, natürlich unmittelbar an der Messe gelegen. Köln ist wirklich Weltspitze.

Kein Abriss für Parkplätze

Mitte Februar beginnt die *Sozialistische Selbsthilfe Mülheim* (SSM) ihre Kampagne für eine Wohnraum-Zwischennutzung. Die Initiativen der Montagsdemo haben schon Ende Dezember auf die Misere hingewiesen und für den 20. Februar eine Demonstration zum Erhalt der Siedlung organisiert. Dabei wird bereits ein Haus des Barmer Blocks kurzzeitig besetzt, um ein Transparent aufzuhängen. Die SSM startet daran anschließend ihre Dauerkundgebung mit einem Info-Bauwagen mitten im Barmer Viertel, die bis heute andauert. Was bedeutet, dass stets mindestens zwei Menschen vor Ort sind und Interessierte stets freien Zugang haben. Ein Anlaufpunkt vor Ort ist geschaffen.

Es werden Briefe an den Oberbürgermeister, an den Regierungspräsidenten, an PolitikerInnen geschrieben und veröffentlicht, erste Artikel geschrieben, Flugblätter entworfen und verbreitet, eine Homepage eingerichtet. Ein Bürgerantrag für eine Sondersitzung des Rates und für eine Zwischennutzung wird eingereicht, eine Strafanzeige wegen Veruntreuung kommunaler Gelder gestellt und die Presse fast täglich informiert. Weitere UnterstützerInnen kommen dazu, die Initiativen der Montagsdemo protestieren weiter. Besuche und Gespräche mit Vertretern aller Fraktionen beginnen. Ein erstes Ergebnis: Die Fraktion »DieLinke.Köln« ändert unter den neuen Rahmenbedingungen ihren Kurs und setzt sich für die Zwischennutzung ein. Es folgt die erste Überraschung. Der schon gemunkelte Abriss für Anfang März blieb aus.

Schließlich startet am Samstag, den 4. März, die Besetzung mit fünfzig Menschen, darunter auch Mitglieder von SSK (*Sozialistische Selbsthilfe Köln*) und SSM. Die Butter bei die Fische zu tun und für die kommende Wahl des Stadtdirektors ihre vier bereits zugesagten Stimmen zu verweigern, falls die Stadt nicht vom sofortigen Abriss abrückt. Da sich aber unverständlicherweise nichts tut bei der linken Fraktion, besetzt die »Initiative Barmer Viertel« aus Empörung mehrere Tage deren Büro.

Die zweite Überraschung. Die Genossenschaft »Erbbauverein« als Nochbesitzerin steigt am 16. März aus der Verpflichtung von Abriss und Räumung aus. In der Pressekonferenz wirft sie der Stadt Köln Vertragsbruch bei der Kooperation der Ausschreibungsdurchführung vor, weswegen auch aktuell kein Abrissunternehmen beauftragt worden ist. Nun ist die Stadt Köln über Nacht verfrühte Besitzerin geworden und hat somit den Schwarzen Peter der Räumung des Barmer Blocks gezogen. Rot-Grün bleibt allerdings bei Schutt und Asche. Die Verwaltung drückt auf die Tube und beginnt eine neue Ausschreibung des Abrisses im Eilverfahren (freihändige). Obwohl rechtlich unzulässig, wie MdR Claus Ludwig in einer Pressekonferenz darlegt.

Die Zahl der Besetzer steigt auf hundert. Ein erstes Plakat der »Initiative Barmer Viertel« wird kölnweit verbreitet: »Abriss für Parkplätze – Ist das die neue Wohnungspolitik von Rot-Grün?« Die Proteste ziehen immer weitere Kreise. Am 21. März folgt dann die Sensation. Die Delegiertenkonferenz der Grünen spricht sich gegen die Fraktionsspitze für eine dreijährige Zwischennutzung des Barmer Blocks aus. Tags darauf erklärt die Fraktionsvorsitzende Moritz, dass sie mit der SPD-Fraktion dazu Gespräche führen will. Der SPD-Parteivorsitzende Jochen Ott will allerdings durchziehen. »Wer zahlungskräftige Investoren gewinnen wolle, müsse das Gelände baureif zur Verfügung stellen.« wird er in der Presse zitiert. Dies legt nahe, dass die Stadt Köln die Räumung noch vor der Ratssitzung am 4. April durchführen will, wo die DieLinke.Köln den Antrag auf Zwischennutzung stellen wird. Der politische Preis, den die schon seit Jahren angeschlagene SPD dafür bezahlen müsste, wäre allerdings sehr hoch. Denn wer für die sinnlose Vernichtung von 381 intakten Wohnungen und das vorausgehende Herausprügeln der HausretterInnen steht, wird große Empörung ernten und sich fragen lassen müssen, was das Soziale im Parteinamen noch soll. Konsequent wäre dann eine Umbenennung von SPD in GPD – »Geschäftige Partei Deutschland«. Räumung oder nicht – der April wird gar nicht so kalt werden in Köln.●

Armer Hausbesetzer bei der Qual der Wahl. »Welche Wohnung soll ich nehmen?« Foto: INA

»Initiative Barmer Viertel« wird von den HausretterInnen gegründet, ein Bündnis von Montagsdemo, Osterinsel, Soziales Zentrum, Stiftung Unruhe, SSK, SSM und weiteren HausretterInnen. Seitdem zieren Transparente wie »Hier könnten 1.000 Menschen wohnen« oder »Wir sind DEUTZland« die Hauswände. Schön aus der Straßenbahn zu besichtigen, die direkt am Haus vorbeifährt. Die Presse berichtet seitdem stets positiv. Endlich ist das Thema in aller Munde. RTL sendet die sehr gelungene Reportage »Die Hausbesetzer« im Rahmen ihrer Wochenserie. Sehr deutlich wird dort, dass die Wohnungen samt Sanitäranlagen entgegen der gebetsmühlenartigen Behauptungen von Verwaltung und Politik in einem Topzustand sind. Nur Wasser, Strom und Gas sind von außen abgesperrt. Vertreter des Studentenwerkes kommen vor Ort und können sich bei Planungssicherheit den Bezug von Häusern vorstellen.

Vermehrt setzen sich auch Mitglieder innerhalb der GRÜNEN und der SPD für eine Zwischennutzung ein. Die Kölner Jusos solidarisieren sich in einer Resolution mit dem Protest gegen den Abriss. Die WASG fordert in einer Solidaritätsresolution die Fraktion »Die Linke.Köln« auf,

»Anders leben« - Kurze Projektbeschreibung

www.anders-leben.tk ist ein neue Internetplattform, auf der Ideen gesammelt, neue entwickelt werden können zum Thema »Anders Leben«, d.h. nach Möglichkeiten eines Lebens fernab der »40-Stunden-Woche« zu suchen, z.B. um sich mehr auf die eigenen Interessen konzentrieren zu können oder mehr Zeit für eigene Projekte zu haben. Fernziel soll es sein, eine Internetseite zu erstellen, die einen Überblick über die (selbstorganisierten) Möglichkeiten eines nicht-geldbezogenen Alltags gibt.

Thematisch soll es von schon vorhandenen Möglichkeiten eines anderen Lebens, wie z.B. Kommunen, Wagenplätzen, Selbstorganisation, Kooperativen, Umsonst-Ökonomien, d.h. alternativökonomischen Ansätzen sowie Selbsthilfe bei Projektgründung »von unten« gehen.

Das Ganze soll keine theoretische Arbeit sein, sondern das Sammeln von praktischen, an den Bedürfnissen des Menschen orientierten und umsetzbaren Möglichkeiten, bei denen man sich nach Möglichkeit dem wirtschaftlichen Sachzwang von Geld zu entziehen versucht.

Das Projekt wird in Form eines »Mitmachwikis« realisiert. Ein Wiki ist eine Internetseite, die von jede/m frei bearbeitet werden kann. Das hat den Vorteil, dass alle, die was beitragen möchten, es tun können. Das Wiki befindet sich auf www.anders-leben.tk (die Eingangseite einfach überklicken!).

Parallel zum Aufbau des Wikis arbeitet der offene, neue Arbeitskreis »Anders Leben« in der Offenen Uni Berlins (www.offeneuni.tk) an dem Thema. Interessierte sind herzlich eingeladen, bei einem der nächsten Treffen mal vorbeizuschneien bzw. bei Interesse natürlich auch mitzumachen.

Es wäre natürlich schön, wenn auch Menschen, die keine Zeit für einen Arbeitskreis haben oder nicht in Berlin wohnen, ihr Wissen mit in den Aufbau des Wikis einbringen würden, weil das Projekt sich nur etablieren kann, wenn Menschen, die Dinge wissen, die noch nicht auf der Internetseite stehen, eintragen.●

Genaueres und Termine: www.anders-leben.tk oder www.autoorganisation.org/mediawiki/index.php/Anders_Leben
Kontakt: ak-anders-leben@web.de

INFOS:

Initiative Barmer Viertel
Deutz-Mülheimer Str. 31
D-50679 Köln
Infotel. 0151-15 622 069
Fax 0221-640 31 98
barmerviertel@ina-koeln.org
http://barmerviertel.ina-koeln.org
(Nachrichten, Pressespiegel, Fotos, RTL-Dokufilm »Die Hausbesetzer«)

Weitere Infos:
www.schael-sick-online.de
www.koelner-sozialforum.de
www.nrhz.de

Spenden für Öffentlichkeitsarbeit
Institut für Neue Arbeit, Postbank Köln,
Kto. 36 56 94 502 BLZ 370 100 50
Stichwort: Barmer Viertel (steuerlich abzugsfähig)

SOLOTHURNER FILMTAGE

Schweizer Filme zum Nachdenken

Nicht wenige der seit einundvierzig Jahren im Rahmen der Solothurner Filmtage gezeigten Werke werfen brisant-politische Fragen auf (1). Die vier in diesen Kolumnen detaillierten, die vom 16. bis zum 22. Januar 2006 auf der Leinwand liefen, entsprechen dem Prädikat »Gradmesser«, das Ivo Kummer, der Direktor der Veranstaltung, im Vorwort des Katalogs erwähnt.

René Hamm aus Mittelbergheim (Elsass) ● Nie und nimmer wollte Jörg Sambeth seine Fähigkeiten in Betrieben ausüben, in denen *»nach wie vor alte Nazis an den Schlüsselstellen klebten«*. Also, statt sich bei BASF, Bayer Leverkusen oder Höchst – Nachfolger der berüchtigten IG-Farben – zu bewerben, wanderte der Bad Mergentheimer in die *»saubere Schweiz«* aus, mit der festen Überzeugung, *»dort herrsche Demokratie«*. Givaudan, eine in Vernier bei Genf angesiedelte Tochter des Basler Pharma- und Chemiemultis Hoffmann-Laroche, bot ihm einen Posten als *»technischen Direktor«* an. Er wurde beauftragt, eine Trichlorphenolanlage in der ICMESA-Fabrik in Meda, zwanzig Kilometer nördlich von Mailand, in Gang zu setzen. Der marode Zustand der Abteilung und die verheerenden Arbeitsbedingungen schockierten ihn. Trotz offizieller Bewilligung seiner Verbesserungsvorschläge, wurde das von ihm auf zwölf Millionen Franken geschätzte Budget bis zur Bedeutungslosigkeit zerfetzt.

Wut, Glut und Feuer

Am Samstag, dem 10. Juli 1976, ereignete sich zwischen den Wänden der Halle B etwas, das als *»Seveso-Katastrophe«* (2) um die Welt ging. Wegen des durch eine zu hohe Temperatur verursachten Drucks, explodierte der Kessel 101 des Reaktors. Eine mit zweieinhalb Kilo Dioxin geladene Wolke verpestete 1.810 Hektar Boden in der Lombardei-Ebene. Seinen Schilderungen nach, entschloss sich Jörg Sambeth, die Bevölkerung sofort über die Risiken zu alarmieren, aber er wurde zurückgepfiffen. Siebenundsiebzigtausend Tiere starben oder mussten geschlachtet werden, viele Leute wurden medizinisch betreut, insbesondere Kinder, die an Chlorakne leideten. Man vermutet, dass schlimmere Krankheiten, die Jahre danach ausbrachen, auch durch das giftige Zeug ausgelöst wurden.

Am 24. September 1983 verurteilte das Strafgericht in Monza fünf leitende Mitarbeiter zu bis zu fünf Jahren Gefängnis. Aber der Mailänder Appellationshof kreidete am 14. Mai 1985 nur Herwig von Zwehl, den Manager der italienischen Firma, und Jörg Sambeth eine Schuld wegen *»Fahrlässigkeit«* an. Letzterer forschte auf eigene Kappe weiter, um die Hintergründe aufzudecken. Er stiess auf merkwürdiges: die Gefahren in bezug auf die Trichlorphenol-Produktion wurden runtergespielt.

Im März 1968 hatte das Londoner Ingenieurbüro Humphreys & Glasgow Limited ein modernes Equipment, ausgestattet mit allen technischen Feinheiten, das ungefähr siebeneinhalb Millionen Schweizer Franken gekostet hätte, empfohlen. Die Bosse am Rhein-Ufer entschieden sich für eine viel billigere Variante zu achthunderttausend Franken. Sie versäumten es, die notwendigen Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Ein Auffanggefäss, das verhindert hätte, dass die unheilvolle Mischung nach aussen dringt, wurde gestrichen. *»Das ist der echte Skandal«*, betont der von Scham geplagte ehrliche Mann (3).

Greenpeace-Protest im Frühling 1983 vor der Hoffmann-La Roche Zentrale in Basel

Sabine Gisiger hat ihre spannende lange Dokumentation (hundertsieben Minuten) *Gambit* genannt – beim Schach ein Eröffnungstrick, bei welchem ein oder mehrere Bauern bewusst geopfert werden, um den König und die Dame zu schützen. Weder Adolf W. Jann, noch ein anderer aus der *»Hoffroche«*-Chefetage, wurden zur Verantwortung gezogen. Die Zürcherin zeichnet nicht nur die Machenschaften und die Kommunikationsstrategie eines übermächtigen Konsortiums, sondern auch, wie solch ein Unglück Seelen auffrisst. Jörg Sambeths Frau Gabriele starb am 2. August 1983 an Krebs. Seine Tochter Birgit befürchtete, er würde Selbstmord begehen. Manches, nicht unwichtiges, bleibt ungeklärt. Stellte am Wochenende die ICMESA waffentaugliches Dioxin für die NATO her? Wurde der Inhalt der einundvierzig Fässer, die nach einer »Odyssee« durch Frankreich, am 19. Mai 1983 in Anguilcourt-le-Sart (Département Aisne) auf einem nicht mehr benutzten Schlachthof auftauchten, wirklich im Ofen von Ciba-Geigy verbrannt? Oder landete die Fracht, wie Ekkehard Sieker vom Westdeutschen Rundfunk in Köln spekuliert, auf der Deponie in Schönberg (Mecklenburg-Vorpommern)?

»Revoluzium«

Das rätoromanische Wort *»Revoluzium«*, das Urs Frey als Titel für seinen fünfundzwanzig minütigen Streifen auswählte, braucht man nicht zu übersetzen. Die schwarz-weiss Bilder der 68er Revolte in Zürich und Paris, begleitet von dem Rolling Stones-Hit *»Street fighting man«*, geben die Thematik an. Vier aus Graubünden stammende Personen versuchen, den Bogen zwischen ihren Träumen, ihrem Engagement aus dieser turbulenten Epoche und ihrer heutigen sozialen Praxis zu spannen. Die Hauptfigur, Niculin Gianotti, Inhaber eines Bauernhofs auf dem malerischen Tessiner Land in Bidogno, beschreibt sich als *»Improvisator«*, der sich von Gruppierungen fernhielt. *»Dort wo Glut und Feuer«* entstand, fand er es am aufregendsten. Wie früher würde er gern *»die Zeit anhalten können«*. *»Alt werden und trotzdem jung bleiben«*, welch eine wundervolle Utopie! Die Churer Buchhändlerin Anna Ratti definiert *»Revolution«* als das Zusammenschweissen *»von Veränderungen und Abenteuer«*. Auch die *»freie Erforschung der Sexualität«* gehörte dazu. Sie genoss die *»sehr erotische Atmosphäre in allen Bereichen«*. Der weltberühmte Senter Bildhauer Not Vital frönt nur noch einem Ideal: *»so zu leben, wie ich will«*. Aber das *»armselige, blosse Anhäufen von Geld«* lehnt er ab. Der sozialdemokratische Abgeordnete Andrea Hämmerle aus Pratval, der sich auf *»schwyzerdütsch«* vor der Kamera ausdrückt, versteht sich immer noch als *»Revoluzzer«*, der sich unentwegt *»gegen Autoritäten, starre Strukturen und Befehle von oben wehrte«*. Die 68er Bewegung trug nicht nur zur *»Befreiung von Tabus, Konventionen und verkrusteten Institutionen«* bei, sondern gab den Impuls zur Gründung der Frauen-, Öko-, Drittwelt- und Friedensbewegung. Wie die anderen Protagonisten, kennt er Niculin Gianotti, dem er 1962 auf der Kantonschule in Chur begnetete. Er trifft sich regelmässig mit ihm.

Fast vergessene »Genozide«

Frank Garbelys Film *Moumié – Der Tod in Genf* (4) prangert die brutale Kolonialherrschaft Frankreichs in Schwarzafrika an. Der Tatort: Kamerun. Mindestens dreihunderttausend Zivilisten kamen zwischen 1955 und 1970 durch die blau-weiss-rote Besatzungsarmee und die einheimischen Schwadronen ums Leben oder verschwanden spurlos. Mehrere Augenzeugen erzählen, die Furcht immer noch auf ihrem Gesicht lesbar, von den *»Blutbädern«*. Der Präsident René Coty und der Hochkommissar Pierre Messmer erteilten Maurice Delauney, von 1956 bis 1959 Verwalter in der Provinz West, die Mission, die *Union des populations du Cameroun* zu vernichten. Wie so oft gehabt, behauptet dieser tüchtige Diener der République *»sich nur den Anordnungen gebeugt zu haben«*. Alle aus der Metropole Gesandten weigern sich vehement zuanerkennen dass sie einen *»Genozid«* anzettelten. Nach dem Verbot seiner Partei, am 13. Juli 1955, floh Félix-Roland Moumié, einer der wichtigsten Oppositionsführer (5), ins Exil nach Konakry, Guinea.

Er reiste nach Genf, um Kontakte zu knüpfen und Material für seine Mitstreiter zu kaufen. Am 15. Oktober 1960, traf er in Begleitung von Jean-Martin Tchaptchet, der die UPC-Sektion Frankreichs leitete, einen *»Journalisten«*. William Bechtel hatte sie zum Abendessen ins Gastro-Restaurant *»Le Plat d'argent«* eingeladen. Félix-Roland Moumié trank ein Glas Pernod in welches jemand ein Gramm Thalium geschüttet hatte. Am 3. November um 19 Uhr 10 starb er im Kantonspital. Der Mann, der das Vertrauen beider Kameruner gewonnen hatte, spionierte jahrelang im Auftrag des französischen Geheimdienstes SDECE. Der ehemalige Fremdenlegionär arbeitete auch mit der *Roten Hand*, einem Killerkommando, das Mitglieder von Unabhängigkeitsbewegungen oder Leute, die letzteren unterstützten, eliminierte. Der Prozess, zwanzig Jahre danach, endete, trotz der eindeutigen Beweislage, mit einer skandalösen Einstellung des Verfahrens. Moumiés Witwe, Martha Ekemeyong, begleitete den Reckinger Regisseur an verschiedene Orte, auch in ihrer Heimat. Nachdem die fünfundsiebzig Jahre alte Dame viel Grausamkeit während ihrer Gefangenschaft unter KZ-Bedingungen ausstand (aber darüber zu sprechen bringt sie nicht fertig), suchte sie in der Schweiz vergebens nach Antworten. Als sie am 3. Oktober 2004 die Grabstätte auf dem Friedhof in Konakry besuchte, stellte sie mit unendlicher Traurigkeit fest, dass die einbalsamierte Leiche ihres Gatten verschwunden ist. Nur die innere metallene Hülse des Sargs liegt verlöchert auf einem Müllabladeplatz...

Al-Anfal

Mehr als dreißig Jahre hofierten die westlichen Regierungen Saddam Hussein als einen zuverlässigen Geschäftspartner. Die unerbittliche Tyrannei unter welcher der *»Rais«* sein Volk unterdrückte und die Barbarei vieler Untaten schreckten kaum einen unserer tüchtigen *»Demokraten«* ab. *»Business as usual«* hieß die Devise bis zur Invasion des Kuweits am 2. August 1990! Mano Khalil aus Kamishly (im syrischen Kurdistan) richtet das Licht auf einen fast vergessenen *»Genozid«*, insbesonders auf die acht *»Al-Anfal«*-Militäroperationen, vom 23. Februar bis zum 6.September 1988, genannt nach der achten Sure des Korans. In diesem Text wurde dem Propheten Muhammad offenbart, wie die Muslime die Beute aus ihren Gefechten mit den Ungläubigen unter sich verteilen sollen. Dabei ging es um die Güter sowie die Familie der Unterlegenen. Am 29. März 1987 erließ der irakische Diktator das Dekret 160, in dem er seinen Cousin Ali Hassan Al-Madjid (6) bevollmächtigte, einen *»totalen Krieg«* gegen die Kurden zu führen. In der Festung Qela Nizarkê in Duhok wurden wehrlose Menschen mit Ziegelsteinen niedergemetzelt. Ein Stück Strick als *»Mahnmal«*. Ali Mustafa Ali erinnert sich: *»Sie haben sie aufgehängt, ihnen die Glieder abgetrennt, auf den Kopf mit Eisenstangen geschlagen bis die Gehirnmasse auf die Strasse lief«*.

Heute wohnen Überlebende in diesem Ort des Schreckens. Fate Hawel Beko, die siebenundzwanzig Verwandten verloren hat, erklärt Bräuche der Yesiden am Fest des Pfauenkönigs. Sie essen Eier deren Schale sie gefärbt haben, Joghurt, Kekse, Bonbons, trinken süssen Sirup. Die Schurken des Bagdad-Regimes wussten, wie sehr die Kurden ihre Frauen achten und ehren. Im Einverständnis mit der ägyptischen Botschaft schleppten sie Mädchen und Frauen im Alter von vierzehn bis neunundzwanzig nach Cairo, wo sie in Nachtlokalen und Bordellen zur Prostitution gezwungen wurden. Am 16. März 1988 bombardierten aus Frankreich – beziehungsweise der Sowjetunion – gelieferte Mirage und Mig die Stadt Halabjah. In dem Yperit-, Tabun- und Sarinhagel starben in qualvollster Weise fünftausend Personen. Dem Vernichtungswahn fielen allein während der sechseinhalb Monate hundertzweiundachzigtausend zum Opfer. Mindestens viertausendundhundert Dörfer wurden total zerstört. *Al-Anfal – Im Namen von Allah, Baath und Saddam* geht unter die Haut.●

Mädchen aus dem Irakischen Kurdistan – Film: »Al Anfal – Im Namen von Allah, Baath und Saddam«

1) CONTRASTE vom Mai 2004.
2) Außer Meda und Seveso wurden auch die Gemeinden Cesano Maderno und Desio verseucht.
3) Über seine Erlebnisse und seine hartnäckige Suche nach der Wahrheit, hat er einen Taschenroman geschrieben, *Zwischenfall in Seveso*, 318 Seiten, Unionsverlag in Zürich, April 2004, 19,90 SF. Am 13.September 2004, präsentierte er ihn in der Zürcher Buchhandlung *»Paranoia City«*. Am 3. November 2005, bat er im Sevesoer Kino die Betroffenen des Desasters um Verzeihung.
4) Der Titel der französischen Original-Version zeigt Flagge: *L'assassinat de Félix Moumié – L'Afrique sous contrôle.*
5) Andere Leader der UPC wurden liquidiert: Ruben Oum Nyobé, der Partei-Gründer, am 13. September 1958, Ossende Afana, am 15. März 1966, Ernest Ouandié, der letzte historische Chef, am 15. Januar 1971.
6) Im Prinzip werden Ali Hassan Al-Madschid und Sultan Hashem Ahmed al-Jabburi, der die chemischen Angriffe koordinierte, vor dem irakischen Spezialgericht für diese Scheußlichkeiten haften. Der Prozess, der am 19. Oktober 2004 in Bagdad begann, zieht sich in die Länge.

Anzeige

10 Jahre Streifzüge
36/April 2006

Franz Schandl
Kapital mental

Eske Bockelmann
Abschaffung des Geldes

Frank Engster
Hans im Glück

Marianne Gronemeyer
Wenn uns die Arbeit ausgeht…

Andreas Exner & Irina Vellay
Detroit Summer

Lorenz Glatz
Nahost – unlösbar mit Markt und Staat

Maria Wölflingseder
Der Markt ist die neue Religion

Erscheint 3 x jährlich
PROBEHEFT GRATIS!
Margaretenstraße 71-73/23,
A-1050 Wien
E-Mail: streifzuege@chello.at
http://www.streifzuege.org

THAMES WATER, LONDON

Wasser

Marode Leitungen als Renditeobjekt

Die Rheinischen Elektrizitätswerke AG (RWE) kauften 1999 Thames Water, das Wasser- und Abwasserunternehmen Londons. Hier lockten die zunächst hohen Profite, die in den privatisierten englischen Unternehmen lange Zeit möglich waren. Die Profite bei Thames Water flossen auf Kosten eines maroden Leitungssystems. Weil jetzt die Regulierungsbehörde Investitionen fordert, will RWE Thames Water so schnell wie möglich verkaufen.

Werner Rügemer ● 1989 wurde unter der Regie der Privatisierungs-Fundamentalistin Maggie Thatcher die Thames Water Utilities Limited als Aktiengesellschaft gegründet. Als Geburtstagsgeschenk befreite die »konservative« Regierung die privatisierten Staatsunternehmen von allen Gewinnsteuern. So konnten sich im Jahrzehnt nach der Gründung alle Versprechen der new economy erfüllen: Die Gehälter der Manager stiegen, die Wasserpreise stiegen und die Gewinne stiegen.

RWE kaufte Thames Water 1999 zum überhöhten Preis von 11 Milliarden Euro. Die bisherigen Aktionäre verkauften trotz eines Jahrzehnts mit hohen Renditen gerne, weil RWE ihnen den Ausstieg mit einem ungewöhnlich hohen Aufschlag auf den Aktienwert versüßte. Thames Water ist mit 15 Millionen Haushalten das umsatzstärkste private Wasserunternehmen der Welt. RWE hatte zwei Ziele: Man wollte die sicher scheinende zweistellige »Traumrendite« fortsetzen. Zugleich erschien Thames Water als der Schlüssel für die globale Markteroberung:

In den ersten Jahren erfüllten sich die Erwartungen. RWE investierte möglichst wenig, erhöhte die Preise und »erwirtschaftete« hohe Gewinne. Mit ihnen bezahlte RWE/Thames Water die weitere globale Expansion in Asien, Australien, Afrika, in den USA, in Kanada und in Südamerika. Der teuerste Brocken war mit 8 Milliarden Euro das größte US-Wasserunternehmen, American Water Works. Mit den Beteiligungen etwa an den Wasserwerken von Mülheim an der Ruhr, Djakarta, Conception/Chile, Mallorca und Budapest hat RWE/Thames Water gegenwärtig etwa 70 Millionen Kunden. Die Gewinne des Gesamtkonzerns stiegen, nicht zuletzt durch den Beitrag aus dem Wassergeschäft von 2000 bis 2004 von 3,9 auf 5,9 Milliarden Euro.

Das teure Wasser tröpfelt nur langsam aus dem Hahn

Thames Water setzte unter der RWE-Regie nicht nur die hohen Renditen fort. Auch die wesentliche Voraussetzung für diese Gewinne blieb bestehen: Das Leitungssystem mit 32.000 Kilometer Trinkwasserleitungen und 64.000 Kilometer Abwasserkanälen wurde auf dem technisch niedrigstmöglichen Level gefahren. Viele Leitungen und Kanäle sind über 100 Jahre alt und hätten längst

Wasserrohrbruch eines Hauptrohres in London — Quelle: ndr

modernisiert werden müssen. Das war schon 1989 klar, als privatisiert wurde: Eine wesentliche Begründung war ja, dass die überschuldete Metropole kein Geld habe und deshalb privates Kapital fließen müsse, um die notwendigen Modernisierungen durchzuführen!

Beim Trinkwasser versickern zwischen Wasserwerk und Wasserhahn etwa 30 Prozent im Londoner Untergrund. Das sind jeden Tag 915 Millionen Liter, eine ungeheure Verschwendung. Der Wasserdruck schwankt ständig. Es herrschen Zustände, die man »eigentlich« einem »Entwicklungsland« zuschreiben würde. Privathaushalte und Unternehmen beschweren sich regelmäßig, dass kein Wasser aus dem Hahn kommt oder dass es nur tröpfelt. Außerdem verliert das Wasser an Qualität, wenn die Leitungen nicht voll sind.

Thames Water baute lieber neue Wasserreservoire, um die Verluste auszugleichen. Das war billiger. Dadurch verschlechtert sich auch die Wasserqualität. Denn die Wasserreservoire stehen am Unterlauf der Themse, sie besteht an dieser Stelle zu einem Viertel aus dem Londoner Abwasser (und dem Abwasser der vor London liegenden Städte). Nicht alle modernen Schadstoffe wie Röntgenkontrastmittel und andere Abfälle aus Krankenhäusern, chemischen Laboren und Industriebetrieben, Phosphate aus Waschmitteln u.ä. können vollständig ausgefiltert werden.

Neben den Trinkwasserleitungen sind auch die Abwasserkanäle undicht. Immer wieder bricht Abwasser an die Oberfläche durch. So kann es in einer scheinbar so »modernen« Stadt vorkommen, dass Straßen mit giftigem Abwasser überschwemmt werden. Das führte schon dazu, dass Kinder sich erbrachen und Anwohner im Krankenhaus behandelt werden mussten.

So wurde Thames Water zu dem englischen Unternehmen, das am häufigsten wegen Umweltdelikten angeklagt wurde. Von 1999 bis 2002 wurde Thames Water in über 20 Fällen wegen Wasserverunreinigung zu insgesamt 450.000 englischen Pfund an Bußgeldern verurteilt. Doch diese vergleichsweise sehr niedrigen Beträge sind peanuts angesichts der Investitionen, die sich Thames Water ersparte.

Die neue Regulierungsbehörde begrenzt den Gewinn auf 6 Prozent

Wegen der anhaltenden Proteste sah sich die Regierung Blair gezwungen, eine neoliberale Todsünde zu begehen: Die Regulierungsbehörde »Office of Water Services« (Ofwat) wurde gegründet. Ofwat machte die wahrlich nicht revolutionäre Auflage, dass der tägliche Wasserverlust bis zum Jahre 2010 von 915 Millionen Liter auf 725 Millionen Liter gesenkt werden muss. Gleichzeitig verlangte die Behörde, dass die Investitionen nicht vollständig auf die Wasserpreise umgelegt werden dürfen und die Jahresrendite von Thames Water 6 Prozent nicht übersteigen darf.

Die US-Investmentbank Merrill Lynch, die RWE beim Wassergeschäft berät, folgerte: »Die regulierten Wassergesellschaften bieten zwar Stabilität, aber keine großen Gewinnzuwächse.« 6 Prozent im Jahr sind für die RWE-Großaktionäre Allianz AG, Münchner Rückversicherung und US-Fonds indiskutabel.

Deshalb bekam der RWE-Vorstand Ende 2005 Anweisung, Thames Water, American Water Works usw. zu verkaufen. Gleichzeitig gab er bekannt, dass die Aktionäre in den Jahren 2006 und 2007 auf jeden Fall eine höhere Ausschüttung erhalten. Die zweistellige Rendite sei gegenwärtig nur im Gas- und Stromgeschäft möglich.●

Ende April erscheint das Buch von Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Von der Treuhand zu Public Private Partnership. Eine Bilanz. Verlag Westfälisches Dampfboot, 200 Seiten, 24,90 Euro

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Staatliche Verantwortung unter gesellschaftlicher Kontrolle

Die brasilianische Millionenstadt Porto Alegre begann 1993, die BürgerInnen in Haushaltsentscheidungen einzubeziehen. Im Rahmen dieser »Bürgerhaushalte« wird auch über Investitionen und Preisgestaltung des staatlichen Wasserbetriebs DMAE entschieden. Fast alle BürgerInnen werden mit sauberem Trinkwasser versorgt, die Kindersterblichkeit liegt 80% unter dem Landesdurchschnitt. Der Wasserpreis ist niedrig, für BewohnerInnen mit geringem Einkommen nochmals vermindert.

Als 1999 die Wasserversorgung in Cochabamba privatisiert wurde, wehrten sich die BewohnerInnen der Stadt im bolivianischen Hochland erfolgreich gegen die neuen Besitzer unter Führung des US-amerikanischen Konzerns Bechtel. Im »Wasserkrieg« von Cochabamba wurden mehrere hundert Menschen verletzt, ein Jugendlicher wurde bei den Strassenkämpfen getötet. Dann übernahm die Stadt das Wasserwerk SEMAPA, beteiligte nun jedoch BürgerInnen, VertreterInnen von Gewerkschaften und Unternehmen, und baute eine kooperative Unternehmensleitung auf.

In anderen Regionen Boliviens wird versucht, die traditionell kleinteilige Wasserversorgung umzustrukturieren in Zweckverbände auf Basis von Aktien, was zu heftigen Protesten und der Forderung nach Kommunalisierung führt (Thomas Fritz: Dogmatische Helfer, s. Seite 9).

Selbstorganisation und politische Bewegungen

In Tansania unterstützen Entwicklungsprojekte Selbstorganisationsprozesse in lokalen Wasserprojekten, zur Linderung akuter Not. Strukturell wirksam werden sie dort, wo sie zu einer Politisierung der Betroffenen beitragen (Bernd Ludermann: Teures Wasser für die Armen, s. Seite 10).

Hierzulande gibt es viel zu wenige Berührungspunkte oder gar Kooperationen zwischen selbstorganisierten Projekten und politischen Bewegungen. Ganz anders als z.B. in vielen Ländern Lateinamerikas, wo Widerstand und wirtschaftliche Selbsthilfe oft zusammen gehören. Die Theorie und Praxis der Selbstorganisation im Bereich der Daseinsvorsorge ist unabdingbar angewiesen auf kritische politische Reflektionen, um nicht (ohne es zu beabsichtigen) einer neoliberalen Privatisierung und Kommerzialisierung Vorschub zu leisten.

Wie wollen wir wirtschaften?

Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«

Eine Reihe von Betrieben und Projekten verstehen sich als alternativ, sozial, solidarisch oder wie auch immer. Aber sie haben kein gemeinsames Verständnis von sich selbst, und keine gemeinsamen Strukturen. Politische Zielrichtungen gehen zunehmend verloren, es gibt kaum Verbindungen zu Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau, oder zu Erwerbsloseninitiativen.

Der Kongress, der Ende November 2006 in Berlin stattfindet, bietet Raum zur Darstellung dieses Wirtschaftssektors, und für die Diskussion offener und kontroverser Fragen.

www.solidarische-oekonomie.de

Fallstricke im Privatisierungsdiskurs

Eine Globalisierungs- und Privatisierungskritik, die überwiegend emotional geführt wird, kann Einfallstore bieten für nationalistische Ressentiments, rechtsextreme Argumentationsmuster und Verschwörungstheorien. Menschliche Verzweiflung angesichts der Übermacht kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen kann anfällig machen für Theorien, die rational nicht mehr zugänglich sind.

So gründete z.B. Martina Pflock (Ende 2004 verstorben) in Thüringen 2003 eine Bürgerinitiative »Abwasser Abzocke – Nein Danke«. Sie verstrickte sich zunehmend in Kontakten zur rechtsextremen Gruppe KRR (Kommissarische Reichsregierung) um Wolfgang Gerhard Günther Ebel, nahm an einer »Reichsversammlung« mit Horst Mahler teil, hing antisemitischen Verschwörungstheorien an und isolierte sich zunehmend.

Populistische Verallgemeinerungen, egal aus welcher Ecke (»die« Kapitalisten, »die« Amerikaner...), mit denen die Welt vereinfachend in Gut und Böse aufgeteilt wird, sind schnell anschlussfähig an eine (erstarkende?) neue Rechte und ihren Gestus der staatsfeindlichen Revolte.

Rationale Aufklärung tut Not, sowohl inhaltlich (durch präzise Recherche und Argumentation auf der Basis von Fakten) als auch formal (in der kontinuierlichen selbstkritischen Reflektion der Art und Weise, wie diese Fakten verwendet werden). Die platte Abwehr rechter Querfrontstrategien durch antideutsche Dogmatismen, die reflexhaft die amerikanische und israelische Fahne schwingen, hilft weder dem politischen Verständnis noch der politischen Praxis.

Es gibt viel zu tun

Selbstbestimmung der BürgerInnen braucht Aufklärung und sachliche Umgangsformen, um weder neoliberale Mythen zu bedienen, noch gar als Zerrbild des fanatisierten Mob zu enden. Beispiele für Organisationsformen und Methoden demokratischer Selbstorganisation – sowohl in politischen Bewegungen als auch in Projekten wirtschaftlicher Selbsthilfe – liegen in Fülle vor, sind jedoch noch nicht zufriedenstellend gebündelt und verfügbar.

Die hier vorgestellten Beispiele sind ein kleiner Versuch, die Vielfalt und Bandbreite der Wasserproblematik anzureißen. Wir freuen uns, wenn sie ergänzt werden durch weitere Beiträge zu Erfahrungen aus anderen Wasser- und Abwasserprojekten. Schnelle Antworten sind bei diesem Thema nicht zu haben. Aber Fragen, die dem Verständnis des Themas und der unterschiedlichen Lösungsansätze dienen.●

WELTWASSERBEWEGUNG

Ein Schutzdeich gegen die Wasserprivatisierung

An vielen Stellen ist der Zugang zu Wasser als öffentlichem Gut und die Durchsetzung des Menschenrechts auf Wasser gefährdet. So soll im Rahmen der GATS-Verhandlungen der Welthandelsorganisation, dem EU-Binnenmarkt und beim 4. Weltwasserforum im März 2006 in Mexiko die Kommerzialisierung und Liberalisierung von Wasserver- und Abwasserentsorgung vorangetrieben werden.

Die »Aktion Schutzdeich gegen Wasserprivatisierung« startete am 22. März 2005, dem Weltwassertag. »Brot für die Welt« führt sie gemeinsam mit einem breiten Bündnis von verschiedenen Organisationen wie FIAN, BUND, Attac, verdi, dem Netzwerk »Wasser in Bürgerhand« und anderen durch. Die Mitglieder des Bündnisses wollen mit der gemeinsamen Aktion erreichen, dass die Wasserversorgung sowohl in Deutschland, als auch international in öffentlicher Hand bleibt.

Mit einer Postkarte konnte jeder und jede sein/ihr Deichstück zu der Aktion beitragen. Zum Weltwasserforum in Mexiko City werden die einzelnen Stücke zu einem großen Schutzdeich zusammengefügt und im Rahmen der Veranstaltungen rund um das Forum präsentiert.

Parallel zum Weltwasserforum trifft sich die Weltwasserbewegung zudem auf dem Alternativen Wasserforum, das von einem Bündnis mexikanischer Nichtregierungsorganisationen vorbereitet wird (Coalición de Organizaciones Mexicanas por el Derecho al Agua, COMDA) und ebenfalls in Mexiko City stattfinden wird. Auf der dreitägigen Veranstaltung werden Erfahrungen über gut funktionierende öffentliche Wasserversorgung gesammelt und präsentiert. Das internationale Bündnis »Friends of the Right to Water« wird die Idee einer UN-Konvention zu Wasser vorstellen, mit deren Hilfe das Menschenrecht auf Wasser international rechtlich verbindlich werden soll.

Den Auftakt des Forums bildet eine Demonstration in der mexikanischen Hauptstadt, mit der mexikanische und internationale Aktivisten gegen die zunehmende Kommerzialisierung des Wassers protestieren wollen.

Abgerundet werden die Aktivitäten der Wasserbewegung in Mexiko mit einem Symposium zu »best practises« in der öffentlichen Wasserversorgung, das u.a. von dem Netzwerk »Reclaiming public Water« organisiert wird und einem Tribunal, auf dem Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser sanktioniert werden sollen.●

Bernhard Wiesmeier

Aktion Schutzdeich: www.schutzdeich.de/
Alternatives Wasserforum: www.comda.org.mx/

Wasserprivatisierung in Berlin

Wasser

Wie ein Mühlstein am Halse

Heute weiß es jeder. Die teilweise Privatisierung der Wasserbetriebe im Jahr 1999 war ein schwerer Fehler. Der Vertrag des Landes Berlin mit den Multis RWE und Veolia hängt den Bürgern dieser Stadt wie ein Mühlstein am Halse. Gerade einmal 1,6 Milliarden Euro mussten die internationalen Wasserunternehmen an die Stadt bezahlen. Sie erhielten dafür die Geschäftsführung in Ihre Hände.

Gerlinde Schermer ● Zwar gehört dem Land Berlin noch die Hälfte des Betriebs, doch es hat nichts zu melden. Denn zugleich mit dem Eintritt der Privaten in den Betrieb garantierte der Berliner Senat in einem geheimen Vertrag den »Investoren« über 28 Jahre eine Rendite von mindestens 8% auf das betriebsnotwendige Kapital – also eine wachsende Bemessungsgrundlage. 2006 werden bereits knapp 150 Millionen Euro Rendite fällig. Kein Wunder, dass die Gebühren für die Berliner mehrfach kräftig erhöht wurden. Die Mehrbelastung betrug für den Verbraucher bislang 21% und die Steigerung wird bis 2009 die 30% Marke erreichen. Das merken die Mieter spätestens bei der Mitteilung ihrer Betriebskostennachzahlung.

Der geheime Konsortialvertrag wurde 1999 von der Finanzsenatorin der SPD Fugmann-Heesing unterschrieben. Massiv unterstützt von Böger, dem heutigen Bildungssenator und Wowereit, dem heutigen regierenden Bürgermeister und Staffelt – heute Bundestagsabgeordneter – der eine besondere, geschäftliche und politische Rolle bei diesem Geschäft spielte. Die CDU war mit ihren Protagonisten Landowsky und Diepgen dabei. Der damalige Generalsekretär der CDU und Wirtschaftsstaatssekretär Dieter Ernst »wechselte« nach der Privatisierung auf einen finanziell gut gepolsterten Vorstandsstuhl der Holding im Wettbewerbsgeschäft.

Dies muss wissen, wer sich darüber wundert, dass über die negativen Folgen der »Teil«-Privatisierung der Wasserbetriebe nach dem Modell »Öffentlich-Private Partnerschaft« von politischer Seite so wenig informiert wird. Schließlich sollen noch mehr solcher Geschäfte über die Bühne gehen! SPD und CDU hatten 1999 die Verantwortung und die PDS hat sich im Jahr 2003 mit ihrem Senator Wolf vollständig in die Logik des Knebelvertrages begeben und das Teilprivatisierungsgesetz, dass das Verfassungsgericht in Teilen nichtig gesprochen hatte, per Gesetz so »geheilt«, dass für die Privaten alles beim Alten bleibt. Deren Rendite ist bombensicher. Und die Preise steigen weiter.

Die Instandhaltungsleistungen wurden nach der Privatisierung von 500 Millionen Euro jährlich auf 250 Millionen jährlich halbiert und werden weiter abgesenkt. Das wirkt sich langfristig auf den Zustand des Rohleitungsnetzes aus und bedeutet Gefahren für die langfristige Qualität der Wasserversorgung in Berlin – dem wichtigsten Lebensmittel der Menschen.

Das hat schon bisher mehrere tausend Arbeitsplätze im Rohrleitungshandwerk und anderen Zulieferbetrieben der Region gekostet. Dieser Prozeß geschieht schleichend und von der Bevölkerung unbemerkt. Dennoch werden Existenzen bedroht. In den Wasserbetrieben wurden trotz des »Vertrages des Vertrauens«, der die Belegschaft 15 Jahre vor betriebsbedingter Kündigung schützt (und der 1999 für den Zusammenbruch des Widerstandes der Beschäftigten genutzt wurde), 2.000 Arbeitsplätze vernichtet. Angekündigt ist, dass in den nächsten Jahren weitere 2.000 Arbeitsplätze in den Wasserbetrieben »eingespart« werden.

Der Senat und die Industrie planen für die Zeit nach den Wahlen ein Preissystem, das die Industrie entlastet und im Gegenzug den Bürgen noch höhere Preise aufdrückt – Einfamilienhäuser und kleine Haushalte müssen dann noch mal bis zu 30% mehr bezahlen.

Generationengerechtigkeit ist heute in aller Munde. Die den Verkauf durchsetzten, wollten damit angeblich finanziell den Landeshaushalt sanieren. Das ist ihnen nicht gelungen – im Gegenteil, sie belasten den Landeshaushalt, weil dem Land die Einnahmen entzogen werden. Denn das Land Berlin mußte allein 2004 auf 40 Millionen Einnahmen aus den Wasserbetrieben verzichten, weil sie diese vollständig als Renditeausgleich an die Privaten abgeben mußten. In welchem Zustand wir unseren Kindern das Rohrleitungsnetz übergeben, spielt in der öffentlichen Debatte keine Rolle.

Demo gegen RWE Foto: WEED

Die Forderungen lauten:

- »Wasser in Bürgerhand«: Die Rekommunalisierung ist finanziell machbar und aus Gründen der Daseinsvorsorge absolut notwendig;
- Transparenz: geheime Verträge müssen von den Abgeordneten öffentlich gemacht werden. Die Konditionen der Rückabwicklung müssen bis April 2006 auf den Tisch.
- Umfassende Neuberechnung: Die Kommunalkreditkonditionen müssen den Rendite-Ansprüchen der Privaten gegenübergestellt werden. Der rein betriebswirtschaftlichen Rechnung ist die volkswirtschaftliche Rechnung hinzuzufügen.
- Generationengerechtigkeit: Rohrnetz sanieren für unsere Kinder.●

Gerlinde Schermer ist Sprecherin des Donnerstagskreises – Vereinigte Linke in der SPD

WASSERGENOSSENSCHAFTEN ALS MODELL EINER NUTZERNAHEN UND NUTZERBESTIMMTEN WASSERVERSORGUNG

Auf dem Weg von Evendorf nach Ellerhoop

Genossenschaften waren einst Wegbereiter einer zentralen Wasserversorgung insbesondere im ländlichen Raum – heute bieten regionale Genossenschaften eine Alternative zur Privatisierung der Wasserversorgung gegenüber global agierenden Wasserkonzernen an. Für die Modernisierung der Wasserversorgung haben Genossenschaften schon frühzeitig den Weg bereitet – heute bieten sie eine Möglichkeit einer nutzerbestimmten und nutzernahen Privatisierungsalternative.

Dr. Andreas Eisen, Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V. ● Evendorf (Niedersachsen) um 1900: *»Bei jedem Haus war ein Brunnen, oft nur wenige Meter tief. Mit der Wippe wurde das Wasser herausgezogen. Unser Haus hatte einen 15 Meter tiefen Brunnen, das Wasser wurde mit zwei großen Holzeimern, die an einer Kette hingen, mittels einer drehbaren Holzwelle heraufgezogen. Alle Brunnen waren offen oder nur ganz mangelhaft zugedeckt. So konnten leicht Tiere hineinfallen. Bei uns schwammen einmal Haare auf dem Brunnenwasser, wie sich herausstellte Katzenhaare. Plötzlich fiel uns ein, dass unsere Katze seit einigen Wochen verschwunden war....«* So beschreibt Rudolf Lüer (1982: 3) für seine Heimatstadt Evendorf um 1900 die Ausgangssituation, die schließlich zur Gründung einer der ersten Wassergenossenschaften führte. Wie in Evendorf gründeten sich um die Jahrhundertwende ins 20. Jahrhundert an vielen Orten Genossenschaften zur gemeinschaftlichen Wasserversorgung. Die Bevölkerungszahl war gewachsen, die Viehbestände größer geworden und man begann, insbesondere die hygienischen Verhältnisse der Wasserversorgung als untragbar zu empfinden.

Mit der Einrichtung einer zentralen Wasserversorgung vor über 100 Jahren ermöglichten Genossenschaften einen wichtigen Schritt zur Modernisierung des ländlichen Lebens. Obwohl im Verbandsgebiet des Genossenschaftsverbandes Norddeutschland bis heute über 100 Wasser- bzw. Abwassergenossenschaften bestehen, sind zwischenzeitlich die meisten genossenschaftlichen Wasserversorgungseinrichtungen auf kommunale Wasserversorger übergegangen ...

Die Bindung der Wasserwirtschaft an die Kommune und die Ausrichtung der kommunalen Wasserversorgung auf den örtlichen Bezug, stehen wegen der teilweise ineffizienten Strukturen und oft hohem Investitionsrückstau unter Druck und auf dem Prüfstand. Die Lösung schien für viele Städte und Gemeinden die Privatisierung durch Beteiligung von Großkonzernen – was allerdings die Einbettung der Wasserversorgung in globale Kapitalströme bedeutet. In der Konsequenz geht die Abkopplung der Wasserversorgung von örtlichen Interessen einher mit einer zunehmenden Abhängigkeit von globalen Kapitalinteressen.

Versorgungssicherheit, Qualität der Leistungserbringung und nicht zuletzt Schutz vor unkalkulierbaren Preissprüngen bietet die regionale Zusammenarbeit in Form einer genossenschaftlichen Privatisierung. Die Vorteile einer Übernahme der Wasserversorgung – oder auch Strom- und Gasversorgung – durch eine Genossenschaft der Kunden liegen vor allem darin, dass keine Rendite für externe Versorgungskonzerne erwirtschaftet werden muss, sondern Überschüsse vollständig für Investitionen in die Versorgungsbetriebe genutzt oder als Rückvergütung an die Mitglieder erstattet werden können. Damit kann eine Genossenschaft, bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen, potenziell eine kostengünstigere Versorgung erreichen. Eine Genossenschaft als privates Unternehmen der Versorgungskunden, ermöglicht dabei die Nutzung privatwirtschaftlicher Effizienzspielräume ohne kapitalistische Renditeinteressen berücksichtigen zu müssen. Durch die Mitgliedschaft der Nutzer bleibt der öffentliche Charakter des Versorgungsunternehmens allerdings weitgehend erhalten.

Demo in Cancun Foto: WEED

Ellerhoop (Schleswig-Holstein) 2003: »Wasserversorgung jetzt in eigener Regie« und »Startschuss für ein einzigartiges Projekt«, lauteten die Schlagzeilen der Lokalpresse über die erste Privatisierung eines kommunalen Wasserwerks an eine Genossenschaft der Bürger in Ellerhoop. Die Eigeninitiative und das Engagement der Bürger bei der Gründung der Wassergenossenschaft Ellerhoop eG findet nach anfänglicher Skepsis nicht nur Lob bei den politisch Verantwortlichen, sondern sorgt auch bundesweit für Aufsehen. Erstmals wurde eine bisher kommunale Wasserversorgung in die Form einer Genossenschaft überführt. Damit entlasten die Ellerhooper Bürger nicht nur ihre Gemeinde von teuren Investitionen im Bereich der örtlichen Grundversorgung, sondern sichern vor allem die Unabhängigkeit ihrer Wasserversorgung von fremden Kapitalinteressen. Mit dem Bau eines zweiten Brunnens und der Sanierung des Wasserwerks sorgen die Bürger Ellerhoops selbst für eine nachhaltige Sicherung von Wasser- und Versorgungsqualität und rechnen mittelfristig mit einer Senkung der Wasserpreise.

Die Idee der Genossenschaft

Da das gemeindeeigene Wasserwerk stark sanierungsbedürftig war und die Beschwerden der Wasserkunden über Druckschwankungen und braunes, eisenhaltiges Wasser zunahmen, sah die Gemeinde erhebliche Investitionserfordernisse auf sich zukommen, die den Gemeindehaushalt zu überfordern drohten. Deshalb beschloss die Gemeinde das Wasserwerk zu verkaufen und suchte einen geeigneten Betreiber.

Dass es nicht zur Übernahme des Wasserwerks durch einen überregionalen Wasserverband kam, dafür sorgte eine Initiative der Anlieger des Wasserwerks, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das Wasserwerk von der Gemeinde zu übernehmen und die Wasserversorgung in Eigenregie fortzuführen. Die Befürchtung war, dass es durch die Übernahme des Wasserwerks durch einen externen Wasserversorger oder Investor zu unkalkulierbaren Erhöhungen des bisher günstigen Wasserpreises und möglicherweise auch zu einer Verschlechterung der an sich sehr guten Wasserqualität kommen könnte.

Fortsetzung nächste Seite

Ländliche Selbstorganisation:

Wasser

Pflanzenkläranlagen in der Uckermark

Direkt nach der Wende wurden in der ehemaligen DDR von privaten Firmen systematisch zentrale, hochtechnologische Abwasseranlagen errichtet, auch wenn – gerade in dünn besiedelten, ländlichen Regionen – dezentrale Technologien oft angemessener und kostensparender gewesen wären. Ein Interview mit Hermann Hummer, Angermünde/ Welsow.

CONTRASTE: *Welche Vorteile haben dezentrale Pflanzenkläranlagen gegenüber konventionellen, zentralen Abwasserreinigungsanlagen?*

Hermann Hummer: Im ländlichen Raum sind die Erschließungskosten (Kanalisation) sehr hoch und nur mit Fördermitteln leistbar. Bei einer sehr langen Leitung besteht das Problem, dass das Wasser zu lang in der Leitung steht und dann in einem schwer zu reinigenden Zustand im zentralen Klärwerk ankommt.

Eine dezentrale Abwasserreinigung wird viel individueller geplant. Z.B. ein *Einfamilienhaus*: rein häusliches Abwasser; *Kleinbetrieb z.B. Automechaniker*: Öl, Fette, Benzin; *Fleischer*: Fett, Blut oder *Campingplatz* mit Saisonbetrieb. Das ist fast so wie eine kleine Mülltrennung, bei der auch Recycling möglich ist. Und es wird nicht alles über die Toilette entsorgt was gerade durchpasst, sondern es entsteht etwas mehr Verantwortung, weil das Zeug unten wieder herauskommt. Mit dem Bau von Pflanzenkläranlagen wird nicht nur die Abwasserentsorgung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gesichert, sondern auch ein Biotop geschaffen, in dem Pflanzen, Vögel, Frösche, usw. eine Überlebensnische finden. Sie sind Teil einer speziell entwickelten intelligenten Niedrigtechnologie (intelligent-low-tech), bei der großer Wert auf biologische Abläufe gelegt wird. Die Lebensdauer von Pflanzenkläranlagen ist deshalb bei einer ordentlichen Planung praktisch unbegrenzt und wird nur gemessen an der Haltbarkeit der geprüften Dichtungsfolien (Herstellergarantie bis 20 Jahre).

Wie sind die Auswirkungen auf die lokale Ökonomie?

Der Bau kann zu großen Teilen in Eigenleistung oder – dank der intelligenten Niedrigtechnologie – durch örtliche Betriebe durchgeführt werden. Das bedeutet finanzielle Einsparungen, und die eingesetzten Gelder bleiben, im Gegensatz zu technischen Anlagen, der Region zum weiteren Aufbau erhalten.

Was steht dann einem flächendeckenden Einsatz von Pflanzenkläranlagen im ländlichen Raum entgegen?

Wenn ausreichend Platz vorhanden ist, gar nichts. Die Reinigungsleistung ist sehr gut, der Wartungsaufwand ist sehr gering und die Anlagen sind robust gegenüber Schwankungen z.B. durch Urlaub oder Gäste.

Könnten Pflanzenkläranlagen auch in Städten eingesetzt werden?

Natürlich können Pflanzenkläranlagen auch in Städten eingesetzt werden, mein Freund Jochen Zeissel hat auch schon eine an einer Brandwand in der Mitte Berlins installiert. Aber das ist nur sinnvoll als einzelnes Anschauungs- und Lernobjekt, vielleicht kombiniert mit einer Brauchwasseranlage. Flächendeckend geht das nicht, Rieselfelder gab es zwar schon mal, das ist aber nicht das gleiche.

Sind Deine KundInnen eher Privatleute, oder auch Gemeinden oder genossenschaftliche NutzerInnengruppen?

Das ist gemischt. Etliche Kleinkläranlagen bis 5 Einwohner, einige Anlagen für Wohnbaugenossenschaften, auch kleinere Betriebe z.B. Molkerei, Reha-Einrichtungen und Projekte die nicht ganzjährig in Betrieb sind, z.B. Campingplätze (das können technische Anlagen nicht). Von Gemeinden habe ich viele Anfragen, aber keine Realisierung, da die Zweckverbände mauern und mit Anschlusszwang drohen.

Wie beurteilst Du die Zukunft für Pflanzenkläranlagen?

Pflanzenkläranlagen sind zur Zeit noch sehr individuell auf die Kunden zugeschnitten und erreichen dadurch in der Regel deutlich bessere Ergebnisse als dezentrale technische Anlagen.

Für Pflanzenkläranlagen gibt es noch keine Zertifizierungspflicht, aber die Betonlobby versucht sie durchzusetzen und damit die kleineren Anbieter auszubremsen. So kostet die Prüfung zur Zertifizierung einer einzigen Kleinkläranlage netto 28.000 Euro. Die Anlage muss auf dem Prüffeld angeliefert, aufgebaut und betrieben werden, was noch mal Geld und Zeit bedeutet. Das Zertifikat gilt dann aber nur für einen Anlagentyp einer Größe. Soll ein Anlagentyp z.B. von 5 auf 7 Einwohnergleichwerte vergrößert werden, so erfordert das wiederum eine weitere Zertifizierung. Durch eine Zertifizierungspflicht würde die Vielfalt der Angebote stark reduziert.

Ein weiteres Manko ist die Gewährleistung. Mit der Zertifizierung geht die Gewährleistung für die Funktion der Anlage frühzeitig vom Hersteller auf den Betreiber/Kunden über. Und weil Geiz geil ist, planen Hersteller Ihre Anlagen sehr klein. Das geht eine Zeitlang gut und irgendwann, vielleicht nach 5 Jahren, ist dann eine Anlage verstopft, dann ist die Gewährleistungszeit längst verstrichen und es kann wieder neues Geld verdient werden. Als lokaler Anbieter kann ich mir diese Praxis nicht leisten, weil der Kunde dann vor meiner Tür steht und reklamiert.●

Hermann Hummer plant und baut seit der Wende Pflanzenkläranlagen in den neuen Bundesländern. Das Gespräch führte Elisabeth Voß.

DEUTSCHLANDS ROLLE BEI DER WASSERPRIVATISIERUNG IN BOLIVIEN

Dogmatische Helfer

Anfang vergangenen Jahres drangen erstmals Informationen über die Rolle der Bundesrepublik bei der Wasserprivatisierung in Bolivien an die hiesige Öffentlichkeit. Anlass waren die massiven deutschen Interventionen im Zusammenhang der gescheiterten Privatisierung in der bolivianischen Hauptstadt La Paz und ihrer Nachbarstadt El Alto.

Foto: FDCL Berlin

Thomas Fritz ● Nach anhaltenden Protesten der Vereinigung der Nachbarschaftsräte *FEJUVE* in El Alto erließ der damalige Präsident Boliviens, Carlos Mesa, im Januar 2005 ein Dekret, das die Auflösung des Versorgungsvertrags mit dem Konsortium »Aguas del Illimani« vorsah. Unter Führung des französischen Wassermultis *Suez* war diesem Konsortium 1997 die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in La Paz und El Alto übertragen worden. Steigende Tarife und Anschlussgebühren sowie die Nichterfüllung von Versorgungszielen brachte die Bevölkerung in der Folge gegen *Suez* auf. In El Alto blieben 200.000 Menschen von der Versorgung ausgeschlossen. In dieser Situation intervenierten die deutschen Entwicklungsagenturen gemeinsam mit dem Wirtschaftsattaché und der deutschen Botschaft: Sie beklagten sich über das Präsidentendekret, forderten ein »gemischtes« Unternehmen mit Privatsektorbeteiligung und legten ein in Aussicht gestelltes Darlehen der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf Eis.

Daraufhin drohte die FEJUVE El Altos, die bis heute für ein partizipatives öffentlich-soziales Unternehmen kämpft, mit der Besetzung des Büros der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in La Paz. Die deutsche Kooperation gefiel sich jedoch darin, den Protest zu diskreditieren. Während der Wirtschaftsattaché Johannes Lehne von »radikalen Gruppen« sprach, meinte der KfW-Mitarbeiter Stefan Zeeb, den Nachbarschaftsräten ginge es »vornehmlich um die Beendigung der Konzession für »Aguas del Illimani« und weniger um die Erhöhung der Zahl der Wasseranschlüsse oder die Senkung der Anschlussgebühren«. Der seinerzeitige Vorsitzende der geschmähten FEJUVE, Abel Mamani, ist heute Wasserminister in der neuen linken Regierung des Präsidenten Evo Morales.

El Alto ist kein Einzelfall

Es ist nicht das erste Mal, dass die deutsche Entwicklungshilfe für Konflikte in Bolivien sorgt. Denn sie begnügt sich keineswegs damit, deutsche Steuergelder in eine verbesserte Wasserinfrastruktur zu kanalisieren. Vielmehr übt vor allem ihre technische Hilfe maßgeblichen Einfluss auf die Regulierung des Wassersektors sowie auf Politik, Ministerien und Behörden aus. So war die GTZ an der Ausformulierung von Gesetzen und Dekreten beteiligt, die einer schleichenden Kommerzialisierung den Weg bereiten. Aus ihrer Feder stammt der offizielle »Plan Bolivia«, der die »Zersplitterung« in viele kleine Versorger durch »strategische Allianzen« zwischen privaten

Fortsetzung auf Seite 10

UMWELTZERSTÖRUNG DURCH »BIO«

Im brasilianischen Panthanal, dem weltweit größten Feuchtgebiet mit einzigartiger Flora und Fauna, droht die Verseuchung des Grundwassers durch giftige Abwässer aus Ethanolfabriken zur Gewinnung von »Bio«alkohol. Aus verzweifeltem Protest verbrannte der Umweltschützer Francisco Anselmo de Barros (Francelmo) sich selbst im November letzten Jahres. Der Bau der Fabriken wurde vorerst gestoppt.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Schnell war klar, dass die eingetragene Genossenschaft wegen ihrer demokratischen Strukturen und der gesetzlich festgeschriebenen Zielsetzung, die einzig auf die Förderung der Mitglieder ausgerichtet ist, die geeignete Unternehmens- und Rechtsform ist. Ein großer Teil der Wasserabnehmer war bald von den Vorteilen einer genossenschaftlichen Privatisierung der Wasserversorgung überzeugt. Nun galt es unzählige technische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen zu klären und zu lösen. Möglichst viele Mitglieder mussten gewonnen werden, um die Genossenschaft hinreichend mit Eigenkapital auszustatten und damit die Finanzierung der erforderlichen Sanierungs- und Baumaßnahmen sicherzustellen. Letztlich galt es die Gemeindevertreter, die sich in der Pflicht sahen, die Wasserversorgung für die Bürger sicherzustellen, von der Machbarkeit des Konzepts zu überzeugen.

Auf diesem Weg von der Idee zur eG mussten immer wieder neue Hindernisse ausgeräumt werden, sei es bei den Verhandlungen mit der Gemeinde über den Kaufpreis des Wasserwerks, der Skepsis wichtiger Meinungsbildner im Dorf gegenüber dem Genossenschaftskonzept oder Bedenken der Kommunalaufsicht. Die Überwindung dieser Hindernisse, bei der das Projekt auch einmal ganz zu scheitern drohte, war nur durch das entschlossene Engagement der Bürger und letztlich ein konstruktives Miteinander von Gemeinde und Genossenschaftsinitiative möglich. Die Genossenschaft wurde schließlich am 5. Juni 2003 gegründet. Seit dem 1. Juli 2003 fließt in Ellerhoop genossenschaftliches Wasser und die Wassergenossenschaft ist für die Trinkwasser-Versorgung von 90 Haushalten verantwortlich.

Wassergenossenschaft Ellerhoop eG: Unabhängigkeit, Sicherheit, Kostenvorteile

Mit der Übernahme des gemeindeeigenen Wasserwerks konnte das grundlegende Ziel der Wassergenossenschaft Ellerhoop eG, eine bürgernahe und selbstbestimmte Wasserversorgung und die Unabhängigkeit von überregionalen Wasserversorgern, erreicht werden.

Zunächst machten die Investitionen in die Wasserwerkstechnik und die Versorgungsleitungen eine kurzfristige Erhöhung des Wasserpreises erforderlich. Der Kubikmeterpreis liegt allerdings immer noch deutlich unter dem Preis, der in den umliegenden Gemeinden bezahlt werden muss und deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Wegen der vorsichtigen Kostenkalkulation werden die Wassergebühren zukünftig durch einen effizienten Betrieb des Wasserwerks wieder gesenkt werden.

Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt für das Dorfleben ist, dass die Bürger bereit waren, sich ein Stück Verantwortung von der Gemeinde zurückzunehmen, lernten sich selbst etwas zuzutrauen und sich wechselseitig zu vertrauen. Die Wassergenossenschaft funktioniert somit nicht nur mit dem Eigenkapital sondern auch dem Sozialkapital der Mitglieder, das sicherlich auch noch für weitere Projekte zur Verfügung stehen wird.●

ZUGANG ZU WASSER – AUCH EINE VERTEILUNGSFRAGE

Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Die größten Wasserverbraucher sind industrielle Landwirtschaft und Industrieproduktion. Etwa die Hälfte des industriellen Wasserverbrauchs erfolgt durch konventionelle Stromerzeugung. Am wasserintensivsten sind Atomkraftwerke, während Wind- und Solarenergie ohne Wasserverbrauch hergestellt werden. Knapp die Hälfte des Leitungswassers geht weltweit durch undichte Rohre verloren.

Der Wasserverbrauch ist weltweit sehr unterschiedlich verteilt. Neben dem direkten Verbrauch muss auch das »virtuelle Wasser« berücksichtigt werden, das in die Herstellung der konsumierten Produkte eingegangen ist. Länder des Nordens importieren wasserintensive Produkte aus Ländern des Südens. Aber es gibt nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, sondern ebenso eines zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern. Mit genügend Geld lässt sich weltweit der Zugang zu sauberem Trinkwasser erkaufen. In Gegenden ohne wohnortnahe Wasserversorgung sind v.a. Frauen (mit ihren Kindern) große Teile ihres Lebens nur damit beschäftigt, Wasser zu holen. Diese Zeit fehlt ihnen für produktivere, zukunftsweisende Aktivitäten.

Die Frage des Zugangs zur knapper werdenden Ressource Wasser wird eine zunehmend größere Bedeutung bekommen, Kriege um Wasser sind vorstellbar. Krieg belebt schon heute das Wassergeschäft. So forderte George Shultz, Aufsichtsrat des aus Cochabamba (Bolivien) vertriebenen Wassermultis Bechtel, 2002 eine Militäraktion gegen den Irak. Später hat Bechtel den Auftrag zum Aufbau der Wasserversorgung im Irak erhalten.●

Elisabeth Voß

Afrika: Recht auf Wasser

Wasser

Teures Wasser für die Armen

Zahllose Menschen in Afrika haben keinen Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser. Oft ist in den ärmsten Gebieten – informellen Siedlungen der Städte und Trockengebieten auf dem Land – sauberes Wasser besonders teuer. Ein wichtiger Ansatz zur Verbesserung ist, den Staat bei der Wasserversorgung in die Pflicht zu nehmen.

Bernd Ludermann ● Staubhosen von mehr als zehn Metern Höhe hebt der Wind über die Savanne Nord-Tansanias. Neben dem Fahrweg treiben Jugendliche müde Esel an Dorngestrüpp und kümmerlichen Maisfeldern vorbei. Jedem Tier haben sie zwei oder vier runde Plastikkanister auf den Rücken gebunden, in denen sie Trinkwasser nach Hause bringen. Viele nehmen stundenlange Wege durch die Ebene in Kauf, um das hygienisch einwandfreie Wasser am Touristen-Flughafen Kilimandscharo zu kaufen.

In Majengo, eine gute halbe Autostunde vom Flugplatz entfernt, ist die Versorgung leichter: Das Dorf besitzt seit 2002 einen Tiefbrunnen. Die Bewohner haben ihn mit Hilfe des Entwicklungsprogramms der evangelisch-lutherischen Kirche Arumeru angelegt, das unter anderem von »Brot für die Welt« unterstützt wird. Der neue Brunnen versorgt rund 500 Menschen in den umliegenden Gehöften. Sein Wasser kostet pro 20-Liter-Kanister 20 tansanische Shilling, das sind knapp 1,5 Euro-Cent – doppelt so viel wie am Flughafen. Das ist nicht wenig in einem Land, wo fast jeder und jede Fünfte mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss. »Den Preis hat die Vollversammlung des Dorfes festgelegt«, betont Kooni. »Das Wasser aus dem alten Brunnen ist kostenlos, aber den benutzt kaum noch jemand.«

Der Brunnen hat die Lebensbedingungen in Majengo verbessert. Durchfall und Amöben-Befall sind zurückgegangen. Kooni ist daher froh um die Hilfe der Kirche. Ein Konzept zur Wasserversorgung in der Region ist mit dem Projekt aber nicht verbunden. Das Entwicklungsprogramm der Diözese unterstützte den Bau des Brunnens, weil sich im Laufe der Gesundheitsaufklärung gezeigt hatte, dass in Majengo unsauberes Trinkwasser viele Krankheiten verursachte. Kirchen oder nichtstaatliche Organisationen (NGOs) können in solchen Einzelfällen schnell helfen. Dennoch hält Tore Schulze, der in Angola für Norwegian Church Aid in Wasserprojekten arbeitet, es für einen Irrweg, am Staat vorbei Geld und Energie in kleine parallele Wasserversorgungssysteme zu stecken.

Was er meint, wird deutlich in Ukonga, einer informellen Siedlung am Rand der tansanischen Hauptstadt Dar es Salam. Hier hat die Frauengruppe einer Kirchengemeinde mit Unterstützung des deutschen Frauengebetstages einen 50 Meter tiefen Brunnen gebohrt und versorgt Anwohner mit sauberem Wasser. Der Anschluss ans städtische Leitungsnetz, das mit aufbereitetem Flusswasser gespeist wird, funktioniert nicht. »Nur zweimal die Woche kam Wasser hier an und im Jahr 2000 fast nie«, erklärt Victoria Mwamwajo vom Wasserkomitee der Gemeinde. Beschwerden beim Parlamentsabgeordneten aus dem Wahlkreis hatten keinen Erfolg, sagt die resolute Frau: »Die Leitungen müssten alle neu gemacht werden, und wer weiß, wie viele Generationen das dauern würde.« So musste man Stunden für Trinkwasser Schlange stehen oder war auf Kleinhändler angewiesen, die schwere Kanister auf Handkarren ans Haus bringen und 3 bis 5 Shilling pro Liter kassieren.

Die Frauen verkaufen ihr Brunnenwasser für 1 Shilling pro Liter – auch an Kleinhändler, die es weiterverkaufen. Die Einnahmen decken nicht nur die Kosten des Stroms für die Pumpe und für Reparaturen, sondern bringen auch einen Überschuss, der der Kirchengemeinde zugute kommt – unter anderem für die Renovierung der Kirche. Die Frauen möchten nun das System ausbauen: Sie wünschen sich Hilfe für einen größeren Tank, eine stärkere elektrische Pumpe sowie einen Generator wegen der Stromausfälle. Zu den vier Verteilpunkten, die über Leitungen aus dem Tank versorgt werden, sollen weitere hinzukommen.

Ihre Wasserquelle ist aber nicht die einzige in der Nachbarschaft. Gut hundert Meter von der Kirche entfernt füllen Frauen am Verteilpunkt des städtischen Versorgers DAWASCO ihre Kanister. Ein paar Unternehmer haben Brunnen gebohrt. Überall kostet das Nass 1 Shilling pro Liter; »höhere Preise können sie am Markt nicht durchsetzen«, sagt Mwamwajo.

Das Wasser der Gemeinde ist staatlich geprüft und als gut befunden worden. Aber eine flächendeckende Lösung für die Versorgung der informellen Siedlung sind Brunnen nicht, erklärt Damas Shirima vom Wasserministerium Tansanias: »Die Nutzung von Brunnenwasser ist in Dar es Salam nur begrenzt möglich, weil sonst Meerwasser eindringt und es versalzt.« DAWASCO, der städtische Versorger, bringt sein Wasser mit Tankwagen nach Ukonga. Zudem erhalten Stadtteile, die an das Leitungsnetz angeschlossen sind, Wasser für deutlich weniger als 1 Shilling pro Liter. Das langfristige Ziel sollte also sein, Ukonga an dieses Netz anzuschließen. Die Regierung will laut Shirima das Wassernetz der Hauptstadt mit Hilfe von Entwicklungskrediten der Weltbank ausbauen. Rund 70 Millionen US-Dollar sind dafür vorgesehen. Auch in die Versorgung auf dem Land und in kleineren Städten sollen Millionen aus Entwicklungshilfe fließen.

Die Frage ist allerdings, wie man sicherstellt, dass dieses Geld sinnvoll eingesetzt wird. Sollten Kirchen und NGOs die lokalen Behörden drängen, ihre Aufgaben in der Wasserversorgung zu erfüllen? Sollten sie Regierungen sowie Geber von Entwicklungshilfe auffordern, armen und unversorgten Gruppen Vorrang zu geben? Soll der Staat die Wasserpreise subventionieren?

Afrikanische Gruppen treten durchweg dafür ein, dass Wasserversorger – seien es Stadtwerke oder Basisprojekte – ihre Betriebs- und Reparaturkosten erwirtschaften. Dahinter steht die Erfahrung, dass auch Projekte sonst nicht dauerhaft funktionieren. Die Bereitschaft, den Ärmsten ermäßigte Wasserpreise zu geben, scheint in Basisprojekten begrenzt. »Arme bekommen manchmal Wasser umsonst, aber daraus soll man keine Regel machen«, sagt Victoria Mwamwajo von der Kirche in Ukonga. Und in Majengo stößt die Frage, ob Arme gratis bedient werden, auf wenig Verständnis – schließlich sind eigentlich alle hier arm. Über die Kostendeckung hinaus sollen Versorgungsbetriebe jedoch keinen Gewinn erzielen, sagen afrikanische Entwicklungsgruppen. Eine Privatisierung der Wasserversorger lehnen die meisten ab.

Mit dem Vorgehen der Geber oder der Weltbank setzen sich bisher aber nur wenige afrikanische NGOs politisch auseinander. Die meisten konzentrieren sich auf Projekte an der Basis und auf die Mobilisierung der Betroffenen, die sie für entscheidend halten.

Zumindest im östlichen und südlichen Afrika scheint sich das Bild aber zu ändern. »Es gibt Menschenrechtsgruppen, denen die Einforderung von Rechten vertraut ist. Viele wenden sich jetzt stärker sozialen und kulturellen Rechten zu und suchen direkten Kontakt zu Gemeinschaften«, sagt Ashfaq Khalfan, der das Programm »Recht auf Wasser« des Zentrums für Wohnrechte und Vertreibungen (Center on Housing Rights and Evictions, COHRE) in Genf koordiniert.

Manche Basisprojekte sind ihrerseits dazu gekommen, Behörden in die Pflicht zu nehmen. Zum Beispiel in Bwawani im tansanischen Teil des Masai-Gebiets, nicht weit von Majengo entfernt. Die Entwicklungsabteilung der anglikanischen Diözese Kilimandscharo hat dem Dorf geholfen, eine alte schwedische Dieselpumpe wieder in Gang zu bringen und die Leitungen zwischen den Ortsteilen, die aus der Zeit des Sozialismus in Tansania stammen und nie gewartet wurden, zu reparieren. Seit 2001 erhalten die sechs Ortsteile wieder Trinkwasser aus dem Brunnen, allerdings jeder nur ein bis zwei Mal pro Woche – mehr gibt die Pumpe nicht her. Deshalb unterstützt die Entwicklungsabteilung weitere Wasser-Initiativen in einzelnen Dorfteilen. So konnten die 350 Personen in Kasamoyo einen Tiefbrunnen mit Handpumpe anlegen – mit Hilfe von Technikern der Regierung.

»Wir achten darauf, dass die Menschen sich organisie-

Fortsetzung nächste Seite

Frauen beim Wasserholen in Tansania Foto: Annette Berger

MENSCHENRECHT AUF WASSER

Die Pflichten der Staaten

Das Menschenrecht auf Wasser ist zwar nicht ausdrücklich Bestandteil eines UN-Menschenrechtspakts. Doch es ergibt sich aus den Menschenrechten auf angemessenen Lebensstandard, Nahrung, Gesundheit und angemessene Wohnung, die im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 niedergelegt sind. Das hat ein Rechtskommentar des UN-Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte Ende 2002 festgestellt. Danach haben alle Menschen das Recht auf Zugang zu ausreichend sauberem Wasser für den persönlichen Gebrauch und den Haushalt, und zwar zu für die Betroffenen erschwinglichen Kosten.

Daraus leitet das UN-Komitee erstens Pflichten der Staaten gegenüber ihren eigenen Bürgern ab: Sie dürfen nichts tun, was Teilen ihrer Bevölkerung den Zugang zu Wasser nimmt, etwa Wasserstellen trockenlegen. Sie müssen das Recht auf Wasser gegen Eingriffe Dritter schützen; hierzu gehört, private Wasserversorger angemessen zu kontrollieren. Und sie müssen entsprechend ihren Möglichkeiten den Bürgern, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, dazu verhelfen. Hilfe zur Selbsthilfe ist dazu eine Möglichkeit. Zweitens leitet das UN-Komitee auch internationale Staatenpflichten her. Zum Beispiel darf die Entwicklungszusammenarbeit nicht zur Verletzung des Rechts auf Wasser in anderen Ländern beitragen. Alle Staaten müssen ihre Firmen hindern, im Ausland das Recht auf Wasser zu verletzen, und bei der Mitwirkung in internationalen Organisationen wie der Weltbank auf den Schutz des Menschenrechts auf Wasser bedacht sein.

Das Recht auf Wasser ist bisher nicht von Individuen einklagbar. Es kann aber als sogenanntes »weiches Recht« die Rechtspraxis der Staaten nach und nach beeinflussen.●

Bernd Ludermann

FORTSETZUNG VON SEITE 9

und öffentlichen Unternehmen zu überwinden trachtet.

Bereits an dem ersten großen sozialen Konflikt der letzten Jahre, dem sogenannten »Wasserkrieg« von Cochabamba, der im April 2000 zur Kündigung des Konzessionsvertrags mit dem US-Multi Bechtel führte, waren die deutschen Helfer nicht ganz unbeteiligt. Die wochenlangen Auseinandersetzungen in Cochabamba richteten sich nämlich nicht nur gegen die Privatisierung, sondern zugleich gegen das kurz zuvor erlassene Gesetz 2029. Dieses sah die Vergabe von Konzessionen im gesamten Wassersektor einschließlich der Quellen vor und bedrohte damit die Rechte tausender Kooperativen, indigener Gemeinschaften und Wasserkomitees an ihren selbstverwalteten Systemen. An diesem Gesetz war die GTZ nach Aussage der »Coordinadora de Defensa del Agua y la Vida« in Cochabamba maßgeblich beteiligt. Im Zuge des Wasserkrieges kämpfte diese BürgerInnenbewegung jedoch erfolgreich für dessen Revision, sodass es seither spezifische Rechtstitel (»licencia« und »registro«) zum Schutz der selbstverwalteten Wassersysteme enthält.

Widerstand gegen Aktienmodell

Im April 2002 brachte die GTZ die Regierung dazu, das Präsidialdekret 26587 zu verabschieden, welches eine Rechtsgrundlage für regionale Wasserzweckbände in der Form gemischtwirtschaftlicher Aktiengesellschaften schuf, die sogenannten EPSA SAM (»Sociedades Anónimas Mixtas«). Bereits vor der Verabschiedung des Dekrets hatte die GTZ damit begonnen, diese Aktiengesellschaften in zwei Regionen umzusetzen: im Norden des Departamento Potosí (EPSA SAM Bustillo) und im bolivianischen Chaco (EPSA SAM Chaco). Beim Versuch, einen weiteren Zweckverband in den Orten Colcapirhua und Tiquipaya einzuführen, kam es 2003 zu Protesten von Campesinos und Wasserkomitees, die mit staatlicher Repression von Polizei und Militär beantwortet wurden und mehrere Schwerverletzte hinterließen. Im April 2005 schließlich besetzten Nachbarschaftskomitees das Büro der EPSA SAM Bustillo in der Minenstadt Llallagua. Sie protestierten gegen die befürchtete Privatisierung und forderten die Umwandlung in ein kommunales Unternehmen.

Nach dem EPSA SAM-Modell bringen mehrere Gemeinden, lokale Genossenschaften und kommunale Wasserunternehmen ihr Vermögen in einen regionalen Zweckverband ein, der dafür Aktienanteile ausgibt. Diese verteilen sich auf Gemeinden, Genossenschaften und die Bevölkerung. Die KfW finanziert Investitionen, die GTZ setzt das Modell um. Da die EPSA SAMs dem privatrechtlichen »Código de Comercio« unterliegen, lassen sich die Aktien allerdings grundsätzlich veräußern, was die Furcht vor Privatisierung nährt. Die zuständigen GTZ-MitarbeiterInnen beteuern zwar, der Aktienhandel sei nahezu ausgeschlossen, das Modell lässt sich aber lokal unterschiedlich ausgestalten. Den Privatisierungsverdacht hat die deutsche Kooperation mit ihren Interventionen zugunsten von *Suez* in La Paz dabei selbst genährt. Hinzu kommt, dass die regionalen Zweckverbände zu Konzessionsgebieten erklärt werden, in denen die alternativen Rechtstitel »licencia« und »registro« zum Schutz der selbstverwalteten Wassersysteme keinen Bestand hätten.

Angesichts dieser schlechten Erfahrungen ruft das von der Regierung Morales neu geschaffene Wasserministerium die internationale Kooperation dazu auf, die Initiativen von Entwicklungsländern »ohne irgendeine Form von Auflagen zur Privatisierung der Wasser- und Sanitärversorgung« zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit diesen Ruf erhört.●

Der Autor arbeitet im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – FDCL in Berlin, Bolivien-Projekt: www.fdcl-berlin.de/index.php?id=602

INFORMATIONEN ZUM THEMA (AUSWAHL)

Bücher:
Lisa Stadler, Uwe Hoering: Das Wasser-Monopoly. Von einem Allgemeingut und seiner Privatisierung, Zürich 2003.
Maude Barlow, Tony Clarke: Blaues Gold – Das globale Geschäft mit dem Wasser, Kanada 2001.

Broschüren:
Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief 2/2005, Bonn 2005.
Christina Deckwirth: Sprudelnde Gewinne – Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS, weed Arbeitspapier, Bonn 2004.
Bernd Ludermann: Wasser – knappe Ware, Dritte Welt Information in Kooperation mit Brot für die Welt, 12/13/2004, Frankfurt/Main 2004.
Wasser – öffentliche Kontrolle statt Kommerz, INKOTA-Brief 128, Berlin 2004.

Film:
Leslie Franke, Hermann Lorenz: Wasser unterm Hammer – Wenn die Haupt- eine Nebensache wird, Film, Hamburg 2005.

Web:
Brot für die Welt: www.menschenrecht-wasser.de/
Netzwerk Privatisierung öffentlicher Güter: www.rosalux.de/cms/index.php?id=4859
Stuttgarter Wasserforum: www.s-wasserforum.de/
Malte Riechey: Die Trinkwasserpolitik der EU (Diplomarbeit)
www.attac.de/gats/trinkwasserpolitik-eu-malte-riechey.pdf

FABRIKBESETZUNGEN IN ARGENTINIEN

Zwischen Überlebensstrategie und Ideologie

Einige Tage vor Weihnachten des Jahres 2001, genauer gesagt am 19. und 20. Dezember, schaute die Weltöffentlichkeit nach Süden, nach Argentinien. Der so genannte »Argentinazo« (1) weckte die Hoffnung vieler, die lange auf eine Reaktion der Unterdrückten gewartet hatten. Es gab unzählige Informationen über neue Formen sozialer Bewegungen, die sich über Jahre entwickelt hatten: Volksversammlungen, Tauschringe und vor allem ein Novum: die besetzten Fabriken.

Von Viviana Uriona ● Aus Deutschland wurde besonderes Interesse an diesen Entwicklungen signalisiert, auch mit dem Hintergedanken, ob solche Formen sozialer Bewegung hierzulande machbar wären. Um diese Frage beantworten zu können, ist es sinnvoll, die Ursprünge der Bewegungen am Beispiel Argentiniens näher zu beleuchten.

Rahmenbedingung der Fabrikbesetzungen

Selbstverständlich hat jede Fabrik ihre eigene Entstehungsgeschichte und ihre eigene Entwicklung. Trotzdem ist es möglich, einen allgemeinen Rahmen zu beschreiben und auf zwei wesentliche Elemente zusammen zu fassen.

Das erste grundsätzliche Element war die zusammengebrochene traditionelle Organisation der Arbeiterbewegung. Dieser Zustand, der nicht neu ist, sondern sich über Jahre entwickelt hat, wird von einer gewerkschaftlichen Elite gestützt, die nur in ihrer Bürokratie überlebt und gekennzeichnet ist von unzähligen Korruptionsskandalen. Die Rolle der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter gegenüber dem Kapital und dem Staat erreichte ihren Tiefpunkt Mitte der 1980er Jahren in Verbindung mit der neoliberalen Politik der Regierung Menem.

Das zweite Element: Die wirtschaftliche Krise, die das Land langsam aber sicher bedrohte, betraf nicht mehr nur die strukturell Armen, sondern die gesamte Bevölkerung, von der Mittelschicht abwärts. In diesen Zeiten entstand das Gefühl der Unsicherheit und bei vielen der Eindruck, nur einen Schritt von der Armut und der damit verbundenen Exklusion entfernt zu sein. Heute und damals lebt ein großer Teil der Gesellschaft in Arbeitslosigkeit und Armut. In einem Kontext der Armut, der Unsicherheit und der Unrechtmäßigkeit, die die neoliberale Politik während der zehn Jahre Menem mit sich brachte, wurde der alte und tiefe Zwiespalt zwischen *pays réel* und *pays légal* in allen Instanzen spürbar. Insgesamt gesehen, entwickelte sich eine soziale Gesetzlosigkeit, aber auch politische Illegitimität. In dieser Situation konnten sich illegale aber legitime Fabrikbesetzungen ereignen. Diese waren nicht durch Ideologien wie den Kommunismus motiviert, sondern geschahen als eine Folge der schlichten Bedürftigkeit, der einfachen Angst vor Armut.

»Besetzen, Resistieren, Produzieren«

Anfänglich trugen die Fabriken das erläuternde Adjektiv »besetzt«: Mit der Zeit entwickelte sich diese Bezeichnung zu »wiedergewonnenen« oder zu »zurückgewonnenen« Fabriken. Diego Kravetz, Rechtsanwalt und Abgeordneter des Landesparlaments der autonomen Stadt Buenos Aires, definierte in unserem Gespräch im Januar 2005 die wiedergewonnenen Fabriken als »einen Betrieb, der einen Chef hatte und jetzt nicht mehr hat und der durch seine Arbeiter geführt wird«. Hier wird ein weiteres Merkmal dieser Fabriken angesprochen. Sie sind nicht aus ideologischen Gründen besetzt worden, sondern aus Notwendigkeit: Viele Besitzer verließen ihre Fabriken, die Arbeiter blieben. Aus Angst, weil sie nichts anderes hatten, verharrten die Arbeiter an dem Platz, der oft schon seit Jahren ihre Arbeitsstelle war und wo sie sich letztendlich auskannten. Viele dieser Fabrikübernahmen durch die Belegschaft wurden von harten Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet. In anderen Fällen wurden die Fabriken verstaatlicht und die Beschäftigten entlassen. Diese Betriebe gehörten dann manchmal zu denen, die aus praktischen Gründen die Form einer Kooperative annahmen. Heute sind nach unterschiedlichen Angaben zwischen 170 und 180 Firmen »wiedergewonnen«, das heißt von ihren Arbeitern selbst verwaltet. Obwohl in der Regel hier die Rede von kleinen Firmen ist, die bis zu 100 Arbeiter besetzen, finden wir als Ausnahmen auch größere Betriebe mit bis zu 450 Arbeitern. Es sind Firmen aus verschiedenen Branchen: Textil, Druckerei, Metallindustrie, Nahrungsmittel etc. Sie waren früher ein Teil des normalen Marktes und versuchen heute, weiterhin zu bestehen.

Besetzte Keramikfabrik Zanon Quelle: www.obrerosdezanon.org

Die Geschichte der »wiedergewonnenen Fabriken«

Die Geschichte der wiedergewonnenen Fabriken (auf Spanisch: »Empresas Recuperadas«) begann mit vier Unternehmen aus verschiedenen Sektoren Mitte der 1990er Jahre. Mit der Krise von 2001 machten mehrere Unternehmen bankrott, was dazu führte, dass eine »Bewegung der wiedergewonnenen Fabriken« (MNER auf Spanisch: »Movimiento Nacional de Empresa Recuperadas«) ins Leben gerufen wurde. Jede wiedergewonnene Fabrik ernannte per Mitarbeiterversammlung zwei Personen, die an den Treffen der MNER teilnehmen durften. Von dort aus wurden die politischen Leitlinien der Bewegung entschieden, zunächst für die Provinz und die Stadt, später für die Nation. Auf diese Weise konnte man zunächst Informationen und Erfahrungen austauschen und Kräfte sammeln, um der Marginalität zu entkommen. In der schlechten wirtschaftlichen Situation der 1990er Jahre breitete sich die strukturelle Arbeitslosigkeit auf weite Teile der Bevölkerung aus. Wer aus einer Fabrik entlassen wurde, bekam nur schwer eine neue Arbeitsstelle. Es gab kaum Möglichkeiten, woanders anzufangen. Gleichzeitig verschwanden manche Berufe ganz. Heute verdient zum Beispiel ein Dreher sehr gut, weil kaum einer zu finden ist. Aber es werden auch kaum noch Dreher gebraucht.

Zu dieser Situation kam bei der Schließung der Fabriken oder Firmen noch dazu, dass die Arbeiter Monate, manchmal sogar Jahre keinen oder kaum Lohn mehr bekamen, sowie auch keine Rente und bei der Entlassung keine Entschädigung. In Bezug auf diesen Zustand sagte Kravetz, dass es »nie eine Utopie der Arbeiter war, durch eine Revolution die Fabriken zu übernehmen, sondern eine Überlebensstrategie«. Diese Aussage ist auch häufig von den involvierten Arbeitern zu hören. Sie versuchen, von jeder Art ideologischer Richtung Abstand zu nehmen. Das hängt mit der Vermischung der Begriffe zusammen. Heute sind leider Begriffe wie Ideologie, Utopie und Interesse negativ besetzt, so dass es den Arbeitern als erstrebenswert erscheint, das Bild zu vermitteln, sie konzentrierten sich nur auf die Arbeit und das Überleben. Sicherlich haben sie es schwer, und man kann ihnen solch eine menschliche Attitüde nicht übel nehmen. Aber ist nicht auch diese Überlebensstrategie mit einer Ideologie verbunden? Oder ist das Durchführen von Mitarbeiterversammlungen, um die Richtung der Fabrik zu bestimmen, und das Streben nach gleicher Verteilung der Löhnen ab, was mit diesem Betrieb passiert. Diese Betriebe brauchen nun keine übergeordnete Organisation wie die MNER mehr. Trotzdem hat die Existenz der MNER Vorteile, einerseits für die Betriebe, die noch neu dazu kommen, andererseits, um die Zahlungsraten mit mehr Unterstützung oder durch bessere Lobbyarbeit verhandeln zu können.

Die Veränderungen sind für die Arbeiter ein unumstritten schwieriger Prozess, den man in drei Schritte teilen kann. In der Phase vor dem Bankrott kommt der Vollstrekker und schließt den Betrieb. Das heißt, die Maschinen bleiben drin, die Arbeiter bleiben draußen. Die erste Schwierigkeit, vor der Arbeiter stehen, besteht darin, gerade dies zu vermeiden. Dieser erste Schritt war in der Vergangenheit oft vom Wohlwollen der Gesellschaft begleitet. Das half, dass man sich später über die wiedergewonnenen Fabriken einigen konnte. Der zweite Schritt ist ein juristischer Schritt, um legal in der Fabrik bleiben zu können. Der dritte Schritt war im Jahre 2004 eine politische Handlung, um die Situation durch Gesetze zu konsolidieren. Zurzeit versuchen die verschiedenen Interessengruppen, das Gesetz landesweit zu implementieren, da es sich bis jetzt auf den Großraum Buenos Aires beschränkt, wo weniger Fabriken zu finden sind. Vielleicht war das der Grund dafür, dass es dort einfacher war, das Gesetz durchzusetzen.

Ein Schritt in Richtung Alternative

In der Anfangsphase profitierten die besetzten Fabriken in Argentinien von einer günstigen öffentlichen Atmosphäre, die neue Widerstandsmethoden gut hieß. Eine wiedergewonnene Fabrik war der Gesellschaft sympathisch. Es entwickelt sich die Annahme, dass jemand, der für Arbeit kämpft, nicht schlecht sein könne. Die Ereignisse von 2001 brachten eine soziale Einstellung in der Gesellschaft zutage, die manche Kampfprozesse mit Verständnis begleitete. Die größte Schwierigkeit, vor der die Arbeiter heute immer noch stehen, ist die, das Verständnis der nicht direkt Betroffenen zu gewinnen. Sobald allerdings klar gemacht wird, dass für die Erhaltung der Arbeitsplätze gekämpft wird, verhalten sich die meisten gegenüber den Fabrikbesetzern solidarisch. Eine weitere Schwierigkeit ist es, den Betrieb am Laufen zu halten, um sich auf dem Markt zu behaupten. Allerdings versuchen die Arbeiter, sich nicht nur auf ihre eigene Arbeit zu konzentrieren, sondern weiter die Zusammenarbeit mit den anderen Betroffenen zu suchen, um selbst nicht einer Ausbeutungssituation zu verfallen und um dadurch zu verhindern, wieder zum kapitalistischen Kontext zu gehören.

Demonstration im Februar 2006 in Buenos Aires Quelle: www.obrerosdezanon.org

Die wiedergewonnenen Fabriken stellen eine ökonomische Alternative mit vielen Vorteilen gegenüber den klassischen Ökonomieansätzen dar, die sich nicht nur innerhalb der Grenzen Argentiniens ausbreiten sollte. Ein Beispiel dafür sind die Versuchsmodelle in Venezuela. Vielleicht überqueren diese Ansätze bald den Ozean, so dass wir sie bald hier in Deutschland beobachten können – auch wenn im Moment noch ständig die Rede davon ist, dass es zum aktuellen Modell keine brauchbaren Alternativen gibt. Um Alternativen zu testen ist es nicht nötig, extreme Armut und Exklusion zu erleben, sondern es bedarf nur eines Mentalitätswechsels und der Bereitschaft, etwas auszuprobieren, das woanders schon funktioniert.●

Ein Schritt in Richtung Legalität

Die Verabschiedung des Gesetzes am 25. November 2004 für die Verstaatlichung und dann die Freigabe der Unternehmen an deren Arbeiter war ein wichtiger Schritt für die zukünftigen Kämpfe der Arbeiterschaft. Jetzt sieht die Situation so aus, dass der Staat alle Maschinen von den Firmen, die Bankrott angemeldet haben, enteignet und sie kostenlos den Arbeitern abtritt. Die Grundstücke oder Immobilien werden den Arbeitern gegeben und mit einer Hypothek belastet, die erst nach dem dritten Jahr und bis in 20 Jahren abbezahlt werden muss. Das bedeutet völlige Autonomie für die Arbeiter. Jetzt hängt es allein von ihne für alle Mitglieder etwa keine Ideologie? Selbstverständlich ist es das. Dieses Modell ist eine sehr deutliche und starke Reaktion gegen das System, mit dem bewiesen wird, dass es möglich ist, ohne Ausbeutung eine Fabrik zu retten, und sogar Gewinne zu erwirtschaften.

1) Die Endung -azo bezeichnet in Argentinien eine soziale Bewegung. Ein Beispiel dafür ist »Cordobazo« von 1968

FORTSETZUNG VON SEITE 10

ren und eigene Arbeit und eigenes Material einbringen«, sagt Augustine Mwaimu, der Leiter der kirchlichen Entwicklungsabteilung. Der Erfolg des gemeinsamen Engagements hat den Dörflern offenbar genug Selbstbewusstsein gegeben, um die Behörden an ihre Verantwortung zu erinnern: Von Mwaimus Mitarbeitenden ermutigt, haben sie sich mit dem nächsten Plan an die Distriktregierung gewandt. In einem zweiten Weiler soll ein Tank entstehen, um Wasser für die Tage zu speichern, an denen die Pumpe andere Ortsteile beliefert.

Die Kooperation mit den Behörden ist nicht schlecht, sagt Mwaimu: »Die Distriktregierung geht im Grunde auf Anfragen ein, es hängt aber davon ab, ob man dort jemand kennt.« Sein Programm hat nun begonnen, über die staatlichen Fonds für lokale Entwicklung aufzuklären. Die Gemeinden sollen fähig werden, die Verwendung des für sie vorgesehenen Geldes zu beeinflussen und zu kontrollieren, dass es nicht »verschwindet«. So steigt die Chance, dass Investitionen des Staates im Wassersektor wirklich den Armen helfen.

Wenn Kirchen oder NGOs Brunnen und Wasserleitungen finanzieren, besteht die Gefahr, die Regierung aus der Verantwortung zu entlassen. Aber Projekte können auch als Ansatzpunkt dafür genutzt werden, dass Gemeinden die Behörden zur Verantwortung ziehen. Ob dies geschieht, dürfte für den langfristigen Entwicklungserfolg am Ende entscheidender sein als die Zahl der gebohrten Brunnen.●

Bernd Ludermann ist freier Journalist mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik. Der Bericht beruht auf einer von »Brot für die Welt« ausgerichteten Reise nach Kenia und Tansania im November 2005 und ist zuerst erschienen in »der überblick« 1/06; gekürzter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion. Über die Wasserkampagne von »Brot für die Welt« informiert die Homepage www.menschen-recht-wasser.de.

TEUTOBURGER ENERGIE NETZWERK EG

Vorbildfunktion – Gasnetz in regionalen Händen

Die Teutoburger Energie Netzwerk Genossenschaft (TEN) übernimmt im kommenden Jahr das Gasleitungsnetz in Bad Iburg. Die TEN mit Sitz in Hagen versorgt bisher schon Glandorf und Bad Laer über ihre Leitungen mit Gas. In diesen Orten sowie in Hilter und Hagen unterhält die TEN auch das Stromliefernetz. In Hagen ist die TEN zudem als Wasserversorger tätig, und in Bad Laer unterhält sie ein großes Fernwärmenetz. Die TEN kann als eine der innovativsten und verbraucherfreundlichsten traditionellen Genossenschaften angesehen werden.

Alle Fotos auf dieser Seite zum Beitrag BUSO Bund Solardach eG: Gestalterisch überzeugende Architekturlösungen zur Integration von Solardächern

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Mit großer Mehrheit stimmte der Rat von Bad Iburg Mitte letzten Jahres einer Übernahme des örtlichen Gasnetzes durch die Teutoburger Energie Netzwerk Genossenschaft zu. Bei einer öffentlichen Ausschreibung der Leitungsnetzvergabe waren mehrere Anbieter im Preis identisch. Den Zuschlag erhielt daraufhin die TEN. Ausschlaggebend bei der Entscheidung war letztlich der regionale Faktor. Der neue Vertrag läuft vom 1. Juli 2006 bis ins Jahr 2026. Nachdem nun die Konzessionsverträge unterschrieben sind, stehen noch Verhandlungen mit dem RWE zur Übernahme des Gasnetzes in Bad Iburg an. Denn will die TEN auf eigene Kosten keine neuen Leitungen verlegen, ist sie gezwungen, dem RWE das Leitungsnetz abzukaufen.

Wirtschaftskraft stärken

Ziel der TEN ist es, das Gas nicht nur günstig einzukaufen, sondern auch direkt an die Endverbraucher zu liefern. Dadurch werde die Region gestärkt und das Geld fließe nicht in »irgendwelche entfernten Konzernkassen«, betonen die Initiatoren. Die Gewerbesteuer des Energieunternehmens werde auf Grund einer besonderen Vereinbarung mit dem Finanzamt nach der Anzahl der Gasverbrauchszähler auf die Gemeinden verteilt. So könnten alle Kommunen gleich behandelt werden. Profitieren von den Gewinnen des Unternehmens würden auch die Verbraucher. Denn jeder Kunde könne Mitglied der Genossenschaft werden. Mitgliederkunden erhielten eine Rückvergütung auf ihre Verbrauchskosten. Im vergangenen Jahr betrug diese genossenschaftliche Rückvergütung immerhin fünf Prozent. Insgesamt wurden im Jahre 2004 rund 280.000 Euro ausgeschüttet.

Für die angeschlossenen Endverbraucher ändert sich mit der Übernahme nichts. Denn über die Gaslieferung entscheidet der jeweilige Haushalt selbst. Derzeit bezieht die TEN das Gas von RWE, mit der der Vertrag jedoch bald ausläuft. Ob es dann einen neuen Lieferanten gibt, soll eine Ausschreibung zeigen. Geplant ist auf jeden Fall ein direkter Anschluss an die Ruhrgasleitung, die durch das Gebiet von Bad Iburg verläuft, um so Durchleitungsgebühren einzusparen. Derzeit ist die TEN der günstigste Erdgasanbieter in Stadt und Landkreis Osnabrück. Das kann sich allerdings jederzeit ändern, da der Preis von den Vorlieferanten abhängt. An den aktuellen Ölpreiserhöhungen würden sich die Gaspreise jedoch nicht orientieren.

Aktive Umweltpolitik

Die Gründungsgenossenschaften der TEN haben bereits vor mehr als 10 Jahren begonnen, in umweltfreundliche Energieerzeugungseinheiten zu investieren. Mit Hilfe von erdgasbefeuerten Motorheizkraftwerken mit einem Wirkungsgrad von 80-90% (konventionelle Kraftwerke: 40%) bezogen auf die eingesetzte Energie, wird umweltfreundlich Strom und Wärme produziert. Die Genossenschaft transportiert die aus dem Abgas und der Motorabwärme gewonnene Wärme über langfristig nutzbare Fernwärmeleitungen zum Kunden. Der Standort Hilter zählt dabei zu den Pionieren der Windkraftnutzung. Am Standort Hagen a.T.W. und auf dem Dach der Ludwig-Windhorst Schule in Glandorf wird darüber hinaus Sonnenstrom erzeugt. Aus diesem Pool umweltfreundlicher Erzeugungseinheiten können Kunden Öko-Strom mit einem Preisaufschlag beziehen. Die so erzielten Mehrerlöse fließen in neue Projekte erneuerbarer Energieerzeugung.●

BUSO BUND SOLARDACH EG, FRANKENBERG

»Ausgezeichnete« Architekturlösungen bei Solardächern

Anlässlich des zweiten Jahrestag ihres Bestehens im Februar des Jahres verlieh die »BUSO Bund Solardach eG« in Frankenberg 2006 erstmals den »BUSO Solardachpreis«. Bereits bei der Generalversammlung in Chemnitz erklärte der Vorstand, dass nach zwei Jahren enger Zusammenarbeit mit insgesamt 116 Mitgliedern, der Bund Solardach auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2005 zurückblicken kann.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Die Devise lautet weg vom Öl und Gas: Bei einem Absatz von bisher 55.000qm Kollektorfläche mit durchschnittlicher Anlagengröße von 30qm sprechen die Mitglieder der BUSO Bund Solardach eG von einem erfolgreichen Firmenstart. Über die Landesgrenzen hinaus liefert BUSO bis nach Österreich und in die Schweiz. Neben wirtschaftlichen Erfolgen bietet das junge Unternehmen auch eine Reihe technischer Neuerungen und Produktentwicklungen bei den Solar- und Heizsysteme für den Endkunden. Mit der Vergabe des BUSO-Solardachpreis 2006 zeichnet die Genossenschaft »gestalterisch überzeugende Architekturlösungen zur Integration von BUSO-Solardach« im Kreise ihrer eigenen Mitglieder aus.

Auf den ersten Blick erscheint dies als eine simple PR-Maßnahme. Bei der Betrachtung der ausgezeichneten Lösungen wird allerdings deutlich, dass die bauliche Integration von Solartechnik zunehmend Bestandteil architektonischer Überlegungen wird. Der Verbreitung positiver Beispiele in der Öffentlichkeit kommt für BUSO deshalb eine wichtige Rolle zu. Ausdrücklich verweist die Genossenschaft auf das Beispiel in der fünften Kategorie »Denkmalgeschützte Gebäude«. Zu Recht werde hier im Zusammenhang mit Solartechnik große Sensibilität abverlangt. Steffen Froehlich (Sonnenfroehlich) aus Oranienbaum gewann mit einer optisch ansprechenden Lösung, die den Charakter des historischen Gebäudes bewahrt, den ersten Preis in dieser Kategorie.●

ENERGIEERZEUGUNG, SINDORF

Agrargenossen sollen Biomasse liefern

Eine Bio-Methan-Anlage für fünf Millionen Euro wollen die Stadtwerke Aachen (Stawag) in Sindorf (Ortsteil von Kerpen) errichten. Sie soll mit Mais aus umliegenden landwirtschaftlichen Flächen »gefüttert« werden. Als Kooperationspartner hat sich die Stawag den bei der »Buir-Bliesheimer Agrargenossenschaft« angesiedelten Verein »Maschinenring Erft-Neffelbach« ausgesucht. Ein Zusammenschluss von Landwirten, die sich ihre Maschinen teilen. Genossenschaft und Maschinenring sollen die nötigen Kontakte zu interessierten Landwirten herstellen.

Peter Streiff, Red. Genossenschaften ● Ende September 2005 gab es eine erste Veranstaltung zum Thema Belieferung einer geplanten Bio-Methan-Anlage mit Biomasse durch Landwirte der Region. Rund 60 ErzeugerInnen besuchten das Treffen und zeigten reges Interesse an dem Projekt. Die Produktion von Biomethan könne für die BäuerInnen eine interessante Erwerbsquelle werden, sind sich die Beteiligten sicher. Unter dem Motto »Vom Landwirt zum Energiewirt« wurden den BäuerInnen zahlreiche Vorteile benannt: Für den Mais will die Stawag so viel zahlen, dass sich dessen Anbau eher lohnt als der von Weizen. Zudem ist Ziel, für die Landwirte daraus langfristig eine »stabile Erwerbsquelle« entstehen zu lassen.

Rund 40 bis 50 Landwirte sollen sich an dem Projekt beteiligen, für das auf rund 500 Hektar Mais angebaut werden müsste. Insgesamt ist geplant, 25.000 Tonnen dieses Getreides im Jahr zu verarbeiten, daneben noch geringere Mengen Weizen und Gülle. Ausgeschlossen werden soll, dass es durch den Bau der Anlage zu »irgendwelchen Umweltbelastungen für die Umgebung« komme, so die Projektverantwortlichen der Stawag. Aus der Anlage würden keine Gerüche entweichen. Sie soll über zwei rund 18 Meter hohe Fermentier-Türme verfügen. Auch der Anlieferverkehr halte sich mit circa sechs Lastwagen pro Tag in Grenzen. Bis Ende 2006 soll die Gasproduktion aufgenommen werden.

Möglich wird das Engagement der Aachener Stadtwerke in Sindorf nur durch die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes. Danach dürfen die Aachener das in ihrer Anlage bei Sindorf erzeugte Gas in das Sindorfer RWE-Leitungsnetz einspeisen. Im Gegenzug können sie in Aachen dafür eine entsprechende Menge Gas aus dem dortigen Netz entnehmen. Damit sollen in Aachen verschiedene Blockheizkraftwerke angetrieben werden, die Strom und Wärme – etwa für die Beheizung eines Schwimmbads – erzeugen. Von den InitiatorInnen wird dies als ökologisch und auch wirtschaftlich effizient angesehen. Direkt in der Umgebung von Aachen gibt es nicht genügend geeignete Anbauflächen für Mais. Deshalb werde die Biomethan-Anlage in Sindorf geplant. So könnten Transportwege gespart werden.●

ENERGIEGENOSSENSCHAFT DELMENHORST

Gas geben – Bürger organisieren sich

Schon seit 2002 überlegen Bürger, die Stadtwerke Delmenhorst in eine Genossenschaft zu überführen, um die Stadttochter vor dem Ausverkauf auf dem internationalen Markt zu schützen. Jetzt wird gehandelt, aber mit erweiterter Motivation: Im niedersächsischen Delmenhorst wollen Bürger das Preisdiktat der Stadtwerke brechen. Künftig soll eine Genossenschaft Gas einkaufen und verteilen. Die Arbeiterstadt Delmenhorst bei Bremen hat fast 80.000 Einwohner, ein Drittel davon sind Gaskunden der Stadtwerke Delmenhorst (SWD). 2.000 von ihnen weigern sich, die vierteljährlichen Preiserhöhungen zu zahlen. Die Gaspreissteigerung der letzten sechs Jahre beträgt 122 Prozent. Die nächste Erhöhung ist zum 1. April angekündigt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mit der Gründung von Energiegenossenschaften an vielen Orten wollen AktivistInnen aus dem Bürgerforum / Neue Wege den Monopolstrukturen der Energiewirtschaft, inklusive den überhöhten Durchleitungsgebühren, wirkungsvoll begegnen. Die einzelnen Genossenschaften sollen im Einkauf und der Führung vernetzt arbeiten. Hintergrund für die Idee ist die reale Macht des Verbrauchers. Die Chance könnte gekommen sein: Der Gas-Markt wird sich in Deutschland auf Drängen der EU öffnen, als erstes für die Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Die Gaspreis-Widerständler planen die Energiegenossenschaften, um sich unabhängig von etablierten Anbietern zu machen. Die dezentralen Genossenschaften wollen mit einer gemeinsamen Energieeinkaufsgenossenschaft z.B. Gas direkt vom Produzenten beziehen und es an ihre Mitglieder weiterverkaufen. Den konzeptionellen Rahmen für die Delmenhorster Idee liefert das Energiewirtschaftsgesetz, das seit Juli 2005 in Kraft ist. Nach Paragraf 20 soll »jedermann« Netzzugang erhalten, und zwar »diskriminierungsfrei«. Zu welchen Bedingungen die Gasnetzbetreiber die Ein- und Ausspeisung von Gas anbieten werden, steht noch nicht fest. Die Anbieter müssen die Preise aber laut Gesetz zum 1. Februar 2006 öffentlich machen.

Wachsender Widerstand

Eva Sassen, Sprecherin des Gaspreisforums, überraschte Anfang dieses Jahres auf einem Treffen der Aktivisten gegen die Gaspreiserhöhungen in Delmenhorst mit einer guten Nachricht: Ein »Anbieter vom internationalen Markt« habe einer zu gründenden Energiegenossenschaft vor Ort die Lieferung von bis zu 20 Millionen Kubikmeter Gas pro Stunde in Aussicht gestellt. Dies würde ausreichen, um sogar die Stadtwerke als Genossenschaftsmitglied aufnehmen zu können, erläuterte sie ironisch die darin liegenden Chancen.

Bisher können oder wollen die etablierten Energieunternehmen nicht stichhaltig nachweisen, warum die Gaspreise ständig steigen müssen. Deshalb kündigen die Genossenschaftsgründer an, eine transparente Preispolitik zu betreiben und Gas so billig wie möglich zu liefern. Entsprechend kann sich die Initiative aktuell vor Zulauf nicht retten. Zu einer ersten Informationsveranstaltung zum Thema Genossenschaften waren am 11. Januar mit 200 Besuchern unerwartet viele Interessierte gekommen. Auch zum ersten Arbeitstreffen für eine Genossenschaft am Mittwoch, den 25.1.06, waren »nur« 35 Personen angemeldet und über 90 erschienen. Schon beim ersten Treffen sicherten 61 Bürger schriftlich zu, einer Genossenschaft beitreten zu wollen.

Gründungsvorbereitung

Die Einlage soll laut Sassen zwischen 100 und 200 Euro pro Mitglied liegen. Die Initiatoren hoffen bei einer Bürgerenergiegenossenschaft werde der Gasbezugspreis für die Mitglieder sinken, auf alle Fälle würde er transparenter werden. Mögliche Gewinne würden nicht von einem kostspieligen Verwaltungsapparat aufgezehrt, sondern in Rücklagen gesteckt oder als Dividende den Genossen ausgezahlt. Entstanden sind für die Vorbereitung der Genossenschaft inzwischen fünf Arbeitsgruppen zu den Themen Kalkulation/Gaslieferanten, Öffentlichkeitsarbeit/Vernetzung, Banken/Verträge, Satzung und Gesamtkoordination/überregionale Vernetzung/Geschäftsstelle.

Im Gaspreiswiderstand sind die Widerstandsaktivisten von Lilienthal, Bremerhaven, über Schortens bis ins Emsland und Delmenhorst und alles was dazwischen liegt bereits vernetzt. Geplant ist ein gemeinsamer Energieeinkauf, jedoch ein dezentrales Wirtschaften. Verträge müsste die entstehende Delmenhorster Genossenschaft mit Gasproduzenten, dem einspeisenden und dem vor Ort ausspeisenden Versorger schließen. Zu welchen Konditionen die Stadtwerke das fremde Gas durchleiten müssen, regelt die Bundesnetzagentur in Bonn. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) werden ab Oktober 2006 nicht nur Firmen, sondern auch Genossenschaften von den Großhändlern Gas beziehen und vertreiben können.

Vorgeschichte der Initiative

Seit September 2004 informierte das Bürgerforum / Neue Wege in Delmenhorst Endverbraucher über die Möglichkeit, den einseitigen Gaspreiserhöhungen zu widersprechen. Mittlerweile haben dies nicht nur in Delmenhorst, sondern im gesamten Bundesgebiet Zehntausende bei ihrem örtlichen Energieversorger getan. Die Musterwidersprüche mit Anleitung liegen seit September 2004 in fast allen Kiosken. Vor allem mit der Preiserhöhung zum Oktober 2005 kam es in Delmenhorst zu einer Wende. 1.700 Widersprecher von 26.000 Gaskunden meldet die SWD im November 05.

Die Stadtwerke Delmenhorst kündigten den Liefervertrag mit E.ON und schlossen einen neuen Knebelvertrag über zwei Jahre ab. Er beinhaltet eine Preisanpassung Quartalsweise. Die Hoffnung ist vermutlich, so den Widerstand zu zermürben, denn nun muss alle drei Monate ein neuer Widerspruch eingereicht werden. Bisher ist allerdings das Gegenteil der Fall. Die Vorgehensweise der SWD, ihren Kunden unerlaubte Mahngebühren abzuverlangen und mit der Versorgungssperre bei Gas und Wasser zu drohen, bringt zunehmend mehr Menschen in Bewegung. In einer ersten einstweiligen Verfügung untersagte das Amtsgericht die Sperrandrohung ohne Offenlegung der Preiskalkulation.

Bedenken der Etablierten

Vertreter der Gasversorgungsunternehmen halten es für problematisch, dass fachliche Laien in den Gasmarkt einsteigen wollen. Sie sind überzeugt, das erforderliche Know-how sei bei diesen nicht vorhanden. Vermutlich werde es bald einkaufen zu sein. Dies wäre für neue Anbieter am Markt aber teurer. Tatsächlich muss die Gasgenossenschaftsinitiative noch viel Aufbauarbeit leisten, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Das Gesetz fordert zum Beispiel eine detaillierte Rechnungslegung, für die umfangreiche Software notwendig ist. Dennoch sind solche Problematisierungen der etablierten Unternehmen mit Vorsicht zu betrachten: Jeder mögliche Wettbewerber wird erst mal klein geredet.

Das Potenzial für eine Gasgenossenschaft gibt es in Deutschland auf jeden Fall. Schließlich gibt es Aussagen, dass aktuell mehr als 500.000 Menschen Widerspruch gegen die steigenden Gaspreise eingelegt hätten. Beispiele anderer Energiegenossenschaften zeigen, dass das in diesem Marktsegment als Modell funktionieren kann. Ursprünglich wollte auch niemand *greenpeace energy* ernst nehmen. Diese Genossenschaft wächst aber kontinuierlich und steht mittlerweile wirtschaftlich gut da.

Erhoffte Preisvorteile

»In einem Jahr wollen wir unsere Genossenschaftsmitglieder mit Gas beliefern – und langfristig auch noch weitere Kunden gewinnen«, so formuliert Eva Sassen die anspruchsvollen Ziele der Initiatoren. Sie sieht in einer Genossenschaft eine Option, um günstigere Gaspreise zu erzielen. Die Preisstruktur werde für jeden transparent, es entstehe ein Gegenpol zum Filz der Energiebranche. 4.000 GenossInnen sind laut Sassen für eine Gründung mindestens notwendig, damit das Unternehmen wirtschaften könne. In den Europäischen Nachbarländern beziehen die Endverbraucher ihr Gas wesentlich günstiger. Für einen genossenschaftlichen Energieversorger besteht bald die Chance, Gas überall einzukaufen und an die Mitgliederkunden bevorzugt günstig weiter zu vertreiben. Zugunsten der Verbraucher kann sich auswirken:

- Gewinne können vor Steuer ausgeschüttet werden.
- Für Werbung und Sponsoring braucht nur wenig Geld ausgegeben zu werden, wenn die Genossen selbst weitere Abnehmer werben.
- Die Genossenschaft arbeitet voraussichtlich günstiger, da viele Personen ehrenamtlich eingebunden werden.
- Der Vorstand ist hoch motiviert, für die genossenschaftlichen Endverbraucher gut zu verhandeln, da die Mitgliederversammlung den Vorstand direkt wählen bzw. abwählen können soll.
- Die Genossen bilden auf Bundesebene eine politische Kraft als Kontrapunkt zur Energiewirtschaft, z.B. wenn es um die Netznutzungsentgelte geht.●

Eine engagierte Gruppe hat sich zur aktiven Vorbereitung der Energiegenossenschaft in Delmenhorst zusammengefunden

Geplanter Gründungstermin 26. April 2006

Am 26. April, zwanzig Jahre nach dem Größten Anzunehmenden Unfall (GAU) im Atomkraftwerk in Tschernobyl, ist nach gegenwärtigen Überlegungen die Gründungsveranstaltung für die Energiegenossenschaftsgründung in Delmenhorst vorgesehen. Eventuelles Motto »Phönix steigt aus der Asche«.

Anmelden bei Eva Sassen 04221 490 390 oder evasassen@web.de nur unter Angabe der eigenen Erreichbarkeit.

Vorbereitung der Energiegenossenschaft in Delmenhorst und Umgebung

Gesamtkoordination: Eva Sassen
- Vernetzung regional/ überregional
- Moderation der Treffen
- Ansprechpartnerin für Medien: Tel. 04221 490 390
- Vorläufige Geschäftsstelle: Lessingstr. 136, 27753 Delmenhorst. Tel. 04221 490 390 evasassen@web.de

BUCHHINWEIS

Biogasgemeinschaftsanlagen

Der Biogastechnologie wird in Deutschland ein großes Potential nachgesagt. Trotzdem sind deren Möglichkeiten bisher nur in sehr geringem Maße genutzt. Gründe hierfür liegen darin, dass nur selten größere Anlagen gebaut werden. Noch im Jahre 2002 wurden lediglich 15 Biogasgemeinschaftsanlagen gezählt. Die meisten übrigen Anlagen funktionieren als kleine Einzelhofanlagen. Unter diesem Vorzeichen kann die Publikation von Anja Umbach-Daniel als Grundlagenforschung angesehen werden. Sie untersucht in Form von vier Fallstudien Anlagen mit mehreren Gesellschaftern im Hinblick auf ihre Entstehungsbedingungen, Trägerschaft, Gewinnung der Landwirte, Konflikte, Strategien bei der Genehmigung und für den Erhalt von Förderungen.

Eines der Beispiele ist die Entwicklung und Struktur der Agrarenergie Roding eG, der einzigen Biogasgemeinschaftsanlage, die in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt wird. Träger der Genossenschaft sind ausschließlich Landwirte. Dieses Beispiel wird dann eindeutig als nachahmungswürdiges Modell angesehen werden.

Die Arbeit von Anja Umbach-Daniel stellt hinsichtlich der sozialen Hintergründe der Entwicklung solcher Projekte viel anregendes Material zur Verfügung. Dies gilt besonders, indem die förderlichen und hemmenden Faktoren für die Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten zusammengefasst werden. Der wissenschaftliche Anspruch der Arbeit führt allerdings dazu, dass ein Teil der Ausführungen etwas »sperrig« wirkt, z.B. wenn Hypothesen formuliert werden und die methodische Vorgehensweise ausführlich erläutert wird.

Anja Umbach-Daniel: Biogasgemeinschaften in der deutschen Landwirtschaft, Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik, Kassel 2002, 12 EURO, Universität Kassel, FB 10, Lateinamerika Dokumentationsstelle, D-34109 Kassel eperspektiven@uni-kassel.de

ZEITSCHRIFTENBESPRECHUNG

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Wieder mal ein Themenheft, das es in sich hat: Die aktuelle Ausgabe des Widerspruchs beleuchtet die zunehmende und tiefgreifende Unsicherheit innerhalb einer Gesellschaft, in der jahrzehntelang für viele Menschen durch Lohnarbeit gesellschaftliche, soziale und kulturelle Integration gewährleistet schien. Inzwischen unterhöhlen Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung der Arbeitsmärkte das finanzielle Fundament des Sozialstaates, verändern die Verteilungspolitiken und beschleunigen die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Insbesondere ist der aktuelle »Widerspruch« durch seine Bandbreite der AutorInnen interessant, die sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse beleuchten als auch den Blick über den bundesdeutschen Tellerrand erleichtern. So steht die Analyse von Franz Segbers, für den die Hartz-Reformen einseitig die Lebensverhältnisse der Betroffenen verschlechtern und die Zumutbarkeit von Arbeit verschärfen, neben ähnlichen Beobachtungen aus dem umliegenden Ausland. Ausführlich werden die sogenannten Workfare-Strategien beleuchtet, die in England unter New Labour eingeführt wurden und sich auf das Zusammenwirken arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Restrukturierung beziehen und deren Kernelemente Deregulierung, Arbeitskostensenkung, Sozialabbau und Aktivierung der Einzelnen bedeutet. In der Regel beschreibt Workfare eine Reorientierung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Programme, welche den Bezug von Leistungen an Gegenleistungen der Arbeitssuchenden bindet.

Roland Atzmüller rekonstruiert das Projekt der Regierung Blair, insbesondere verdeutlicht er den sogenannten New Deal als Teil der sich als integrativ gebenden Politik von Labour. Dieser New Deal mache den Erwerbslosen unmissverständlich klar, dass Labour keine Parallelgesellschaft der »Worklessness« akzeptiert und dass es nicht die Gesellschaft ist, die sich verändern soll, sondern die Ausgeschlossenen sich bewegen müssen. Am Beispiel von Österreich zeigt Gabriele Michalitsch auf, wie in Kombination mit der Workfare-Politik die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse an Boden gewinnt. Und auch in der Schweiz haben nach Kurt Wyss die Workfare-Konzepte in der Sozialhilfereform ausschließlich Benachteiligungen für die Betroffenen zur Folge.

Im Zusammenhang mit dem diskutierten Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit darf das Thema garantiertes Grundeinkommen natürlich nicht fehlen, das ebenso aus verschiedenen Länderperspektiven beleuchtet wird. Gisela Notz (D) macht kritische Anmerkungen aus feministischer Sicht, Therese Wüthrich (CH) plädiert für eine gewerkschaftliche Debatte zum Grundeinkommen und Franz Schandl (A) führt den Gedanken für ein Einkommen für alle weiter und fordert stattdessen ein »Auskommen«, was meint, dass Produkte und Leistungen für alle frei zugänglich sein müssten – wenn nötig auch ohne Geld! Insgesamt ein inhaltlich umfangreiches Heft mit sorgfältig ausgesuchten und durchwegs lesenswerten Beiträgen, das dank den AutorInnen aus verschiedenen Ländern beitragen kann, den bundesdeutschen Horizont zu erweitern. Mehrere Debatten-Beiträge sowie längere Rezensionen zu Themen aus früheren Heften runden den aktuellen Widerspruch ab. Empfehlenswert!●

Peter Streiff

WIDERSPRUCH 49: Prekäre Arbeitsgesellschaft. Zürich, 232 Seiten, 16 EUR.
Bestellung direkt bei: Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich, vertrieb@widerspruch.ch

Nicht ohne Fragezeichen – Zukunft der Linken

Rot-Grün als Regierungskoalition und als politisches Projekt ist zuende – und eine neue Partei im Entstehen. Diese neue politische Konstellation nimmt die erst jüngst erschienene Doppelnummer der seit 1961 erscheinenden *vorgänge* zum Anlass, sich der Zukunft der Linken zu widmen. Bei der ersten Durchsicht der über zwei Dutzend Beiträge fällt auf, dass die AutorInnen allesamt in Westdeutschland sozialisiert, nur zwei davon Frauen sind und sich nur sehr wenige Beiträge ausdrücklich *und* gleichzeitig sachlich mit der neuen Linkspartei beschäftigen. In der Regel wird diese denunziert oder bestenfalls ignoriert, was zeigt, wie verhasst die WASG und die Linkspartei bei vielen SPD-nahen Intellektuellen sind.

Die Hauptthese der meisten Beiträge zu parteipolitischen und strategischen Fragen in diesem Heft lautet: Die beiden linken VereinigungskandidatInnen seien die einzigen konservativen, oder abgeschwächt: die noch konservativeren als die anderen beiden Parteien in der linken Hälfte der politischen Landschaft. Dass die SPD und die Grünen zur Linken zählen, ist die selbstredende, aber nirgendwo recht begründete Grundannahme der meisten AutorInnen.

Neben nichtssagenden Beiträgen (Neugebauer über Linkspartei.PDS, der SPD-Linke Müller über Nachhaltigkeit, oder Dieter Wunder über Gewerkschaften) und jenen, die nur die geistige Situation ihrer Verfasser zeigen (W. Kraushaar mal wieder über 1968 und Terrorismus, Kittsteiner über Marx als Bösewicht und die Verkommenheit aller Parteien) finden sich auch einzelne Perlen. Albrecht von Lucke, Redakteur bei den *Blättern für deutsche und internationale Politik* geißelt wortgewandt dass heute alle Parteien sich die – unter anderem ökologisch bedenkliche – Steigerung der Binnennachfrage zur Richtschnur ihres Handelns machen – und dabei übersehen, dass heute Wirtschaftswachstum, das es ja erst einmal zu erreichen gilt, nicht unbedingt zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, sondern eher das Gegenteil der Fall sein dürfte. Der Frankfurter undogmatische Intellektuelle Alex Demirovic skizziert kenntnisreich die Gefahren, die der Fusionsprozess für die Linken und die sozialen Bewegungen mit sich bringen kann (veraltete Programmatik, Verparlamentarisierung, Absorbierung von Protest). Die Beiträge zu Lateinamerika zeigen eindringlich, wie begrenzt das Handeln der dortigen »linken Regierungen« ist.

Mehrere Beiträge widmen sich der Linken jenseits der Parteien. Jochen Voit schlägt vor, die Geschichte verschiedener linker Generationen anhand ihres Verhältnis zu Musik und Popkultur zu untersuchen und so eine Generationengeschichte vor allem der DDR-Aufbau-Generation und der westdeutschen 68er auf neue Art und Weise zu schreiben. Freilich stellt sein Beitrag nur einen Forschungsvorschlag dar, Ergebnisse und Schlussfolgerungen liefert er nicht. Den sozialen Bewegungen widmet sich auch Sven Reichardt, der ein Forschungsvorhaben zu linksalternativen Milieus in den 1970er Jahren vorstellt.

Das Heft, im dem jede Auseinandersetzung mit konkreter rot-grüner Politik fehlt, zeigt, wie inhaltlich und kulturell ausgebrannt die meisten der älteren Intellektuellen sind, aber ebenso wie stark die Hegemonie von »rot-grün« in diesem Milieu noch ist. Leider sieht es bei Linkspartei.PDS und WASG, was kulturelle Ausstrahlung und inhaltliche Raffinesse angeht, nicht unbedingt besser aus, als bei den »rot-grün« nachtrauernden AutorInnen dieses *vorgänge*-Heftes. So wäre eine neue Linke heute europäisch, wenn nicht international zu denken und sie wird die Transformation, wenn nicht das Ende der um die industrielle Lohnarbeit organisierten Gesellschaften moderieren. Schon allein deswegen ist hinter Aussagen wie »Die Zukunft der Linken« derzeit immer zumindest ein Fragezeichen zu setzen.●

Bernd Hüttner

Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, H. 171/172 (3-4/2005, 44. Jahrgang), Die Zukunft der Linken, 284 S, 24 EUR,
http://vorgaenge.humanistische-union.de

Ein Anarchist und seine Zeitschrift

Der Grazer Sozialismusforscher Reinhard Müller schrieb ein schönes, gutes und verdienstvolles Buch über den weitgehend unbekannten gewaltfreien Anarchisten Franz Prisching (1864-1919) und sein Lebenswerk, die Zeitschrift »Der gerade Michel« (1903-1914). Grafisch schön gestaltet mit Faksimile und Bildern – dafür ein Dank an die beiden Verlage. Gut ist das Buch im Sinne seiner Lesbarkeit, des Inhalts und Aufbaus sowie seines Detailreichtums. Bedeutsam schließlich ist die (Wieder-)Entdeckung eines Menschen, der sich aus ärmlichsten Verhältnissen und nach »verlorenen« 25 Lebensjahren zum Anarchisten entwickelt. Ihm nicht nur ehrend zu gedenken, sondern seinen Zielen nachzueifern, scheint eine bleibende Aufgabe für uns Heutige.

Franz Prisching wurde in die k+k Monarchie hineingeboren und erlebte »Ungemach über Ungemach«. Seine Mutter stirbt früh, sein Vater (Schuhmacher) war schwer krank. Er selbst ging insgesamt nur 14 Monate zur Schule, arbeitete ab dem 13. Lebensjahr als Tagelöhner, um seinen schwerkranken Vater zu unterstützen. Danach lernt er Maurer, was ihm bis zu seinem Lebensende ein minimales Einkommen sichert, denn fast jeden Sommer verdient er damit den unumgänglich nötigen »Mammon«. Er verfällt dem Alkohol, und erst, als er mit 27 Jahren durch die »Unabhängigen Socialisten« politisiert wird, entwickelt er neue Lebensziele: Franz Prisching wird für 15 Jahre einer der bedeutendsten Anarchisten in Graz. Als freireligöser Individualist, Tolstoj-Anhänger, gewaltfreier und vegetarischer Anarchist erfährt er aber eher Spott denn Anerkennung. Von 1903 bis 1914 gibt er seine monatlich erscheinende Zeitschrift »Der g'rode Michel« heraus.

Von ihr, deren Titel seinen Stil des »gerade heraus sprechens« wiedergibt, erschienen 105 Ausgaben in einer Auflage von je 1.000-1.500 Stück, die weltweit versandt wurden. Programmatischer Kern der Zeitschrift waren Anarchismus und Pazifismus. Hinzu kamen (im Zeitverlauf wechselnd) Themen der Theosophen, Vegetarier, Naturheilkundler und v.a. Tierschützer. Ihr Ziel war, eine »allseitige Reform« durch Lernanregungen zu fördern. Dies erreichte Franz Prisching durch die Artikel, die neben ihm 177 Menschen aus anarchistischen und lebensreformerischen Zirkeln schrieben. Auch wurden mehr als 80 Periodika und über 50 Vereine besprochen, oder sie konnten Selbstdarstellungen veröffentlichen.

Reinhard Müller dokumentiert in wissenschaftlicher Qualität und detaillierter Fleißarbeit (Anhang) nicht nur das Leben, den Verlag und die Ansichten von Franz Prisching. Da sich seine Forschungen auch auf Dossiers der Überwachungspolizei stützen, bildet die Herausgebertätigkeit von Franz Prisching den Schwerpunkt des Buches. Aber auch über die privaten Verhältnisse wird berichtet: Er lebte nach seinem 40. Geburtstag mit seiner 22 Jahre jüngeren Partnerin zusammen. Sie bekamen 7 Kinder, von denen 3 früh starben. Die arme Familie musste oftmals umziehen, erzeugte viele Nahrungsmittel selbst und lebte in »Hütten«. Franz Prisching »verstummte« 1914 und starb 1919 (wie auch eine seiner Töchter) an Pocken in Graz.

Zwei besondere Verdienste dieses Buches sind: Es dokumentiert die Ansichten anderer Anarchisten und auch von Gegnern des Franz Prisching – damit erhält die/der LeserIn einen Einblick in die anarchistische Szene der Jahre 1900-1910. Reinhard Müller stellt in alphabetischer Weise den Inhalt des »graden Michels« dar, der lehren wollte, »wofür man seinerzeit Sokrates den Giftbecher reichte« – so ist es nicht nur anregend, vom Anarchisten Franz Prisching zu lesen, sondern könnte auch bedeuten, seinem Lebensmotto nachzufolgen: »Nur wer sich selbst beherrschen kann, braucht nicht beherrscht zu werden«, um ein gewaltfreier Anarchist zu werden, der »aufbauend, veredelnd, kulturfördernd wirken sollte«.●

Georg Fischer

Müller, Reinhard: Franz Prisching. G'roder Michl, Pazifist und Selberaner. Nettersheim/Hart 2006. (Verlag Graswurzelrevolution/Verlag Gemeinde Hart bei Granz)

2006 LINKEBUCH TAGEBERLIN
19. - 21. Mai
im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, Berlin
www.linkebuchtage.de

Buena Memoria

Buena Memoria von Marcelo Brodsky ist ein persönliches, trauerndes Buch über die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur. Am 10. März 2006 ist der Putsch in Argentinien genau 30 Jahre her.

»Wir Kinder sind mit der Angst groß geworden, die immer noch zu spüren war, weil der Putsch so brutal gewesen ist« erklärte Andrés, Schüler des Colegio Nacional in Buenos Aires. Mehr als 30.000 Menschen ließen die argentinischen Militärs während ihrer Diktatur von 1976 bis 1983 spurlos verschwinden. Nicht nur in Chile, auch in mehreren anderen lateinamerikanischen Staaten putschten sich in den siebziger Jahren ultrarechte Militärs mit Unterstützung der USA an die Macht, um die linke Opposition niederzumachen. Damit die Desaparecidos, Verschwundenen, nicht vergessen werden oder nur als namenlose Opfer an sie erinnert wird, hat Marcelo Brodsky gemeinsam mit anderen ehemaligen Schülern des Colegio Nacional dort 1996 Fotos und Erinnerungen an die 105 namentlich bekannten verschwundenen ehemaligen Mitschüler ausgestellt. Andrés beschreibt in *Buena Memoria*, wie diese Fotos auf ihn wirkten: »Sieht man einen Jugendlichen auf einem der Fotos, denkt man sofort an einen der eigenen Mitschüler. Auf den Tafeln liest man von Situationen, die wir so heute noch erleben. Man kann es nicht vergessen. Man kann nicht wegschauen und behaupten, es sei nichts geschehen.«

Marcelo Brodsky hat während der Ausstellung heutige Schüler fotografiert, wie sich ihre Gesichter beim Betrachten auf dem Glas der Fotos aus den siebziger Jahren spiegeln. Diese sind als »Brücke der Erinnerung« Teil der Ausstellung *Buena Memoria*, die in dem jetzt erschienenen gleichnamigen Buch dokumentiert wird. Auch der kurze Text von Andrés ist aus dem zweiten Teil der Ausstellung. Im ersten Teil geht Brodsky vom Klassenfoto seiner Einschulung 1967 in die 8. Klasse aus. Die meisten Köpfe sind eingekreist und mit Notizen beschreiben. Zwei sind durchgestrichen, die Verschwundenen aus seiner Klasse. Er porträtierte die ehemaligen Klassenkameraden einzeln vor einer Vergrößerung des alten Fotos. Über Nestor, Verwalter eines Lagerhauses, steht neben seinem Portrait, er hätte Angst gehabt und deshalb lange gezögert, sich fotografieren zu lassen. Eduardo war mehrere Jahre als politischer Häftling im Gefängnis und arbeitet heute als Psychologe. Silvana arbeitet im Bildungsministerium an Schulprogrammen. Leonor war nach Israel ausgewandert, ist dort arbeitslos geworden, nach Argentinien zurückgekehrt und arbeitet als Psychologin. Alfredo ist der einzige, der noch in einer linken Partei aktiv ist, der FREPASO, Front für ein solidarisches Land, in der unter anderem die KP mitwirkt. Claudio ist tot: »Als die Faschisten eines Tages an die Tür des Colegio kamen, stellte er sich ihnen mit erhobenen Fäusten entgegen, und sie schlugen ihm den Kopf ein.« Das war noch vor dem Militärputsch. Martín Bercovich wurde 1976 entführt und ist seither verschwunden. »Martín war der beste Freund, den ich im Leben hatte. Ich träume noch oft von ihm, obwohl schon zwanzig Jahre vergangen sind, seit sie ihn mitnahmen«, schreibt Brodsky. Auf dem letzten Foto von Martín ist ein 21-jähriger großer Junge zu sehen, der mit seinen Eltern segelt. Durchschnittlicher argentinischer Mittelstand, wie die ganze Klasse. Und alle kennen jemanden, den die Militärs als Subversiven verschwinden liessen.

In dem Abschnitt »Nando, mein Bruder« sind private Fotos der Eltern von Marcelo und Fernando Brodsky zu sehen. Fernando trägt auf einem Foto ein T-Shirt mit Che Guevara drauf. Das letzte Foto von Fernando hat ein Mitgefangener in der Marineschule für Mechanik aufgenommen und herausgeschmuggelt. Fernando schaut darauf traurig in die Kamera. Die Mutter hat einen Ort der Erinnerung gestaltet: »Diesen kleinen Altar errichtete Mama im Eßzimmer ihrer Wohnung neben einer Büste von Fernando, die sie selbst anfertigte. Die Menorah und die kleinen Einwandererpuppen mit der Torah unter dem Arm erzählen davon, wie meine Eltern in den Jahren der schlimmsten Angst Zuflucht in den Traditionen und einer gewissen Abgeschiedenheit der jüdischen Gemeinde fanden.«

Das Erinnern in *Buena Memoria* an die Verschwundenen der Militärdiktatur in Argentinien ist eindrücklich, auch wenn deren politische Vorstellungen kaum vorkommen. Politische Hintergrundinformationen kann und will *Buena Memoria* nicht geben, es geht darum, mit welcher staatsterroristischen Totalität und Gewalt die Militärdiktatur in das Leben ganz gewöhnlicher Jugendlicher aus Mittelschichtsfamilien eingriff. Die Innenseiten des Umschlages zeigen braune Wellen. Hinten steht: »Sie warfen sie in den Fluß. Er wurde zu ihrem Grab, das nicht existiert.« Die argentinischen Militärs warfen ihre Verhafteten, nachdem sie sie gefoltert hatten, oft über dem Meer oder dem La Plata lebendig aus Flugzeugen oder Hubschraubern ins Wasser.

1978 fand unter diesen Bedingungen in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft statt. Die BRD spielte dort gerne mit und kooperierte auch sonst ebenso wie die USA gerne mit der Militärdiktatur. Aber dies ist nicht das Thema des gut ausgestatteten, beeindruckenden Ausstellungsbuches. Brodskys Buch lässt sich entnehmen, was die prowestliche, antikommunistische Militärdiktatur an freedom and democracy für Jugendliche bedeutete, die sich für linke Bewegungen interessierten. Dabei gibt es in der Erinnerung an die Diktatur und ihre Opfer auch in Argentinien eine Tendenz zur Versöhnung, zur Nivellierung. Auch in einem (einzigen) Text in *Buena Memoria*. Der Journalist Martín Caparrós beendet seinen Beitrag so: »Heute leben wir in einer Zeit, die so anders ist als die damalige und doch so gleich. Mir gefällt die Vorstellung, daß die heutige Zeit unter anderem auch aus dieser Konfrontation hervorgegangen ist – aus der Konfrontation dieser Gesichter, die für das Argentinien von damals und von heute stehen und miteinander reden und manchmal sogar, fast ohne es zu bemerken, einen Konsens erreichen.« Konsens worüber?

In einem Gedicht von Marcelo Brodsky wird die Ambivalenz deutlich, mit der er als durch die ultranationalistische Militärdiktatur Unterdrückter und für Jahre ins Exil Getriebene trotzdem an dem für argentinische Linke so typischen positiven Bezug auf die Nation festhält: »Tote, Tote/auch das gabst du mir, Argentinien/und es ist nicht so, dass ich dich nicht liebe/aber diese Freunde, diese wenigen Freunde/die Brüder, die nicht wieder geboren werden/wofür? Wofür?/für nichts.« José Pablo Feinmann, der dies in seinem Vorwort zu *Buena Memoria* zitiert, personalisiert den Nationalstaat, in dessen Namen die Militärs wüteten, ebenso wie Brodsky, wenn er über dessen Gedicht schreibt: »Es ist ja nicht so, daß er Argentinien nicht lieben würde, schließlich lieben wir alle dieses Land, aber Brüder werden nur einmal geboren.«●

Gaston Kirsche

Marcelo Brodsky: Buena Memoria. Hatje-Cantz, Ostfildern 2003, 96 Seiten, 144 farbige Abb., 14,80 EUR

Alternative Medien und...

...ihre Auslandsberichterstattung

Der nationale Tunnelblick der Medien – das ist inzwischen ein weitgehend analysiertes Feld. Wie es sich jedoch mit den Alternativmedien verhält, wird in der Regel ausgeblendet, wohl aufgrund der Annahme, diese werden entsprechend ihrer Selbstdeklaration als weltoffen wohl auch eine entsprechende Medienpolitik verfolgen. *Für eine Kultur der Differenzen* betritt nicht nur Neuland in der Untersuchung eben jener Alternativmedien. Ungewöhnlich ist auch, dass sowohl die Studie »Das Bild des Auslandes und des Fremden in der Alternativpresse« des Solinger Instituts für Kommunikations- und Technologieforschung als auch die Kritiken an der Studie durch die Redaktionen der untersuchten Zeitschriften und durch Medienexperten wie die Ergebnisse eines Roundtablegesprächs aller Beteiligten dokumentiert werden.

Im Mittelpunkt stehen die Ergebnisse der Untersuchung von sechs Zeitschriften aus der bundesrepublikanischen Dritte Welt- und Friedensbewegung auf ihre Darstellung »des Fremden«, der Dritten Welt und globaler Zusammenhänge. Es zeigt sich unter anderem, dass zwar die wahrgenommene Ländervielfalt sehr groß ist, allerdings eine Weltsicht aus Perspektive der Eliteländer nicht verlassen wird. Sogenannte »Underdog«-Länder werden kaum wahrgenommen, Minderheiten spielen eine untergeordnete Rolle. Insbesondere die vom Kalten Krieg geprägten Zeitschriften aus dem Kontext der Friedensbewegung haben Schwierigkeiten, heutige Formen der Globalisierung zu thematisieren – im Gegensatz zu den Zeitschriften aus den Dritte Welt-Bewegungen, denen eine globale Sichtweise schon seit jeher am Herzen liegt. Das Fazit fällt wenig freundlich aus: »Die Alternativzeitschriften sind bei weitem nicht so alternativ, wie ihre Macher sich und anderen glauben machen wollen. Und: Ihr Auslandsbild und das des Fremden ist den Mainstream-Medien strukturell eher ähnlich als unterschiedlich.«

Entsprechend heftig ist die Kritik der Studie durch die Redaktionen der untersuchten Zeitschriften: Der Untersuchungszeitraum sei zu klein, der quantitative Ansatz folge lediglich rein formalen Kriterien und die oftmals prekären Produktionsbedingungen würden nicht berücksichtigt. Gerade hier zeige sich das Bindeglied zwischen Alternativmedien und breiter Öffentlichkeit: Drittweltzeitschriften spiegeln »die Länderpräferenzen von Universitäten, Stiftungen usw.« wider, wie Christian Stock, Redakteur der *iz3w* anmerkt, da ihre ehrenamtlich arbeitenden Autoren zumeist aus dem akademischen Bereich stammen und mit ihren Artikeln für die Alternativpresse Zweitverwertung betreiben. Noch einmal schärfer äußern sich die bestellten Gutachter. Medienpraktiker, Kommunikationswissenschaftler und Vertreter sozialer Bewegungen mokieren, dass der Studie eine konstruktivistische Perspektive – Stichwort: Herstellung von Realität durch Medienselektivität – fehle und eine Trennung so genannter Mainstream- und Alternativmedien heutzutage gar nicht mehr möglich sei.

Umso erstaunlicher, dass Kritiker und Kritisierte schließlich gemeinsame Vorschläge zu Verbesserung der Auslandsberichterstattung erarbeiten. Eine bessere materielle Ausstattung und eine wirkliche Internationalisierung der Redaktionen sind mit Sicherheit unterstützenswerte Forderungen. Nur bleibt die Frage, ob damit der Krise alternativer Printmedien beizukommen ist. Während der Medien-Mainstream keineswegs mehr so monolytisch ist wie vor Jahrzehnten und sich die Produktion von Gegenöffentlichkeit ins Internet verlagert hat, stehen die Periodika der Alternativpresse vor einem radikalen Bedeutungswandel. Die Kritik an der Auslandsberichterstattung ist ein Baustein, kann aber nicht deren überfällige Neupositionierung ersetzen.●

Gottfried Oy

Jörg Becker, Christian Flatz, Emanuel Matondo, Uwe Trittmann (Hg.): Für eine Kultur der Differenzen. Friedens- und Dritte-Welt-Zeitschriften auf dem Prüfstand. Institut für Kirche und Gesellschaft, Iserlohn 2004, 158 S. 9,50 EUR

Autonomie und Kooperation

»Eine andere Welt ist möglich« – aber wie? Konkrete Entwürfe sind selten, verstaubt oder bei näherem Hinsehen doch nur eine anders regierte Welt. Eine andere, vor allem eine die Selbstentfaltung der Menschen fördernde Welt aber setzt nicht andere Regierungen, sondern grundsätzlich andere Rahmenbedingungen voraus. Dort setzt die *Gruppe Gegenbilder* mit ihrem Buch »Autonomie und Kooperation« an, das so eben erschienen ist. Mutig werden die zwei Grundsäulen des Buchtitels gesetzt und dann in auf 196 Seiten entlang konkreter Fragen Details beschrieben:

Wie werden Menschen wirtschaften, wenn die Zwänge des Marktes und die Kontrolle der Institutionen oder Regierungen wegfallen? Wie lernen wir ohne die herkömmlichen Schulen, Universitäten und andere Orte zwangsgeprägter Bildung? Werden in einer herrschaftsfreien Gesellschaft das Faustrecht ausgepackt und alle natürlichen Ressourcen rücksichtslos aufgebraucht? Wie erkennen wir Herrschaft und welche Strategien gibt es gegen sie? Das Buch wird jeden Menschen fesseln, der darüber nachdenkt, wie eine Gesellschaftsform ohne Kontrolle, Strafe, ökonomische Zwänge und ständige Normierung aussehen könnte. Für die theoretische Auseinandersetzung gibt es ebenso Anregungen wie kritische bis weiterführende Anmerkungen für die AnhängerInnen von Anarchie oder Kommunismus. Wichtiges Rüstzeug finden aber vor allem AktivistInnen sozialer Bewegungen und politischer Gruppen, denn der Slogan »Eine andere Welt ist möglich« wird hier mit konkreten Ideen gefüllt – und das ist wichtig, sind heutige politische Forderungen doch oft nur eine anders regierte Welt. Eine andere, vor allem eine die Selbstentfaltung der Menschen fördernde Welt aber setzt nicht andere Regierungen, sondern grundsätzlich andere Rahmenbedingungen voraus.

»Autonomie und Kooperation« ist das erste Buch in der Reihe »Fragend voran ...«, die Mitte 2005 mit dem Themenheft »Herrschaftsfrei Wirtschaften« gestartet ist.●

Gruppe Gegenbilder (Hg): Autonomie und Kooperation. Projektwerkstatt. ISSN 1862-2399, 196 Seiten, farbiger Umschlag (Zweifarbdruck), 14 EUR
www.fragend-voran.de.vu

PROJEKTE

Kleine, unesoterische Land-WG bei Demmin in M-V sucht engagierte MitwohnerInnen zum Aufbau eines selbstorganisierten, ökologischen und kapitalismuskritischen (Wohn)Projekts. Wohnraum, Werkstatt, Anbaufläche, Bauwagen uvm. vorhanden und für alle nutzbar. Viele Möglichkeiten stehen offen.
Weitere Infos:
www.projektwerkstatt.de/PeoplesVillage Action
Kontakt: der_blesh@web.de oder
☎(03 99 96) 79 98 44

Flussfreunde gesucht für Wohn- und Arbeitsprojekt.
Infos: elbehof@t-online.de oder
☎(03 93 97) 4 15 52

Kommune-Projekt im Aufbau sucht KommunardInnen, die Lust auf Landleben, Kommune und linksradikale Politik haben. Ausbaufähiger Resthof vorhanden, 35 km von Bremen. Kontakt: kommune-p-u@gmx.de oder
☎ 0174-6251616

Wir suchen BewohnerInnen / HelferInnen für den Aufbau eines nicht bestehenden anarchistischen Wohnprojekts.
Kontakt über:
www.wohnprojekt.net.tf oder
www.anarchie.net.tf im forum

Diese Broschüre informiert über die wichtigsten Organisationen der Muslime in Deutschland und diskutiert die aktuellen Themen Religionsunterricht, Moscheebau, islamisches Schlachten, Kopftuch, Ausführliche Literaturhinweise!
Reinhard Pohl: **Islam in Deutschland**
48 Seiten, 2 Euro, ISBN 3-936419-03-5
www.brd-dritte-welt.de

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto
ROTE HILFE E.V. **www.rote-hilfe.de**
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ESPERO
Forum für eine liberäre Gesellschaft

(Aktuelle Neuauflage)
John Henry Mackay
Der Freiheitsucher
132 Seiten, DIN A 4, 25 Seiten

Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 €uro

Uwe Timm
Gesammelte Schriften vom 1955 -2002
288 Seiten, 18,50 €uro
http: //www. utespero. de
www.alb.to.de

Verlag Graswurzelrevolution

CLAYBORNE CARSON
Zeiten des Kampfes
Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren
638 S. • 28,80 EUR • ISBN 3-9806353-6-8
»Ein sehr lohnendes Buch, weil es ein wichtiges Kapitel der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kenntnisreich aus einer kritisch-solidarischen Perspektive anschaulich und spannend darstellt.«
P. Dorestal in: analyse + kritik, Nr. 498

Graswurzelrevolution
Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse | Jahresabo 10 Ausg. 25 EUR | Jetzt abonnieren
Schwerpunkt in der Nr. 304: Revolte in Frankreich
GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | **www.graswurzel.net**

www.anares-buecher.de
Schluss mit der medialen Verdummung!
Das Leben beginnt, indem wir ein gutes Buch lesen - Lesetipps zu aufklärerischer & inspirierender Literatur gibt´s unter www.anares-buecher.de!
Anares
Der Mailorder für gesellschaftskritische Medien

... damit einer bewegungsorientierten undogmatischen Linken in Sachen Globalisierungskritik, Antirassismus, Antimilitarismus, (Post-)Kolonialismus, Biopolitik, ... auch noch nach 28 Jahren weiterhin ein wichtiges Forum zur Vernetzung geboten wird!
BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)
fon: 040 - 393 500 I mail: mail@buko.info
Bankverbindung: VzF e.V./BUKO I EDG Kiel,
BLZ 210 602 37 I Kt.: 234 389 I Stichwort: buko braucht kohle
weitere infos: **www.buko-braucht-kohle.de**

Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift **„Alternative Kommunalpolitik"**. Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ **www.akp-redaktion.de**
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das **Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Der neue Webauftritt der jungen Welt.
Die ganze Zeitung im Internet.
www.jungewelt.de
Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.

Die Broschüre zur
Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006
Jetzt bestellen!

36 Seiten, A4, 2 Euro
(zzgl. Versandkosten)
Rabatte für Großabnehmer

Referate von
Oskar Lafontaine / Heinz Dieterich / Paul Cockshott / Mumia Abu-Jamal / Eugenio Suárez Perez / Hans Heinz Holz / Aurélio dos Santos

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit
Angela Klein, Hans Heinz Holz, Oskar Lafontaine, Heinz Dieterich sowie Arnold Schölzel und Jürgen Elsässer

Diskussionsbeiträge von
Werner Seppmann / Helmut Dunkhase und Dieter Feuerstein / Theodor Bergmann

Jetzt bestellen unter 0 30/53 63 55-10
bzw. ni@jungewelt.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 28.-30.4.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: info@kommune-niederkaufungen.de

WEITER GEHT'S!

Gemeinschaft suchen – Gemeinschaft finden – Gemeinschaft erleben
Pfingsten im Ökodorf Sieben Linden
Mit dem Pfingstfest »Weiter geht's: Mehr Gemeinschaften braucht das Land!« wollen wir die Gründung neuer Gemeinschaften fördern und Menschen bei der Suche nach Gemeinschaft unterstützen. Es wird ein Fest der Begegnung zwischen Menschen auf Gemeinschaftssuche, Menschen aus Gemeinschaftsinitiativen und Menschen aus bestehenden Gemeinschaften werden. Es gibt sowohl Plenumsveranstaltungen als auch eine breite Palette von Angeboten (Markt der Möglichkeiten, Kleingruppen, Projektvorstellungen, Kreativworkshops...). Euer Beitrag zum ganzen ist willkommen! Wir wollen Erfahrungen und Visionen austauschen und konkrete Schritte der Zusammenarbeit verabreden. Vom Ökodorf aus werden wir dafür einen liebevollen, klaren und überschaubaren Rahmen schaffen.
● Vorstellung von bestehenden Gemeinschaften und -Initiativen. Raum für Austausch, Bildung von Interessensgemeinschaften, Konkretisierung von Initiativen, Vernetzung,...
● Vermittlung von Wissen zur Gemeinschaftsbildung (in Kleingruppen). Visionsfindung, Methoden der Kommunikation und Konfliktlösung, Entscheidungsstrukturen, Rechtsformen und Organisationsstrukturen,...
● Thematische Veranstaltungen (Impulsreferate):
Aufbau von Gemeinschaft: Die eigene Vision finden und realisieren – »Vom Höhenflug zum Alltag und wieder zurück« – Ökonomie: Die materielle Basis von Gemeinschaft – »Von der wunderbaren Speisung der 5.000« – Kommunikation: Der eigene Standpunkt und das Verstehen des Anderen – »Vom Zuhören als Grundform der Zärtlichkeit«
● Kultur und Festliches zum Mitmachen Chor, Tänze, Spiele, Impro-Theater, Filme...
Termin: 2.-6.6.2006
Normaler Teilnahmebeitrag 160 EUR! (Ermäßigt 140 EUR!) bei Übernachtung im Zelt – Kinder bis 3 Jahre frei (ohne Kinderbetreuung), von 3-15 Jahre 50 EUR! incl. Kinderbetreuung – Jugendliche ab 15-22 Jahre 100 EUR!
Wir bitten Initiativen und Projekte bei der Anmeldung um eine kurze Selbstdarstellung.
Anmeldung:
Freundeskreis Ökodorf e.V.
☎(03 90 00)-5 12 35, Fax: 5 12 32
Email: verein@oekodorf7linden.de
Anmerkung: Leider findet das in den vergangenen Jahren von den politischen Kommunen veranstaltete »Los geht's« in diesem Jahr nicht statt. Für das Jahr 2007 wurde von den Kommunen aus dem »Kommunja«-Zusammenhang wieder ein solches Treffen mit zivilen Teilnahmebeiträgen angekündigt.

LINKE BUCHTAGE

Vom 19. bis 21. Mai 2006 werden die *Linken Buchtage Berlin*, im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg), stattfinden. Damit wird dem unabhängigen und linken Verlagswesen eine weitere Möglichkeit neben der *Linken Literaturmesse* in Nürnberg gegeben, seine Bandbreite an Publikationen mit Verkaufsständen und Veranstaltungen zu präsentieren. Gerade im Großraum Berlin-Brandenburg, in dem viele unabhängige Sortimente in den letzten Jahren schließen mussten, ist es nötig, der Linken und der alternativen Gegenöffentlichkeit mehr an Raum und Aufmerksamkeit zu geben.
Mit den *Linken Buchtagen Berlin* wollen wir daher dem interessierten Publikum in Berlin und Umgebung wenigstens an einem Wochenende die Möglichkeit geben, sich über das Programm unabhängiger, linker Verlage und Initiativen zu informieren. Bei den *Linken Buchtagen Berlin* der Jahre 2002 bis 2004 nutzten jeweils rund 1.500 BesucherInnen dieses Angebot (im Jahr 2005 machten die *Linken Buchtage* eine kreative Pause, um nun wohlüberlegt erneut zu starten).
Information:
☎(0 30) 28 38 59 54
E-Mail: linke.buchtage@gmx.net
Web: www.linkebuchtage.de

MEDIEN

Bildbearbeitung mit Photoshop
Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie auch fürs Internet. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter.
Termin: 29.-30.4.2006
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

PROJEKTWERKSTATT

Herrschaftsfreie Welt: Anarchie, Basisdemokratie, Radikaldemokratie ...
Wie kann eine »andere Welt« aussehen? Was haben irgendwelche Anderen schon mal gedacht und was sind die Unterschiede zwischen Basis- und Radikaldemokratie, ist Anarchie was anderes, was schlug Marx vor? Und was wäre unsere Idee für eine herrschaftsfreie Welt, so wir sie denn wollen?
Folgende Themen können angegangen und Fragen geklärt werden: Was ist Herrschaft? Wo taucht sie überall in welchen Formen auf: Direkte Macht (Hierarchie) ++ Abhängigkeit ++ Normierung ++ Ökonomische Abhängigkeit ++ Diskurse ++ Metaebene und Mitläufertum ++ Blick in die Geschichte: Was ist Anarchie? Antike Demokratie? Experimente: Spanien, Pariser Kommune, Schwarzenberg, Ukraine und mehr ++ Welche Modalitäten sind sinnvoll: Tief- und Hintergründiges zu Autonomie, Basisdemokratie, Radikaldemokratie ++ Kritischer Blick auf die Forderungen von sozialer Bewegung, Linksparteien ... ++ Knifflige Fragen: Strafe abschaffen – Freiheit für Vergewaltiger? ++ Faustrecht ++ Eigentum ++ Ideen für Aktionen zum Thema austauschen und entwickeln.
Termin: 21.-23.4.2006 in Saasen

Sexismus, Zweigeschlechtlichkeit und antisexistische Praxis
Dieses Seminar will einen kritischen Blick auf Geschlechterverhältnisse und Sexismus werfen und grundlegende Aspekte beleuchten, z.B. Entstehung von Zweigeschlechtlichkeit, Intersexualität und Kritik an der zweigeschlechtlichen Normierung, geschlechtsspezifische Sozialisation, Formen von Sexismus, Dominanz- und Redeverhalten, antisexistische Praxis und kreativer Widerstand gegen Sexismen und Zweigeschlechtlichkeit.
Termin: 28.-30.4.2006 in Saasen

Antirepression – offensiv und phantasievoll
Repression wirkt lähmend, einschüchternd – dauerhafter, radikaler Widerstand wird dadurch oft erfolgreich verhindert. Zum Teil wird diese Tendenz auch durch die linken Strukturen verstärkt, in denen starre Handlungsanweisungen (»Anna und Arthur halten das Maul« ohne Erklärung), Verhaltensnormierung durch Konspirativität oder die Orientierung auf ExpertInnen dominiert. Es wird Zeit darüber nachzudenken, wie Antirepressions-Ansätze aussehen könnten, welche die Menschen zu Akteurinnen machen und die weit verbreitete Ohnmacht durchbrechen. Welche Möglichkeiten kreativen Umgangs mit Repression sind denkbar? Was könnten Formen offensiver Nutzung von Rechtsmitteln sein? Ist Konspirativität immer ein Schutz vor Repression – und was ist der Preis? Wie kann Horizontalität zwischen AktivistInnen und AnwältInnen hergestellt werden? Wie lassen sich Rechtsschutz und Antirepression verbinden? Neben der Debatte dieser und anderer Fragen hoffen wir, auch praktische Schritte hin zu einer horizontalen Organisierung offensiver Antirepressions-Strukturen ... vom dauerhaften Erfahrungsaustausch über gegenseitige Unterstützung bis hin zu Kampagnen gegen staatliche Kriminalisierung.
Termin: 12.-14.5.2006 in Saasen
Infos: www.antirepression.de.vu
Projektwerkstatt Saasen, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
☎(0 64 01) 90 32 83, Fax -5

BERLIN

Autoorganisation 2006
Kongress- und Aktionstage selbstorganisierter Menschen und Strukturen in Berlin, 13.-17.4.06
Ostern 2006 wird der zweite Autoorgakongress in Berlin stattfinden. Es soll das gesamte Spektrum des selbstorganisierten Alltags beleuchtet werden.
Folgende Fragestellung könnten Themenschwerpunkte sein:

● »Gibt es ein richtiges Leben im falschen? – Selbstorganisation und politische Relevanz« – Haben linksradikale Strukturen das Potential wirkliche alternative Lebensentwürfe zu kapitalistischem Leben zu sein?
● Denn allein machen sie dich ein! – Kontinuität und Vernetzung – Vernetzung, Bündnisse – Kommunikation (mehr Austausch, wer wo gerade woran arbeitet) – Plattform fehlt.
● Gibt es ein Leben jenseits des Kapitalismus? – Leben – selbstbestimmte Räume – Umsonstökonomien (siehe dazu: http://www.anders-leben.tk) – selbstbestimmte und selbstorganisierte Bildung.
● Gibt es ein Leben jenseits des Kapitalismus? – Arbeit – Anders arbeiten, oder gar nicht? – Kooperativen, ... – alternative Selbstverwirklichung.
● »rebuild your media! – Medien und Kommunikation«
● Widerstand – Widerstandsmöglichkeiten, direkte Aktionen, kreative Anti-Repression, ...
● »Probleme linker Strukturen« – Auftreten nur als Subkultur, mangelnde Vermittlung – geringes Mobilisierungspotential? (warum?) – Resignation, Dogmatismus – Entscheidungs- und Meinungsbildungsstrukturen: Plena, ...

Kontakt: info@autoorganisation.org
www.autoorganisation.org

Her mit unabhängigen Strukturen – Freiräume aufbauen
Vernetzungstreffen: **13.-16.4.2006 in der Offenen Uni Berlin**
Viele Autonome Zentren sind nur solange »autonom«, wie Räumlichkeiten von der jeweiligen Stadt zur Verfügung gestellt werden. Projekte mit emanzipatorischer Zielsetzung sind oft abhängig von staatlichen Förderungen (Hauptamtliche, Räume, Gelder vom AStA) und daher anfällig für Eingriffe von außen. Und auch die einzelnen AkteurInnen sind in der Regel in gesellschaftliche Zwänge wie Schule, Ausbildung oder Lohnarbeit eingebunden. Für eine Bewegung »von unten« – etwas, was in D-Land fast völlig fehlt – ist der Aufbau materiell wie politisch unabhängiger Strukturen ein wichtiger Teil.
Daher laden wir ein, auf und neben dem Kongress *Autoorganisation 2006* in Berlin eine selbstkritische Debatte über die Organisierung von Freiräumen und autonomer Projekte zu starten. Wir erhoffen uns Austausch und Debatte zu ....
Neben diesem Treffen soll es auch ein mehrtägiges Selbstorganisations-Seminar mit Praxisteil auf der *Autorganisation* geben. Leider ist zur Zeit nicht 100%ig klar, ob der Autoorga-Kongress überhaupt statt findet – bei einem Ausfall muss das Seminar wahrscheinlich verlegt werden, falls es keine Alternativen (Treffpunkt, Schlafmöglichkeiten) in Berlin gibt.
Wer sich für das Seminar anmeldet wird über alles informiert.
Info: www.alltagsalternative.de.vu

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp
Urlaub ist ein Begriff, der aus der Trennung von Arbeit und Freizeit resultiert. So gesehen ist ein anarchistisches Camp kein Urlaub: Das Camp ist eine Gelegenheit uns zu treffen, uns kennen zu lernen, uns zusammen- und auseinanderzusetzen und – ohne Druck – miteinander tätig zu sein. Es gibt uns Raum, zu versuchen, anarchistische Theorie und Praxis zu verbinden und Herrschaftsfreiheit zu leben. Uns ist bewusst, dass es sich dabei nur um »relative Herrschaftsfreiheit« handeln kann, denn erstens tragen wir alle Herrschaftsmechanismen in unseren Köpfen und Körpern mit uns herum und zweitens ist das anarchistische Camp eine räumlich und zeitlich begrenzte Insel in einer von Herrschaft bestimmten Gesellschaft.
Aber vielleicht gelingt es uns ja, einen Freiraum jenseits dieser gesellschaftlichen Normalität mit all ihren alltäglichen Widerwärtigkeiten zu schaffen, wo wir spüren können, wofür wir eigentlich kämpfen und wo wir hin wollen.
Grundvoraussetzung dafür ist, dass Diskriminierungen und Unterdrückungsmechanismen jeder Art auf dem Camp nicht geduldet werden und sich dafür auch jede/r verantwortlich fühlt. Das heißt: aufmerksam sein, sich einmischen, es thematisieren, wenn solche Verhaltensweisen wahrgenommen werden – bei anderen oder bei sich selbst. Herrschaftsfreiheit und Solidarität wirklich erlebt, gibt Liebe & Kraft für unser alltägliches Engagement.
Als Organisationsgruppe suchen wir den Platz, sorgen für die grenzüberschreitende Information und bemühen uns im Vorfeld, benötigte Ressourcen und Infrastruktur aufzustellen. Mit Beginn des Camps lösen wir uns dann als Organisationsgruppe auf: Ab diesem Zeitpunkt ist es Sache aller Anwesenden gemeinsam zu entscheiden, was wann wo wie gemacht wird, es zu organisieren, einzukaufen, zu kochen und aufzuräumen.
Einige Punkte haben wir allerdings nach Diskussionen in der Organisationsgruppe (zum Teil auch aufgrund der Erfahrungen aus anderen Camps) schon im Vorfeld entschieden:
● Es wird ein eigenes Zelt ausschließlich für Frauen und Transgender zur Verfügung stehen als Treffpunkt, Freiraum... wie auch immer es genutzt wird.
● Wir möchten Eltern Lust darauf machen, mit ihren Kindern zu kommen. Auf dem Gelände gibt es viel Platz und Möglichkeiten sich auszutoben und es wird auch ein Kinderzelt aufgestellt. Was dort gemacht werden kann und gemacht wird ist Sache aller, die dort etwas tun wollen und tun. Nehmt Spielzeug mit! Oder Seile für eine Schaukel am Baum oder, oder, oder... Dabei ist es nicht nur Aufgabe der Eltern, sich um ihre Kinder zu kümmern wir sollten alle versuchen, auf Kinder und ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.
● Lasst eure Hunde zu Hause! Einerseits ist eine größere Anzahl von Hunden mühsam, andererseits wollen wir Menschen mit Kindern die Teilnahme erleichtern. Außerdem ist das Gelände nicht umzäunt und geht direkt in den Wald über, in dem es Wild und Jäger gibt...
Das Gelände erstreckt sich über mehrere Wiesen, es gibt Bäume, Büsche, einen kleinen Bach und einen Feuerplatz. Neben genügend Platz zum Zelten bietet das Camp die unterschiedlichste Infrastruktur. Es stehen trockene Räume, eine Küche und bei Bedarf Betten zur Verfügung. Für ausreichende sanitäre Einrichtungen ist ebenfalls gesorgt. In der näheren Umgebung gibt es die Möglichkeit zu baden.
Gekocht wird so, dass alle etwas essen können (VeganerInnen?, Rücksicht auf Allergien oder stillende Mütter).
Darüber hinaus versuchen wir, Computerinfrastruktur zu organisieren (z.B. für eine Campzeitung / Workshops / Internet).
Was während des Camps inhaltlich passiert, hängt davon ab, was die Leute, die hinkommen, dort machen wollen oder was sich vor Ort spontan entwickelt. Erwartet kein »fertiges Programm« an Vorträgen oder Workshops, vielmehr geht es darum, sich einzubringen, Workshops und Diskussionen anzuregen. Die A-Camps der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich so vor Ort vielfältigste Programmpunkte entwickeln können.
Gemeinsam ein Camp zu gestalten bedeutet nicht, kritiklos im »Gemeinschaftsgefühl der Szene« aufzugehen (schließlich sind ja wir die Guten!). Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir von einander lernen und unser Verhalten hinterfragen können.
Info über: www.a-camp.info
E-Mail: info@a-camp.info
Termin: 14.-23.7.2006

BREMEN

Kulturcafe »(W)here is utopia?!«
Gesellschaftskritik und alternative Lebensweisen

Politische Kommunen im Osten und im Westen – ein Vergleich
Am Sonntag den 30.4.06 stellt Uwe Kurzbein die anarchistische Kommune Burg Lutter (Harzvorland) und den Olgashof in Mecklenburg vor. Er lebt seit Ende der 1970er Jahre in Kommune, zuerst in der Kommune Lutter und danach gründete er das Kommuneprojekt Olgashof in Mecklenburg. Wie unterschiedlich die Lebensbedingungen im Westen und im Osten sind und waren, und wie sich diese auf das Leben in den Kommunen auswirken, werden zentrale Fragen seines Vortrages sein. Außerdem wird eine wichtige Frage sein, was das gemeinsame in dem Kommunen ausmacht und was es bedeutet, gemeinschaftlich zu leben.
Termin: 30.4.2006, 16 Uhr
Diese Veranstaltung ist Teil einer Reihe zum Thema Anders Leben, Anders Wohnen.
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus, Medien Coop, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
Veranstalter: AG Kulturcafe in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Initiative Bremen

FREIBURG

»Fußball und Sexismus«
Vortrag & Diskussion:
»Frauenfeinde – Frau als Freiwild«
Die Frage nach Sexismus im Stadion stellt sich vielen Fußballinteressierten zunächst gar nicht. Zu groß ist die männliche Dominanz in den Stadien, zu sehr beschränkt sich der Fokus auf das Gewalt-Phänomen. Dabei sind Zusammenhänge zwischen Sexismus und geringer Teilnahme von Frauen und Mädchen in der Fanszene offensichtlich.
Unter Sexismus müssen nicht nur körperliche Bedrohungen oder Gewaltanwendung gegen Frauen gefasst werden. Hinzu kommen Äußerungen, Darstellungen und Taten, die Frauen aufgrund ihres Geschlechts einschränken oder diskriminieren.
Eine Öffnung der Fanszene für Frauen müsste auch eine Veränderung des offensichtlich gern ausgelebten Sexismus zur Folge haben. Auf einer permanenten Gratwanderung zwischen weiblichen Rollenzuweisungen und »nötiger« Härte zur Anerkennung in der Fanhierarchie versuchen Frauen dennoch, in den Stadien Fuß zu fassen.
Es referiert Antje Hagel vom Fanprojekt Offenbach.
Apparatschnik, die 6. Antifa-Kneipe
Termin: 19.04.2006, 20 Uhr, KTS

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg